

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Mittwoch, den 9. Januar 1907.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Die Landarbeiter und ihre „guten Freunde“.

I.

Für gewöhnlich kümmert sich um das Wohl und Befeh der ländlichen Arbeiterschaft — außer der Sozialdemokratie — bekanntlich niemand. Der „gnädige Herr“ auf seinem „hochherrschastlichen“ Gutshofe spricht meist im Tone der Verachtung von dem „Insekten“ oder dem „Tagelöhnerweib“ und betrachtet es als sein natürliches Herrenrecht, durch schlechte Behandlung und miserabelste Bezahlung die denkbar höchste Arbeitsleistung aus den Knochen seiner „Dienstleute“ herauszuschinden. Und der Herr Pfarrer? Nun, er kennt zwar das elende Los, unter dem die Landarbeiter seufzen, doch er hat ja nur die „Pflicht“, für das Seelenheil, nicht aber für das irdische Wohlergehen derselben zu sorgen. Nach Ansicht vieler Geistlicher hat der liebe Herrgott die armen Leute nun einmal „aufs Land gesetzt“, damit sie für ihre weltlichen Herren „in Demut und allen Treuen“ arbeiten sollen. Arbeit ist eben die Prosa, und Religion die Poesie des Gutsherrn. Die übrigen staatsbehaltenden Herrschaften unserer bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft aber zucken einfach die Achseln, wenn sie den Landarbeiter in harter Fron tätig sehen. Sie betrachten wohl ab und zu mit einem Gefühl augenblicklichen Bedauern die „Schweinefelle“, in denen die Gutсарbeiter mit ihren Familien hausen müssen; sie werden auf ihren Sommerausflügen auch vielleicht einen kurzen Moment stutzig, wenn sie die wind-schießen altersschwachen Tagelöhnerkaten mit den niedrigen verbogenen Lüren, den vergilbten, oft mit Papier verklebten oder mit Lumpen verstopften Fenstern und den zum Genickbrechen holperigen Lehndielen erblicken. Doch diese Bohnländer erscheinen ihnen schließlich nur als ein notwendiger Bestandteil des „idyllischen“ Lebens der ländlichen Arbeiterschaft. Das Schloss oder das Herrenhaus des Gutsbesizers inmitten des alten herrlichen Parks und der gärtnerischen Anlagen ist dafür um so viel prächtiger, und damit ist die Harmonie in dem idyllischen Verhältnis der ländlichen Gefilde wieder hergestellt.

Jedoch jetzt zur Wahrheit ist der „Bruder Landarbeiter“ plötzlich ein vielnamvorbener Mann. Von allen Seiten drängen sich die „guten Freunde“ an ihn heran und erzählen ihm in Worten und Flugschriften, welche unbegrenzten Wohlwollen sie eigentlich schon immer für den doch auch zum „deutschen Nährstand“ gehörigen Landarbeiter gehegt haben und was sie späterhin noch alles für ihn tun wollen. Da läßt der konservative Gutsherr seine mit einemmal so außerordentlich „braven Leute“ antreten, spendiert ihnen Zuzel und Zigarren und hält ihnen in lieblich schnarrendem Offiziersjargon eine Wahlrede, die natürlich in den Schlussreizen ausklingt: „Ihr habt mit Gott für König und Vaterland nur konservativ zu wählen!“ Man weiß auch, wie der Herr Pfarrer so wohl von der Kanzel herab, als auch im Beichtstuhl mit frommer Geberde vor den „gottlosen sozialdemokratischen Hehern und Wühlern“ warnt, die nur den inneren Frieden der Landarbeiter stören und ihre Begehrlichkeit aufstacheln wollen. Nicht selten werden schließlich alle Hüllenstrafen demjenigen angeordnet, der sich vermaßen sollte, am Wahltage einen sozialdemokratischen Stimmzettel abzugeben.

Und die Agitatoren der übrigen bürgerlichen Parteien? Nun, ob sie den Nationalliberalen, den Freisinnigen, den Antisemiten angehören oder im Dienste des berühmtesten Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie tätig sind — sie alle buhlen jetzt in wahrhaft rührender Weise um die Stimmen der Landarbeiter. Wissen sie doch samt und sonders, daß die Wahlstimme des elendesten Landarbeiters jetzt nicht weniger wert ist, wie die Stimme des Herrn Inspektors, des Herrn Amtsvorstehers oder des größten adeligen Grundbesizers.

Da gilt es vor allem für die Sozialdemokratie, die wenigen Wochen bis zum Wahltage nach Kräften auszunutzen und den Landarbeitern die Augen zu öffnen. Den ländlichen Proletariern kann gar nicht eindringlich genug gezeigt werden, wo ihre wahren und wo ihre falschen Freunde sitzen. Zwar weiß ein großer Teil der ländlichen Arbeiterschaft heutzutage schon längst, daß er eine aufrichtige und energische Vertretung seiner Interessen nur einzig und allein von der Sozialdemokratie zu erwarten hat. Dafür sorgt ja die ständige, regelmäßige Agitations- und Aufklärungsarbeit der Sozialdemokratie auf dem platten Lande. Doch in Anbetracht dessen, daß gerade jetzt die konservative und ultramontane Sippe des Bundes der Landwirte sowie deren Söldlinge vom Reichsverband mit den schamlosesten Lügen und Verdrehungen die Landarbeiterschaft dumm zu machen versuchen, erwächst der Sozialdemokratie doppelt und dreifach die Aufgabe, den Arbeitsbrüdern der Landgebiete den Star zu stechen.

Es ist nichts wie eine Spekulation auf die Dummheit und eine elende Heuchelei, wenn der „Bund der Landwirte“ die Ursachen der „Leutenot“ immer wieder auf die zunehmende Verarmungssucht

der ländlichen Arbeiter zurückführt. Die Herren Agrarier wissen auch ganz genau selbst, weshalb die Landarbeiter ihnen in Scharen den Rücken kehren und nach den städtischen Industriegebieten abwandern. Dank der vermehrten Anwendung von Maschinen wird die landwirtschaftliche Arbeit immer mehr zur reinen Saisonarbeit. Arbeiter in größerer Zahl werden nur noch in der Saatzeit und zur Ernte gebraucht, in der übrigen Zeit sind sie überflüssig. Schon in den Sommermonaten zwischen der Landbestellung und der Ernte sind die Arbeiter zum großen Teil darauf angewiesen, sich anderweitig Beschäftigung und Verdienst zu suchen; der Landwirt braucht sie nicht, er hat nichts für sie zu tun. Ist dann aber die Ernte eingebracht und das Korn mit der Maschine abgedroschen, so macht der Landwirt seine Tür zu, der Arbeiter mag sehen, wo er bleibt. Mit wenigen Knechten und Tagelöhnern kann das bischen Winterarbeit besorgt werden, um so mehr als die Wartung und Pflege selbst der größten Viehbestände durch Benutzung von modernen Häcksel- und Rübenschnidemaschinen sowie der fast überall eingeführten Selbststränkeinrichtungen und Abbindevorkehrungen verhältnismäßig nur eine geringe Zahl von Arbeitskräften erfordert. So wird denn nur ein Teil der in der Saison oder Kampagne benötigten Arbeiter während des Winters vielleicht beim Holzschlag oder sonst wie beschäftigt. Die übrigen Leute aber können in ihren Dorfstaten sitzen und zum Fenster hinaussehen. Sie müssen von den Rippen zehren, während der Gutsherr seine feudalen Schlittenpartien macht oder auf die Jagd geht. Also schon allein dieser Umstand, daß ein großer Teil der Landarbeiter regelmäßig monatlang im Jahre keine Beschäftigung in der Landwirtschaft mehr findet, veranlaßt die Leute ganz naturgemäß, nach den Industriegebieten abzuwandern, weil sie dort mit einer ungleich größeren Stetigkeit im Arbeitsverhältnis rechnen können.

Hinzu kommt aber noch die meist elende Behandlung und die skandalös niedrige Entlohnung der Landarbeiter.

Unsere Großagrarier können sich nun einmal absolut nicht an eine anständige Behandlung ihrer Arbeiter gewöhnen. Sie fühlen sich auf ihren entlegenen Herrensitzen noch genau so als unumschränkte Gewalthaber über die Arbeiter, wie es bei ihren Vorfahren in den Zeiten der Hörigkeit und Leibeigenschaft der Fall war. Wenn den Arbeitern oft das bitterste Unrecht geschieht, wenn sie Schlänen aller Art und nicht selten rohen körperlichen Mißhandlungen ausgesetzt sind, wenn sogar ihre Frauen und Töchter mißbraucht werden — wer hilft ihnen dann? Nun, der Herr Amtsvorsteher ist in der Regel selber Gutsherr; die Arbeiter müssen also den Teufel bei seiner Großmutter verklagen, zu den Gerichten aber ist es meistens ein weiter Weg. So ist der Landarbeiter also nur zu häufig den Lannern und der Willkür seiner „Herrschaft“ vollständig schutzlos preisgegeben, was Wunder daher, daß er sich dieser mittelalterlichen Gesindeklaverei durch Abwanderung nach den Städten zu entziehen sucht.

Und nun die Löhne der Landarbeiter. Es ist bekannt, daß die Löhne in den westlichen und nordwestlichen Gegenden Deutschlands etwas höher sind als in den Ostprovinzen. Trotzdem sind es gerade die ostelbischen Agrarier, die wahrhaft steinerweichend über die „unerschwinglich hohen“ Löhne der Landarbeiter klagen. Was zahlen die Herrschaften den Leuten nun in Wirklichkeit? Wenn's hoch kommt, erhalten erwachsene Knechte einen Jahreslohn von 240 M., meistens beträgt der Lohn aber nur 150 bis 200 M. Vollkräftige Mägde müssen zufrieden sein, wenn die Herrschaft ihnen 120 bis 180 M. „gewährt“. Tagelöhner und Deputanten bekommen häufig einen geringeren Barlohn; 180 bis 200 M. sind die Regel. Zahlt eine Herrschaft jedoch ausnahmsweise 260 bis 280 M., dann bildet sie sich schon ein, die Arbeiter würden von ihr schon geradezu fürstlich entlohnt. Nun kommen zwar noch die Naturalien, das sog. Deputat hinzu, bestehend zur Hauptsache aus ein bis weitaufend Soden Torf, einem Fuder Strauchholz, einigen Quadratruten Kartoffelland, einigen Zentnern Brot- und Futterkorn, einem Knapp bemessenen Quantum Milch aus der Gutsmeierei resp. die Milch einer minderwertigen Deputatkuh und einigen Sunden Stroh. Rechnet man nun die ganzen Naturalien in Geldwert um, so bezieht sich der gesamte Jahreslohn eines Deputanten auf etwa 5—600 M. Vielleicht ist es einem solchen Arbeiter unter günstigen Umständen nun noch möglich, ein Schwein oder ein paar Gänse oder Lämmer aufzuziehen und teilweise zum Verkauf zu bringen. Wenn dabei alles in allem dann ein Jahreseinkommen von von 800 bis 900 M. für den Landarbeiter herauspringt, dann muß er sich schon glücklich preisen. Das heißt: Seine und seiner Familie Arbeit zur Instandhaltung des Kartoffellandes und zur Aufsicht und Wartung der paar Stücke Kleinvieh darf er dann aber nicht miteinrechnen; diese Arbeit muß er in seiner geringen „freien Zeit“ unsonst machen. Wie er sich also da plagen und schinden muß, um ein derartiges „Einkommen“ zu erzielen, ermahnt man am besten an der Tatsache, daß er laut Kontrakt tagtäglich vom frühesten Morgen bis zum spätesten Abend seine 14 bis 16 Stunden, ja auf Anordnung der Herrschaft sogar 18 Stunden und darüber im Gut-

dienste zu fronden verpflichtet ist. Im Sommer, oder wenn es sonst die Herrschaft verlangt, hat aber auch noch die Frau des Arbeiters auf dem Felde oder auf dem Gut mitzuarbeiten, und zwar gegen eine durchschnittliche Entschädigung von 40 bis 50 Pf. pro Tag. Einen ähnlich kümmerlichen Lohn, ja mitunter sogar nur 30 Pf., erhalten die von den Kontraktarbeitern zu stellenden Hofgänger. Hat der Kontraktarbeiter aber keinen Hofgänger zur Verfügung, so zieht ihm die Herrschaft dafür pro Monat 10 bis 12 M. rückwärtslos von seinem eigenen bischen Lohn ab. Nur die freien Tagelöhner erhalten je nach der Jahreszeit ein Tagelohn von 75 Pf. bis 1,50 M., in der Ernte auch bisweilen mehr. Das also sind die „unerschwinglich hohen“ Löhne in Ostelbien. Kann es ein vernünftiger Mensch da noch einem Landarbeiter verargen, wenn er den Stand der agrarischen Gefilde von seinen Pantoffeln schüttelt und der Botmäßigkeit der Gutsherren zu entrinnen trachtet?

Landmann und Flotte.

Wer die während des Wahlkampfes im Jahre 1903 erschienenen konservativen, antisemitischen und liberalen Flugblätter mit denen vergleicht, die in den letzten acht Tagen zu Hunderttausenden in alle Winkel des Deutschen Reiches hineingeschleudert sind, der macht gar bald die Erfahrung, daß die Quantität beträchtlich auf Kosten der Qualität gestiegen ist. Fast scheint es, als wenn die Herren Agrarier und ihre Vettersossen sich auf politischem Gebiet die Maxime der von ihnen so häufig bekämpften Warenhäuser und Riesenbazar angeeignet haben: „Die Masse muß es bringen.“ Manche der konservativen Geistesprodukte sind kaum noch ernst zu nehmen; sie rangieren unter die Rubrik: unwillkürliche Komik. So liegt beispielsweise vor uns ein Flugblatt des hiesigen „Deutschen Verlages“, betitelt „Der deutsche Landmann und die Flotte“, in welchem dem biederen deutschen Landwirt erzählt wird, Deutschland müsse allerlei Nahrungsmittel, z. B. Weizen, Roggen, Gerste, Mais, Tabak, Schmalz, Fleisch, Eier usw., einführen, und zwar durch deutsche Schiffe, denn wenn solche Artikel durch englische oder amerikanische Schiffe nach Deutschland gebracht würden, müsse der deutsche Kaufmann bezahlen, was Engländer und Amerikaner verlangen. Folglich müßte Deutschland eine große Handelsflotte und zu deren Schutz wieder eine große Kriegsstotte haben. Demnach sei bewiesen, daß noch recht viele Kriegsschiffe gebaut werden müßten.

Es ist kaum glaublich, mit welcher Unverschämtheit die Klopffechter der Agrarier auf die Einfalt der Landbewohner spekulieren. Bei der Wahl im Jahre 1903 haben sie den Bauern erzählt, Deutschland brauche keine Einfuhr von Getreide, Fleisch, Eiern usw., und es müßten deshalb diese Produkte, um sie vom deutschen Markt fernzuhalten, mit möglichst hohen Zöllen belegt werden; heute dagegen behaupten sie, Deutschland könne die Zufuhr solcher Produkte nicht entbehren und müsse deshalb eine große Kriegsstotte unterhalten.

Außerdem ist es aber bekanntlich vollkommen unrichtig, daß diese Artikel zur See eingeführt werden müssen und daß die Einfuhr mit deutschen Schiffen sich billiger stellt als mit fremden. Schon die Konkurrenz zwingt die in- und ausländischen Reedereien zur Verrechnung ziemlich gleicher Frachttätze. Und ferner kamen z. B. im Jahre 1905 nur zwei Fünftel der deutschen Weizenimporte, noch nicht ein Zwanzigstel der Roggenimporte und noch nicht ein Viertel der Fleischimporte aus England oder überseeischen Ländern, während Eier überhaupt nicht aus überseeischen Ländern eingeführt wurden.

Doch es hat keinen Zweck, sich mit den Albernheiten der konservativen Volksbetrüger herumzuschlagen. Nur um unseren Lesern in erster Zeit den Humor aufzufrischen, wollen wir noch folgende Stelle zitieren:

„Und noch eines, lieber Landwirt, der du wahrscheinlich Vater bist, bedenke und berede mal mit deiner Frau: Dadurch, daß die Schladten der Zukunft sich mehr als bisher auf der See abspielen werden, sparen wir Menschen! Sind da eure Jungen nicht mitbeteiligt? Im Kriege 1870/71 haben wir an Toten und Vermissten 41 000, an Verwundeten 80 000 Mann verloren. Die deutsche Armee wird im nächsten Kriege über 2 Millionen Menschen zählen. England hat die stärkste Flotte, aber diese zählt nur 140 000 Köpfe und damit beherrscht England die Welt. Ein Linienschiff, gewissermaßen eine schwimmende Festung, hat 600—800 Mann Besatzung. Eine Seeschlacht wird also ebenfalls entsetzliche Verluste an Menschen fordern, nie aber so blutig werden, als eine wirklich große Schlacht auf dem Lande. Kann man aber Menschenleben, kann der Landwirt sich seinen Sohn durch eine geringe Erhöhung der Steuern erhalten, so ist kein Vater — und noch weniger eine Mutter — zweifelhaft, was hier zu tun ist.“

Die Rechnung würde nun dann stimmen, wenn für jedes neu-erbante Kriegsschiff die Landarmee um eine härtere Soldatenanzahl, als der neuen Besatzung des Schiffes entspricht, vermindert würde. Davon will jedoch das Flugblatt nichts wissen; es fordert auch eine Verstärkung der „Waffen zu Lande“. Wenn also der ehrsame Landwirt, der nebenbei auch Vater ist, seinen Sohn in der Wirtschaft behalten will, dann muß er schon für eine Partei stimmen, die zugleich die Marine- und Seeredrängen einschränken will, nämlich für die Sozialdemokratie.

Die Interflons-Gebühr
Beträgt für die schlagfertige Kolonne 20 Pf. ober deren Raum 60 Pf. für vollstellige und gewerkschaftliche Vereins- und Berammlungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (seitgedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellengeluche und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.
Telegraphen-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Wahlkampf.

Freisinnige Wahlrechtsverrätereien!

werden durch den auf den Wählerfang berechneten Wahlrechtsantrag der Freisinnigen im Landtage in Erinnerung gebracht. Es war im Jahre 1873, da der Zentrumsabgeordnete Dr. Windthorst im preussischen Abgeordnetenhaus die Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts beantragte. Damals hatten die Liberalen die Macht, den Antrag durchzuführen. Die drei konservativen Parteien hatten nur 65 Mandate, während das liberale Zentrum drei, die Nationalliberalen 174, die Fortschrittspartei 68, das Zentrum 88 und die Polen 18 Sitze hatten. Aber das liberale Abgeordnetenhaus hat diesem Antrag nicht einmal die Ehre eines einstimmigen Beschlusses, einer Kommissionsberatung erwiesen, es hat vielmehr die zweite Beratung auf sechs Monate vertagt. Zu den Mitgliedern, die in namentlicher Abstimmung für die Vertagung gestimmt haben, gehörten u. a. die Abgeordneten Dr. Hänel, Klotz-Verlin, Dr. Rommsen, Parisius, Eugen Richter, Ricker, Birchow, Jelle — lauter waschechte Freisinnige. Das Verschleppungsmanöver erreichte seinen Zweck — der Antrag ist nicht wieder auf die Tagesordnung gekommen!

Wenn dieser Wahlrechtsvertrag des Freisinnigen aber zu alt und ehrenwürdig erscheinen sollte, dem sei folgender, noch sehr frischer Vertrag serviert: Am 16. Februar 1906 stimmten die freisinnigen Abgeordneten zum Landtage des Großherzogtums Sachsen-Weimar gegen den sozialdemokratischen Antrag auf Einführung des allgemeinen gleichen und direkten Wahlrechts!

So handelt der Freisinn, wenn es sich nicht bloß um unverbindliche Anträge handelt. Im preussischen Landtage kann er sie gefahrlos stellen, da er dort ganz machtlos ist und keine Gefahr besteht, daß die Mehrheit auf den Antrag eingehen wird!

Freisinnshelden!

Dr. Ruggan, der als freisinnige Größe den letzten Reichstag zierte, enthält sich immer mehr als ein mit freisinnigen Demagogentum ausgestopfter Reaktionsär. Seine durch ärztliche Sonderinteressen getragene Waise Hege gegen die Ortskrankenkassen erbaute ihm die Gunst aller Arbeitervereine und bei seinem Antritt der Selbstverwaltung der Krankenkassen durch die Versicherten ließ er auf volles Verständnis bei der Reaktion. Die Konservativen — mit ihrer Hilfe hinkte er in den Reichstag — hatten sich in Ruggan nicht getäuscht! Jetzt hat er sogar den urhüblichen Beweis erbracht, daß er vollumfänglich auf der Rechten des preussischen Dreiklassenparlamentes zu sitzen.

In der Reichstagsitzung am 13. November 1906 frönte er abermals der Begeisterung der Ortskrankenkassen und der Angestellten bezog ihrer Organisationen. Der Tarifvertrag zwischen den Verbänden der Vorstände und Angestellten mußte hierfür herhalten, gegen den Ruggan mit der ihn auszeichnenden Sachkenntnis losströmte. In berechtigter Interessenswahrung erteilte ihm das Verhandlungsorgan der Kassenangehörigen, „Volkstimme“, Zeitschrift für praktische Arbeiterverfasserung, eine herbe Kritik und Adhuc. Und Herr Dr. Ruggan? — Er läuft zum Radi und magt gegen den Redakteur wegen „Beleidigung“! Das heißt sich ein „Demokrat“, der unter dem Schutze seiner Immunität als Abgeordneter zuvor durch mindestens objektive Unwahrheiten verdächtigte und fälschlich beschuldigte, der vorgeblich ein politisches Programm anerkennt, in dem auch einiges von Freiheit der Presse steht! Herr Dr. Ruggan dürfte an diesem Prozesse, für den auch noch der freisinnige Reichstagskandidat Dr. Wlach als Rechtsbeistand des „Demokraten“ Ruggan engagiert ist, ebenso viel „Freude“ erleben, wie der preussische Landtag an seinen Verfolgungen sozialdemokratischer Mediatoren. — Die Wähler aber in Sauban-Görlich werden hoffentlich den Reichstag von solchem „Volkvertreter“ säubern!

Falschmeldung über eine Rede Bebels.

In der bürgerlichen Presse macht eine Notiz die Kunde, wonach Bebel in der Parteiverammlung in Hamburg gesagt haben soll, die Partei werde in dem bevorstehenden Wahlkampf 20 Mandate gewinnen, das Zentrum 8—10 verlieren. Diese Mitteilung ist unrichtig. Bei Erörterung der Gründe, die zur Auflösung des Reichstages führten, setzte Bebel auseinander, daß diese Auflösung vom Standpunkt der Regierung ein großer Fehler sei, der in keiner Weise durch das Wahlergebnis repariert werden würde. Die alten Majoritätsverhältnisse würden mit geringen Veränderungen bleiben. Wenn die Sozialdemokratie, wie bürgerliche Blätter es als möglich bezeichneten, 20 Mandate gewinne und das Zentrum 8—10 verliere, so wäre das ein Verlust und kein Gewinn für die Regierung; daß aber die Regierungsparteien eine Stärkung erfahren, halte er für ausgeschlossen. Sogar der Parteigenosse sei, das äußerste aufzubieten, um zu erlangen, was selbst Gegner als möglich erachteten.

Aus Sachsen.

Sonntag nachmittag fand in Callenberg-Lichtenstein (Kreuzer-Wahlkreis) eine Wahlversammlung statt, die für die Stimmung in Sachsen typisch ist. Bebel war als Redner angelündigt. Bereits vormittags gegen 10 Uhr begann eine Art Wälderwanderung aus dem 10., 17., 18., 19. und 21. Wahlkreise, obgleich die Versammlung erst auf 1/2 Uhr angesetzt war und durch einen Irrtum der Redner erst gegen 4 Uhr eintreffen konnte. Bereits um 12 Uhr waren die Lokalitäten, die über 8000 Personen faßten, zum Erdröden gefüllt, und Tausende fanden keinen Platz. Aber ausgehalten wurde bis zum Schluß der Versammlung gegen 7 Uhr. Bezeichnend ist, daß der Gegenkandidat Wiers, ein liberalsozialer Stadtrat aus Meerane, der Kandidat der gesamten „Ordnungsparteien“ ist, auftrat, um zu erklären, daß er für eine Reihe Forderungen des sozialdemokratischen Redners eintrete. So für Erhaltung des geheimen Reichstagswahlrechts, für einen Normalarbeitsstag, erweiterten Arbeiter- und Heimarbeiterzuschlag, für ein Reichsarbeitsamt, Arbeitsämter und Arbeitskammern, für — ein internationales Parlament. Bebel antwortete unter anderem, er sei hocherfreut, zu sehen, was für gute Früchte die sozialdemokratische Erziehung bei den Gegnern bereits trage, er sei aber der Meinung, daß die Arbeiter doch klüger täten, die Eroberung dieser Forderungen einem Sozialdemokraten anzubekommen, auf den sie sich unter allen Umständen verlassen könnten. Die Stimmung der Massen war vorzüglich.

Als Bebel Sonnabend in einer Nebenversammlung in der Albertshalle in Leipzig gesprochen hatte, traten ihm nicht weniger als fünf Gegner gegenüber. Drei davon waren ganze, einer ein halber Konfusionsrat. Die Abfertigung aller fünf erfolgte prompt. Auch in Leipzig spielt sich der Kandidat der „Ordnungsparteien“, Stadtverordnetenvorsitzer Dr. Jund, auf den „Radikalen“ hinaus. Er, der Kandidat der Konservativen, sprach sich in einer Wählerversammlung sogar für die Trennung von Staat und Kirche aus. Wäre es ihm ernst damit, kein Konservativer und nicht die Hälfte der Nationalliberalen würde ihn wählen. Er wird trotzdem durchfallen. In ganz Sachsen geht die Wahlbewegung in hohen Bogen.

Eine Kahlbagererei um das Mandat im 16. sächsischen Reichstagswahlkreise (Chemnitz) ist das Ergebnis der Begeisterung, die auch durch die „nationalen“ Schichten zu Chemnitz ging, als sie die Kunde von der Reichstagsauflösung am 13. Dezember vernommen hatten. Die Nationalliberalen erschienen zuerst mit ihrer Kandidatur des Fleischereibesetzers — seine Jünglingskollegen nennen ihn jetzt „Wirtschaftsbrillant“ — Riedelmann auf dem Plan, von der

die Freisinnigen behaupten, sie sei ihnen weggemauert worden. Diese Kandidatur paßte aber den Konservativen, Antisemiten usw. nicht und sie präsentierten nun den Rechtsanwalt Dr. Zimmer. Jetzt aber wollen die Reaktionskräfte ihre Kandidatur zum Zwecke einer „Einigungs“-Kandidatur — Kartell hat einen schlechten Klang — zurückziehen unter der Bedingung, daß auch die Nationalliberalen das gleiche mit der ihrigen tun. Der Oberpfarrer Dr. Köstlich soll der Einigungslandwirt sein; die Annahme hat er zugesichert. Am Mittwoch soll der Handel perfekt werden, wenn er nicht an den Unterhändlern — Langhammer auf der einen und sein Landtagskollege Ulrich auf der anderen Seite — scheitert.

Die Wahlbewegung im Großherzogtum Sachsen-Weimar.

Im ersten und zweiten Wahlkreise (Weimar-Apolda und Eisenach-Dornbach) haben sich die Liberalen zusammengeschlossen. In Weimar hat man den Freisinnigen das Recht zugestanden, den Kandidaten zu stellen. Man war lange auf der Suche, den geeigneten Mann zu bekommen, der es wagen wollte, den Kampf mit der Sozialdemokratie aufzunehmen. Endlich wurde der Schulinspektor Konrad Weiß aus Rürnberg als der Kandidat aller Liberalen in Weimar I aufs Schild gehoben. Ob freisinnig oder nationalliberal, das ist jetzt ganz egal. In den Dienst, das „Vaterland vor der nationalen Gefahr“ zu retten, haben sich jetzt die Kommerzienräte, Fabrikanten, Advokaten und Beamten gestellt, die alle für den Schulinspektor Propaganda machen. Da man aber schon Angst hat, daß dies vielleicht noch nicht genug ziehen wird, hat man sich bereits an den — Reichs-Verband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie um Hilfe gewendet. Der Verleumdungsverband hat denn auch schleunigst im Wahlkreise sein Quartier aufgeschlagen. Eine vertrauliche Besprechung fand statt. In derselben hat der freisinnige Kommerzienrat Wiedemann in Apolda um die Unterstützung des Reichsverbandes. Derselbe stehe doch — über den Parteien. Von den vorgelegten illustrierten Verleumdungsflugblättern verprügelte man sich keinen großen Erfolg, man wünschte dieselben Flugblätter, aber ohne Bilder.

Für die Wähler, Konservativen und Antisemiten, unter der Firma: Wirtschaftliche Vereinigung, kandidiert ein Oberamtsrichter Graf von Welfa. Weil dieser Herr aber im Wahlkreisverleumdungen der Sozialdemokratie noch nicht richtig eingelebt ist, zieht mit ihm der bekannte Generalsekretär Henningsen herum, der dies Geschäft ausgezeichnet besorgt.

Im Eisenacher Wahlkreise hat man den Nationalliberalen überlassen, den Kandidaten zu stellen. Der Archidirektor Winter aus Magdeburg wird hier als das große liberale Zukunftsglied angepriesen. Für die Wähler und den rechtsstehenden Wismarsch kandidiert wieder der Handlungsgehilfen-Schad.

In beiden Wahlkreisen hat man schon im voraus „auf alle Fälle“ die Parole: „Gegen die Sozialdemokratie!“ ausgegeben. Der Freisinn hat sich mit Haut und Haar verpflichtet, auch bei einer eventuellen Stichwahl zwischen Antisemiten und Sozialdemokratie, auf keinen Fall für den Sozialdemokraten zu stimmen.

Anderes liegen die Dinge nun im dritten weimarischen Wahlkreise Jena-Neustadt. Da haben sich die ehemaligen Nationalsozialen mit den Freisinnigen zusammengeschlossen. Ihr Kandidat ist der Lithograph Tischendorfer aus Berlin. Ihm fällt nicht nur die Aufgabe zu, die Sozialdemokratie zu beschimpfen, sondern er muß sich auch gegen dieselben Wundgegenossen wenden, mit denen der Freisinn in den beiden anderen weimarischen Wahlkreisen ein Bündnis abgeschlossen hat, nämlich gegen die Nationalliberalen. Für diese kandidiert wieder der bekannte Lehmann, für den Wähler, Antisemiten und Konfessionen mit gleicher Liebe eintreten. Um für die Nationalpolitik besser zu begeistern, haben sich die Freisinnigen in Weimar einen mit Orden und Ehrenzeichen angehenen Krieger engagiert, der die „judenbären Kolonien“ über den grünen Meer lobt. Im Eisenacher Kreise haben die Antisemiten einen Hamburger Kaufmannsjüngling als Oberländer Bauer, mit Zoppe, grüner Mütze und Schafstiefeln ausgestattet, der natürlich wieder für Schad eintritt. Im Jenaer Kreise schimpfen Lehmann und Tischendorfer um die Weite auf die Sozialdemokratie, und damit Tischendorfer quantitativ mehr leisten kann, kutschert er per Auto durch den Wahlkreis. Daß die Sozialdemokratie in allen drei Kreisen sehr tüchtig und auf dem Posten ist, wird der 25. Januar beweisen.

Der Wahlkampf in Nordbahren.

Aus Rürnberg wird uns vom 7. Januar geschrieben: Gestern wurde in ganz Nordbahren ein Flugblatt in der Auflage von 700 000 Exemplaren verbreitet. Die Arbeit, die hier die Genossen freudig geleistet haben, zeugte von dem heilseligen Opfergeist des Proletariats. Ueber die oben Steinflächen der Oberpfalz, durch die Talfluchten des Fichtelgebirges und des Frankenswaldes, auf dem Frankensjura, in der rauhen Rhön und im Mürital, überall drangen unsere Sendboten bis zur letzten Hütte vor. Kein Hindernis war ihnen Höhe und Frost; aber und durch riesige Schneemassen im Wind und Eis zogen unsere braven Genossen stundenlang in treuer, gewissenhafter Erfüllung ihrer Parteipflicht.

Unsere Versammlungen erfreuten sich des zahlreichsten Besuches. Die Aufnahme, die uns in den Dörfern bereitet wird, ist im Gegensatz zu früher eine durchaus freundliche. Ergötzliche Szenen spielen sich in der Zentrumspartei ab. In Regensburg wurde der radikal tuende Redakteur Held auf den Schild erhoben. Das wurmte den bisherigen Zentrumspolitiker Freiherrn v. Wette-Ramspann und der will sich partout nicht ablassen lassen. Er hat sich nunmehr als zweite Zentrumskandidaten aufgestellt. Anfangs hieß es, er sei Kandidat des Bauernbundes, er erklärt aber jetzt im „Regensburger Anzeiger“ — dem Monitor Helds — er betrachte seine Kandidatur nur als eine Zentrumskandidatur, doch habe er gegen die Unterstützung der Bauernbänder nichts einzuwenden. Bereits treten die Geistlichen für und gegen den einen oder anderen auf.

Im Wahlkreise Rürnberg v. B. hat man glücklicherweise einen Arbeiterkandidaten untergebracht und zwar den berühmten Rebellhorn-Alpinisten Schirmer. Dieser nette „Arbeitervertreter“ hatte seinerzeit als Landtagsabgeordneter, da im bairischen Landtag über die Verlängerung der Arbeitszeit der in den Staatswerkstätten beschäftigten Arbeiter abgestimmt wurde, nichts Besseres zu tun, als eine Partie auf das Rebellhorn zu unternehmen. Ledrigens rumoren die Bauern und Volksgenossen gewaltig über diese „Arbeiter“-Kandidatur und so weit wir von dort Nachrichten besitzen, soll die Auffassung einer zweiten Zentrumskandidatur auch dort im Werke sein.

Der schwer erkrankte Bauernbäcker Heim kandidiert wieder in seinem bisherigen Wahlkreise Neustadt a. B. R. Unsere Genossen sind in der Oberpfalz mit einer Begeisterung an der Arbeit, wie wir sie noch nie wahrnehmen konnten.

In Oberfranken, wo uns die Kreise Hof und Vahreuth gute Aussichten bieten, wird der Wahlkampf bereits jetzt mit größter Erbitterung geführt, wozu nicht wenig das Eingreifen des berüchtigten Reichsverbandes zur Verleumdung der Sozialdemokratie beiträgt.

Im Hofener Kreise hat unsere Partei Sonnabend, Sonntag, Montag mit großen Versammlungen den Wahlkampf eröffnet. Die Ausführungen unseres Kandidaten, Genossen Simon-Rürnberg, fanden allseitig jubelnde Zustimmung. Unsere Genossen werden alles aufbieten, um den deutschen Reichstag vor dem freisinnigen Blotten- und Kolonialenthufasteten Goller zu bewahren.

Im Vahreuther Kreise greifen unsere Genossen mit bewunderndem Eifer und Fähigkeit in den Wahlkampf ein. Lendenlahm benimmt sich dort der Liberalismus, bedingungslos ist er unter die Fittiche des Reichsverbandes getreten, um das Mandat noch einmal vor unserem Anführer zu retten.

In Frick-Erlangen quält sich der Erlorn des Kolonialpartei, der Kommerzienrat Rang, im Schwelge seines Ansehens, den tugendlichen Wählern begreiflich zu machen, daß er allein der „rechte Mann“ sei. Es darf erwartet werden, daß die Wähler es

besser wissen und unseren bewährten Genossen Segitz schon im ersten Wahlgang in den Reichstag schicken.

In Ansbach-Schwabach riskiert der „Caligula“-Professor Quide eine Fortsetzung seiner ewigen Durststiche. Diefem Kolonialkartells sein muß. Der Wahlkreis wird eine Stichwahl zwischen unserem Genossen Hiert und dem konservativen Bauernbändler Fufnagel auszulämpfen haben.

Witzburg ist als Zentrumskreis ziemlich gefährdet. Unsere Genossen, die tapfer arbeiten, haben gute Aussichten.

So viel sieht heute schon fest, daß von unseren Genossen alle Kräfte zusammengefaßt und aufs äußerste angespannt werden, um in Nordbahren unserer alten Hochburg Rürnberg noch eine Reihe weiterer Kreise angzugliedern, die im kommenden Reichstag rot vertreten sind. —

Liste der Kandidaturen.

Im Regierungsbezirk Magdeburg sind an sozialdemokratischen Kandidaten aufgestellt:

- Satzweil-Gardelegen: Gewerkschaftsbeamter Ernst Großmann-Magdeburg.
- Stendal-Osterburg: Gewerkschaftsbeamter Adolf Deder-Magdeburg.
- Jerisdorf I. und II.: Stadtverordneter Wilh. Haupt-Magdeburg.
- Stadt Magdeburg: Parteisekretär Wilh. Pfannkuch-Verlin.
- Wolmirsche-Neuhaldensleben: Stadtverordneter Richard Riisch-Magdeburg.
- Wanzleben: Gewerkschaftsbeamter Herm. Silberschmidt-Berlin.
- Calbe-Neuhaldensleben: Schneidermeister Adolf Albrecht-Halle.
- Halterb.-Wernigerode: Stadtverordneter Albert Bartels-Wernigerode.

Diese Ehre!

Die Nationalliberalen des dritten hannoverschen Wahlkreises haben als ihren Kandidaten den — Kolonialdirektor Dornburg ernannt, bombastischer hannoverscher Zentrumswahlkreis, in dem 1906 bei 18 124 Zentrumstimmen ganze 2140 nationalliberale, 157 sozialdemokratische und 1489 nationalsozialistische Stimmen fielen. Herr Dornburg ist also zur Rolle des Jährländers gekommen!

Bei der Einberufung von Versammlungen

empfehlen es sich, folgende Maßnahmen zu beachten: Da die Versammlungen meist überfüllt und infolgedessen die Hitze in den Lokalen oft eine erdrückende ist, empfiehlt es sich, schon vor Beginn der Versammlungen die Ventilation in Tätigkeit zu setzen.

Weiter ist erwünscht, das Rauchen einstellen zu lassen; die Redner haben jetzt so großen Kraftaufwendungen zu entsprechen, daß jede Erleichterung für sie geboten ist. Außerdem befinden sich in jeder Versammlung eine große Anzahl Personen, die nicht rauchen, die also das Rauchen stört.

Damit der Redner aus jedem Winkel eines Versammlungslokales gesehen und gehört werden kann, ist notwendig, daß derselbe erheblich über der Versammlung steht. Man nehme sich die Kanten in den Kirchen zum Muster, die nicht zwecklos in der Höhe angebracht sind.

Endlich ist notwendig, daß rechtzeitig für den Redner eine Erfrischung besorgt wird. Erfahrungsmäßig ist das sehr schwer, wenn die Versammlung schon überfüllt ist und man nur mit großer Mühe zum Wüsten gelangen kann.

Alle diese Maßregeln sind für einen ruhigen und ordnungsmäßigen Verlauf der Versammlungen von Wichtigkeit.

Der Wahlkampf in der Provinz Brandenburg.

Im Kreise Prenzlau-Angermünde ist die Wahlbewegung im vollen Gange. Die Konservativen verbreiten die Wilderbogen des Reichsverbandes, ohne aber bisher durch Versammlungen an die Wähler heranzutreten. Die Kandidatur des 85 Jahre alten Alterspräsidenten des verstorbenen Reichstages, Herrn v. Winterfeldt-Mentlin behagte einem großen Teil der Junker nicht. Es bedurfte nach den Berichten der Kreisblätter großer Anstrengungen seiner Freunde, um sie durchzuführen.

Als neuer Stern am politischen Himmel ist als Kandidat der „breitwichtigen Liberalen“ der Stadtverordnete Malermeister Steinweg, Prenzlau, aufgetreten, der sich als Anhänger der Kaumannschen Richtung bezeichnet. In einem Flugblatt, das nach der Art von Stechbriefen auch sein Bild enthält, wird er unter den bizarrsten Wendungen als Hort gegen die feudalkonservative Reaktion den Wählern empfohlen.

Für unsere Partei kandidiert wieder der Genosse Otto Weis, der vor acht Tagen in der einzigen Stadt, in welcher uns gegenwärtig ein Saal zur Verfügung steht, Schwedt a. O., in einer von mindestens 800 Personen besuchten Versammlung die bei dieser Wahl auf dem Spiel stehenden Fragen behandelte. In Prenzlau sprach in dem dortigen Parteilokal vor Kopf an Kopf gedrängten 150 Zuhörern der Genosse Juch-Berlin. Mehrere hundert Anwesende mußten der beschränkten Räumlichkeit wegen umkleben.

Am Sonnabend hielten die Liberalen in Schwedt ihre erste Versammlung ab. Wohl 500 Wähler waren anwesend. Der frühere Nationalsozialer Lehrer Frauendienst sowie Herr Strunweg referierten. Genossen Weis wurde die Redezeit auf 20 Minuten entgegen dem Versprechen vollster Redefreiheit beschränkt. Unter dem tosenden Beifall der großen Majorität brandmarkte er die ganze liberale Fäulnis, wie sie insbesondere bei der entscheidenden Abstimmung über den Nachtragsetzt sich offenbarte. Als Protest gegen die Beschränkung der Redezeit erhoben sich, als Weis geendet, unsere Genossen und verließen unter Hochrufen auf die Sozialdemokratie den Saal, die Herren Liberalen, etwa 80 Mann hoch, mit langen Gesichtern sitzen lassend.

Am Sonntag waren die beiden Liberalen in Oberberg, Lüdersdorf und Angermünde. In ihrem großen Lebewesen aber wählten sie sich nach allen Orten die Begleitung unserer Genossen gefesselt lassen. Sehr betreten erklärte Herr Frauendienst dem Genossen Weis, als er auf die Frage: „Wollen Sie uns denn überall hin folgen?“ — „Ja, gewiß!“ zur Antwort erhielt. „Ja, von mir werden Sie aber nicht mehr viel Neues hören können, ich bin nur auf den einen Vortrag eingerichtet.“

Unter solchen Umständen war es kein Wunder, daß es unseren Genossen leicht war, für eine gründliche Verhagelung der durch diese Versammlungen beabsichtigten liberalen Ernte zu sorgen.

Zwei Flugblätter, Kammern der „Fodet“ usw. sind im Kreise bereits verbreitet und werden von den Landproletariaten gern entgegengenommen.

Im Wahlkreise Ruppin-Templin nimmt die Wahlarbeit erfreulichen Fortgang. Zum zweitenmale wurden am Sonntag im ganzen Kreise Flugblätter und die „Fadell“ verbreitet. Weides fand freudige Aufnahme. Am selben Tage sprach der Kandidat unserer Partei, Genosse Kiesel zu Grance im Schützenhaus. Diese Versammlung war sehr gut besucht und das Referat fand freudigen Widerhall. Am Freitag referierte unser alter Genosse Störmer in Behden in einer Schifferversammlung, die, trotzdem sie nachmittags um 2 Uhr stattfand, von ungefähr 250 Schiffen besucht war. Auch hier fanden die oft von Sarkasmus gemäßigten Worte gegen die vereinigte Reaktion beste Aufnahme. Sonntag referierte Genosse H. Schulz in Rheinsberg. Dort konnte jahrelang keine Versammlung stattfinden wegen zu großer Furcht der Wirt vor Verhagelung. Die Versammlung fand zwar nur als Gewerkschaftsversammlung statt, indes steht fest, daß die Genossen, wenn sie jetzt auf dem Damm sind und den Wirt unterstützen, auch in Rheinsberg dauernd ein Lokal haben. Von den Gegnern haben bis jetzt erst die Konservativen ein Flugblatt verteilt. Es fällt ihnen ja auch schwer, wer soll das für sie machen!

Es gibt nur eine Partei, deren Anhänger sich in größerer Zahl freudig in den Dienst der guten Sache stellen, und das ist die Sozialdemokratie.

Der Kandidat der Freisinnigen tut ja alles Mögliche, um zu retten, was zu retten ist. So sprach Herr Max Schulz in der letzten Woche in Heidelberg, Bielefeld, Kempten, Bielefeld, Gießen, Rheinsberg. In sämtlichen Versammlungen trat ihm unter Genossenschaftlichen entgegen. Und wie schwer den Liberalen die Ausführungen unseres Genossen im Magen liegen, beweist ein Schimpfartikel der freisinnigen „Nuppiner Zeitung“, in der Genosse Schulz als unerfahrener Konfuser Wanderapostel hingestellt wird. Armer Freisinn! In allen Versammlungen gab Herr Max Schulz nur zehn Minuten Redezeit, nachdem er selbst zwei Stunden gesprochen. Und was spricht er alles! Es ist eine ziemliche Aufgabe für unsere Genossen, in allen Versammlungen den Wortschwall über sich ergehen zu lassen.

Vor dem „Konfusen Jüng“ unseres Genossen haben die Liberalen solchen Respekt, daß sie oft erst drei, vier, ja eine Stunde vorher die Versammlung bekanntgeben. Für uns arbeitet ja bekanntlich der gute Wind. Für Jehden ist noch zu bemerken, daß unsere Genossen, empört über die Beschränkung der Redezeit auf 10 Minuten, den Saal verlassen.

Die konfuser Partei hat am Sonnabend, den 5. Januar, mit ihrer Versammlungsdilatation begonnen. Herr Justizrat Dietrich, der bisherige Abgeordnete des Kreises, ist in die Arena gestiegen und hat am Sonnabend in Drey und Hohenstein sein Programm entwickelt. Eine eigenartige Behandlung erfährt dabei die Kolonialpolitik. Man möchte doch glauben, daß der Herr seinen Zuhörern den Nutzen der Kolonien vor Augen führen würde. Nichts davon. Mit breitem Weges erzählte er seine Reiseerlebnisse aus Ostafrika. Schade, daß er das von ihm geschlossene Skrobild nicht bei sich hatte. Südwestafrika scheint für ihn nicht erwähnenswert oder die Behandlung dieser Frage ihm zu heikel, er glitt darüber hinweg. In beiden Versammlungen waren es die Genossen Kraemann und Katow, die den Konfuser seinen Schandenregister vorstellten. Und der Verfall der Anwesenden, nicht allein der Arbeiter, bewies die Nichtigkeit ihrer Ausführungen. In Sieversdorf wollte der Vorsitzende, der durch seine berühmte Behandlung der Piraterie Angelegenheit satfam bekannte Pastor Rohr, unseren Genossen Kraemann hinausweisen, weil er nicht in das übliche Hoch einstimme. Allein er schaffte es nicht. Auch die von den Konfuserativen in Korb und Neuland a. D. am Sonntag abgehaltenen Versammlungen waren von Arbeitern und Kleinrentner treibenden gut besucht und auch hier wurde Herr Dietrich von unseren Genossen abgeführt. Überall herrscht eine begeisterte Stimmung, die dafür Gewähr bietet, daß wir ein gewaltiges Stück vorwärts kommen.

Neue offizielle Münchhausiaden.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ scheint ihrem Dernburger jetzt täglich eine Blaunrede an der Spitze ihres Blattes einräumen zu wollen. Das famose Premier „Die kolonialen Möglichkeiten“ in der gestrigen Abendnummer des offiziellen Blattes scheint nämlich wiederum aus der Feder des Herrn Dernburg zu stammen. Ist es doch ebenso tollkühn in Prophezeien wie weithersig im Gebrauch der Zahlen, die für ihn keineswegs „hartnäckige Dinge“ sind, sondern Objekte zu den halbscherzhaftesten Jongleurenkünsten.

Das kolonialdirektorale Artikelfleisch entzückt sich darüber, daß Herr Erzberger spöttisch von den „Möglichkeiten“ gesprochen habe, die in den Kolonialprospekten der Regierung eine so abenteuerliche Rolle spielen. Man solle sich doch nur die Entwicklung der Kapkolonie vergegenwärtigen, um auch die „Möglichkeiten“ der Entwicklung Deutsch-Ostafrikas nicht kleinmütig zu unterschätzen. Die „eigentliche Kapkolonie“ sei nur halb so groß wie unser West- und Ostafrika — und was sei aus ihr geworden! Besitze sie doch allein einen Außenhandel von rund 700 Millionen.

Zunächst gestatten wir uns festzustellen, daß die „eigentliche Kapkolonie“ 535 000 Quadratkilometer umfaßt, also nicht halb so groß ist wie unser Südwest, das 823 000 Quadratkilometer umfaßt, sondern zwei Drittel dieses Gebietes gleichkommt. Die „eigentliche Kapkolonie“ hat auch keine 700 Millionen Außenhandel, da (im Jahre 1904) sich unter einer Gesamtumsatz von 520 Millionen Mark allein eine Ausfuhr von Diamanten und Gold in Höhe von 320 Millionen befand, die nicht aus der „eigentlichen Kapkolonie“, sondern hauptsächlich aus dem der Kapkolonie einverleibten Ost-Oriqualand stammte!

Im übrigen aber ist es grenzenloser Humbug, unser Südwest mit der Kapkolonie oder irgend einer der übrigen britischen Kolonien Südafrikas zu vergleichen. Hat doch selbst der Hänge-Peters erklärt, daß sich Deutsch-Südwestafrika nicht entfernt mit den schlechtesten Teilen Britisch-Südafrikas vergleichen lasse. Wie berechtigt dies Urteil ist, geht schon aus der Bevölkerungsstatistik dieser Kolonien hervor. Auf den 823 000 Quadratkilometern Deutsch-Südwestafrikas lebten vor dem großen Ausrottungseldzuge höchstens 200 000 Eingeborene; in der Kapkolonie mit ihren 713 000 Quadratkilometern dagegen 1 825 000 Eingeborene, außer 580 000 Weibern! Die gesamte britische Bevölkerung in Südafrika umfaßt 2 879 000 Quadratkilometer mit einer Gesamtbevölkerung von 5 724 000! Die Bevölkerungsdichtigkeit Britisch-Südwestafrikas ist also zirka sechzehnmal so groß wie die Deutsch-Südwestafrikas! Wobei zu berücksichtigen ist, daß durch endlose Kriege unter der Eingeborenenbevölkerung furchtbar ausgeräumt worden ist! Es ist aber selbstverständlich kein Zufall, daß in Deutsch-Südwest die Bevölkerungsdichtigkeit eine so geringe ist, sondern diese Tatsache findet ihre Erklärung einfach darin, daß unser Südwest einfach eine hoffnungslose Wüste ist!

Britisch-Südwestafrika ist also etwas ganz Anderes, als unser famoses Südwest. Ob trotzdem das englische Volk irgend welchen Gewinnst von seinen südwestafrikanischen Besitzungen hat, ist mehr als fraglich. An Getreide und Vieh produziert das Land nicht einmal so viel, um seinen eigenen Bedarf decken zu können! Dagegen muß es bedeutende Mengen dieser Artikel einführen! Und wenn sich auch die Handelsziffern ganz statisch ausnehmen, so muß doch berücksichtigt werden, daß England für Südwestafrika infolge der zahllosen Kriege ungezählte Milliarden geopfert hat, allein für den letzten Burenkrieg 3000 Millionen Mark! Hinzu kommt, daß England auf eigene Kosten in Südwestafrika 20 000 Mann Truppen unterhält, die ihm jährlich mindestens 100 Millionen kosten. Und wenn dergestalt selbst Britisch-Südwestafrika einen höchst zweifelhaften Wert für England darstellt — um wieviel sinnloser ist Deutschlands Südwestafrika-Politik!

Doch weiter in Dernburgs Münchhausiade. Es wird darin gesagt, daß Erzberger mit 10 000 Großfarmern rechne. Er berücksichtigt aber nicht, daß auf einer Kleinfarm von 10 Hektar ebensoviel Menschen leben könnten, wie auf einer Großfarm von 7000 Hektar.

Eine Kleinfarm von 10 Hektar in West- und Ostafrika müßte bestenfalls vor Nahrung! Als ob die südwestafrikanische Steppe fettes holsteinisches Marschland wäre!

Im Gegenteil: die Gewährsmänner Erzbergers rechnen noch viel zu optimistisch. 7000 Hektar sind durchschnittlich noch viel zu wenig für eine Farm. Ist doch, wie wir kürzlich mitteilten, Farmern mit 10—20 000 Hektar ihr Vieh verhungert! Aber selbst wenn 7000 Hektar ausreichen, läme man in immer mehr auf 10 000 Farmen! Denn 10 000 Farmen a 7000 Hektar ergeben 70 Millionen Hektar. Da 100 Hektar gleich 1 Quadratkilometer sind, müßte also die zu Farmzwecken verwendbare Bodenfläche in Südwestafrika von den 823 000 Quadratkilometern nicht weniger als 70 000 000 Quadratkilometern umfassen. Der Landeskommissar Dr. Kohrbach hielt aber höchstens vier Siebentel der Gesamtfläche, also nur 450 000 Quadratkilometer, für verwendbar zu Viehzüchterzwecken! Nicht 10 000 sondern höchstens 5000 Kolonialfarmen könnten also nach Jahrzehnten in West- und Ostafrika angegliedert werden!

Und zur Heranzüchtung von 5000 Kolonialfarmen soll das deutsche Volk verschiedene Milliarden blechen! Es bedankt sich für solche Süßwürste!

Schließlich meint die Dernburgsche Münchhausiade, die Regierung rechne ja auch in Deutschland mit bloßen „Möglichkeiten“. Habe sie doch in Rheinland 40 Millionen für Bergwerks-Ratungen ausgegeben, und bis zur Hebung der Bodenschätze müßten abermals 60—70 Millionen vorgestreckt werden.

Nun, diese Ratungen beruhen auf etwas soliderer Basis als die kolonialen Ratungen nach Gold und Diamanten. Die preussische Regierung erwirbt erst dann im Rheinland Kohlengebiete, wenn sie abbaufähige und rentable Kohlenflöze durch Bohrungen festgestellt hat. Unsere südwestafrikanischen „Ratungen“ beruhen aber völlig auf abenteuerlichen Ver-„Mutungen“! Das ist der kleine Unterschied!

Und da das deutsche Volk bei der peinlichsten Wahrscheinlichkeitsrechnung feststellen muß, daß es sich bei einem Hereinfallen auf die kolonialen Schwindel-Prospekte nur fürchterlich verpekulieren würde, lehnt es höflich aber entschieden alle kolonialen Dernburgiaden und Münchhausiaden ab!

Politische Uebersicht.

Berlin, den 8. Januar 1907.

Zur Vertagung eröffnet!

Die Thronrede, mit der der Ministerpräsident Fürst Bälou am Dienstag den Landtag eröffnete, zeichnet sich durch ihre Inhaltlosigkeit vor allen Thronreden der letzten Jahre aus. Kaum mit einem Worte wird darin der allgemeinen politischen Lage Erwähnung getan, nur ganz am Schluß wird auf die „erste Zeit“ hingewiesen, in der der Landtag seine Arbeiten wieder aufnehmen, und dem unerfüllten Vertrauen der Regierung Ausdruck gegeben darauf, daß die „auf die Festigung und Entwicklung unserer Verhältnisse gerichteten Bestrebungen der Regierung bei den Mitgliedern des Landtags wie bisher eine hingebende und tatkräftige Unterstützung finden werden“. Ein wahrer Segen, daß die Regierung sich in dieser ersten Zeit wenigstens auf die dreimal gestrichelten Mitglieder des Abgeordnetenhauses und auf die eblen und erlauchten Herren stützen kann, die im Herrenhause ein Unterkommen auf ihre alleinigen Tage gefunden haben.

Im übrigen begnügt sich die Thronrede damit, die günstige Finanzlage des Staates hervorzuheben, den Unterbeamten und Staatsarbeitern einige Besprechungen zu machen und neben einer Reihe kleinerer Vorlagen eine neue Pensionsvorlage anzukündigen. Wie stets, wenn es sich um sogenannte „nationale“ Aufgaben handelt, nimmt die Regierung hierbei den Mund recht voll:

„Die gegenwärtige Lage in den östlichen Provinzen zeigt deutlicher denn je, daß Preußens geschichtliche Aufgabe der Stärkung des Deutschen in diesen Landesteilen zu ihrer Lösung die ernstesten Anstrengungen erfordert. Die königliche Staatsregierung hält die kraftvolle und beharrliche Durchführung der zur Erfüllung dieser Aufgabe eingeleiteten staatlichen Maßnahmen für unbedingt notwendig. Sie wird dem Landtage eine entsprechende Gesetzesvorlage unterbreiten.“

Das ist alles, was an gesetzgeberischen Maßnahmen für die laufende Session beabsichtigt ist! Ueber die wichtigste Forderung, deren Erfüllung das Volk gebieterischer denn je heißt, über den Ersatz des Dreiklassenwahlrechts durch das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht schweigt sich die Thronrede völlig aus — ein Beweis dafür, wie wenig die Regierung mit dem Volke denkt und fühlt und wie sehr sie sich einzig und allein als Sachwalterin der Interessen der Bestehenden betrachtet! Die Agitation, die das Proletariat für die Erringung des gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts entfaltet hat, ist für die Regierung nicht vorhanden; der Sturm der Entrüstung, der das Volk ob des ihm angetanen Unrechts ergrißen hat, läßt das Ministerium Bälou kalt. Das Volk wird sich das merken und bei der bevorstehenden Reichstagswahl der Regierung seine Meinung so deutlich sagen, daß ihr Hören und Sehen vergeht!

Aber auch die Beamten, die man durch eine kleine Gehaltsaufbesserung empfangen zu können glaubt, werden nicht den Lorosen der Regierung folgen und sich als Stimmvieh für die Parteien gebrauchen lassen, denen die Sonne des Fürsten Bälou scheint. Gewiß, es klingt ja recht schön, wenn man hört, daß 14 Millionen Mark für Gehaltsaufbesserungen aufgesetzt sind. Aber diese Aufbesserungen beziehen sich in der Hauptsache nur auf einzelne Kategorien von Beamten, die im Ansehensdienst tätig sind, während für die am geringsten besoldeten Unterbeamten so gut wie nichts abfällt, sie werden mit Almosen abgefunden. Es ist nämlich ein Fonds von 3 Millionen Mark in den Etat des Finanzministeriums eingestellt, der dazu dienen soll, „die Fonds für Unterstellungen von Unterbeamten in allen Verwaltungen behufs Verwendung zugunsten der am geringsten besoldeten Unterbeamten einmalig angemessen zu verstärken“. Und damit glaubt die Regierung ihre Pflicht erfüllt zu haben, obwohl sie selbst zugibt, daß die Unterbeamten unter der Steigerung der Preise vieler Lebensbedürfnisse schwer zu leiden haben. Wie großmütig ist doch eine Regierung, die durch ihre Wucherpolitik Tausende von Millionen einheimst und dann gnädigst einige Prozent ihren Beamten übertreibt, deren Lebenshaltung gerade durch die Regierungspolitik verteuert wird! Für die zahllosen Unterbeamten ganze 3 Millionen — zur Verstärkung des Dispositionsfonds zu Prämien bei Pensionsrückstellungen allein eine halbe Million! Diese Gegenüberstellung spricht Bände, sie zeigt, wie die Regierung die Beamten einschüßt, auf deren „Patriotismus“ bei den Wahlen sie rechnet!

An die Verlesung der Thronrede im Weißen Saal schlossen sich geschäftliche Sitzungen beider Häuser des Landtags.

Das Herrenhaus beschränkte sich auf die Feststellung der Beschlussfähigkeit und die Wiederwahl seines bisherigen Präsidiums, während im Abgeordnetenhaus der Finanzminister Freiherr von Rheinbaben den Etat einbrachte. Wir kommen auf die Einzelheiten des Etats später zurück und begnügen uns vorläufig mit der Mitteilung, daß die Finanzlage des preussischen

Staates nach dem eigenen Zugeständnis des Ministers eine glänzende ist, die Ueberschüsse übertreffen in fast allen Verwaltungen die früheren Schätzungen. Der Staat schwimmt förmlich in Gold. Daß er trotzdem für Kulturaufgaben nicht viel übrig hat, versteht sich von selbst. Das entspricht der preussischen Tradition.

Auch der Finanzminister unterließ es, allgemeine politische Betrachtungen in seine Rede einzuflechten. Es scheint, als ob zwischen Parteien und Regierung ein Uebereinkommen darüber erzielt ist, jeden Ausblick in das Gebiet der Politik streng zu vermeiden und sich nur auf die Erörterung des Etats im eigentlichen Sinne des Wortes zu beschränken. Am Freitag soll die erste Lesung des Etats beginnen, und schon am Sonnabend soll sie beendet sein. Dann will sich der Landtag bis nach den Reichstagswahlen vertagen! Ahnen die Herren vielleicht, daß die Sozialdemokraten ihre Reden ausnützen werden? Das tun wir auf alle Fälle, mag nun der Landtag beisammen sein oder nicht. Im Landtage haben die Scharfmacher bekanntlich niemals aus ihrem Herzen eine Würdegrube gemacht, hier haben sie ihre volksfeindlichen Pläne enthüllt, hier haben sie gegen das Reichstagswahlrecht getwittert, ja sogar den Staatsstreik empfohlen, hier sind sie gegen das Koalitionsrecht zu Felde gezogen, hier haben sie dem Volke das Vereinkommen noch mehr zu verkommen gesucht, hier haben sie es gewagt, eine kriminelle Bestrafung des Kontraktbruchs ländlicher Arbeiter zu fordern, hier haben sie die Schule der Kirche ausgeliefert, hier haben sie die Politik der Ausplünderung der Massen inauguriert! Mögen die Herren sich also jetzt immerhin Schweigen auferlegen, ihre früheren Reden und ihre bisherigen Taten genügen voll und ganz, um sie, die Vertreter der bürgerlichen Parteien, die jetzt um die Stimme des Volkes buhlen, zu kennzeichnen als das, was sie sind, als Volksfeinde, Volksausplünderer, Volksverräter! —

Die Folgen der deutschen Zollpolitik.

Der deutsche Reichskanzler hat in seinem Silberstermanifest behauptet, daß schon „mancher freisinnige Mann“ ihm unter vier Augen zugegeben hätte, daß die neuen Handelsverträge auch für die südlichen Interessen nicht unglücklich gewirkt hätten; jedenfalls müßten auch die Gegner der Handelsverträge anerkennen, „daß sich Handel und Industrie fortwährend aufschwüngen“. Wärlows Psychologie ist so völlig kapitalistisch verfaßt, daß er auch nicht einen Moment daran denkt, daß seine Verfassung, der Profit sei ungeschmälert geblieben, doppelt aufreißend wirken muß in dem Zeitpunkt fortwährend, immer unerträglicher werdender Verteuerung aller notwendigen Lebensmittel, besonders des Fleisches und des Brotes. Wärlowscher Profit ja wohl, aber gleichzeitig — und das verschweigt natürlich die neueste Aukquisition des Reichsverbandes — abnehmende Kaufkraft des Geldes, Sinken des Reallohnens, Verschlechterung der Lebenshaltung der breiten Massen, der Arbeiter und der Beamten!

Das ist allerdings die Wirkung der Handelsverträge. In einem Moment einer aufsteigenden Konjunktur, die diesmal viel allgemeiner ist als Ende der 90er Jahre, sowohl was die britische Verbretung über fast alle Staaten, als auch was ihre Ausdehnung über fast alle Produktionszweige anbelangt, haben die deutschen Handelsverträge für die Kapitalisten vorläufig nicht allzuviel Schaden angerichtet. Den Hauptgewinn haben die Agrarier, die die Preise sämtlicher landwirtschaftlichen Produkte in die Höhe treiben konnten. Die gesteigerte Kaufkraft der Landeigentümer kam jedoch auch dem Abzug der Industrievergütungen auf dem inneren Markt zugute. Die erhöhten Preise auf Industrieprodukte erlaubten vor allem den starksten Industrien, ihre Preise in die Höhe zu setzen und die konsumierende Bevölkerung sich tributpflichtig zu machen. Die Wirren in Russland hinderten die russische Industrie an jeder Entfaltung, brachte viele Betriebe auf längere oder kürzere Zeit zum Stillstand und zwangen den russischen Markt sich im Ausland, zum größten Teil in Deutschland zu versorgen. Für die Agrarier und Kapitalisten hat so die Hochkonjunktur die ählichen Folgen der Handelsverträge vorläufig überwunden. Freilich nicht vollständig. Trotz der erweiterten Aufnahmefähigkeit des inneren Marktes kann man eine befriedigende Auswanderung deutschen Kapitals ins Ausland, die Errichtung ausländischer Filialen konstatieren. Auch das geniert den Kapitalisten nicht, denn es gleichgültig ist, wo die Fabriken liegen, aus denen er seinen Profit bezieht, während der deutsche Arbeiter durch diese nationale Politik entweder brotlos oder zur Auswanderung gezwungen wird.

Hat die Hochkonjunktur für die Besthenden die unglücklichen Folgen der Handelspolitik vorläufig in den Hintergrund treten lassen, hat sie den Reichsten unter ihnen, den Großagrariern und den Kartellmagnaten die rücksichtslose Ausnutzung der Konjunktur durch Heraussetzung der Preise ihrer durch den Zoll vor ausländischer Konkurrenz sorgsam geschützten Waren erlaubt, so lastet auf den Nicht-Bestehenden mit um so größerer Wucht die fortwährende Verteuerung des Lebensunterhaltes. Für sie, für die industriellen Arbeiter aber auch für alle auf feste Besätze angewiesenen Beamten und für die in der einen oder anderen Form dem kapitalistischen Handwerkerkreise hat die Zollpolitik allerdings die schlimmsten Folgen. Noch nie hat es eine so gute und so glänzende Konjunktur in Deutschland gegeben. Aber noch nie hat die Arbeiterschaft an dieser glänzenden Vermehrung des Reichtums so wenig Anteil nehmen können. Das einzig Gute, das sie für die Arbeiter im Gefolge gehabt hat, ist die Einschränkung der Arbeitslosigkeit. Aber alles, was sonst die Arbeiterschaft im mühsamen Kampfe, unter fortwährenden Opfern sich von den Unternehmern erkämpft, wird ihr fort und fort entzissen durch die beständige Verteuerung, vor allem der landwirtschaftlichen Produkte, die in erster Linie die Zollpolitik bewirkt hat.

Die Handelsteile aller Zeitungen sind jetzt erfüllt von den Verichten über die glänzende Ernte, die das Kapital im Jahre 1906 eingehelmt hat und von den nicht minder glänzenden Ausichten, die das Jahr 1907 verspricht. Und auf der anderen Seite verstimmen in den Spalten der Arbeiterzeitungen nicht einen Tag die Klagen über die zunehmenden Lasten, die den ewig vom Defizit bedrohten proletarischen Haushalt auferlegt sind, erzählt jeder Tag von neuen Steuerungen, neuen Erschwerungen des glänzenden Konjunktur, zu einer Zeit vollster Beschäftigung der Industrie, wo wenigstens das schlimmste aller Uebel, die Arbeitslosigkeit zurückgedrängt ist. Wie soll das erst werden, wenn die unvermeidliche Depression eingetreten ist? Darum gibt Wärlow natürlich keine Antwort. Was kümmert auch einen „probitestlichen, allein verantwortlichen Staatsmann“ vom Schlage eines Bälou ein Ereignis, das erst in zwei oder drei Jahren eintreten wird. Sowie denken die neuen deutschen Staatsmänner nicht voraus. Sie sind froh, wenn sie bis zum nächsten Jagdausflug geschickt sind.

Aber diese Folgen sind nichtsdestoweniger klar und sicher. Die Depression wird die Leiden des Proletariats vermehren um das schrecklichste von allen, die Arbeitslosigkeit. Sie wird seine Widerstandskraft gegen das Unternehmertum verringern, seinen Lohn in vielen Zweigen kürzen, seine Erhaltung überall eine Zeitlang unmöglich machen oder aufs äußerste erschweren.

Dagegen werden die hohen Preise, vor allem die Preise der landwirtschaftlichen Produkte nicht zurückgehen. Der hohe Zoll, die Sperrung der Grenzen bleiben wirksam und sollen ja nach Wilow für die nächsten zehn Jahre und womöglich für alle Ewigkeit außer aller Diskussion bleiben. Ebenso suchen die Kartelle, vor allem das Kohlenkartell, mit allen Mitteln die Preise hoch zu halten. Dazu wird sich eine verstärkte Auswanderung der Industrie gefellen, für die der heimische Markt nicht mehr genügend aufnahmefähig ist und gegen die sich das Ausland, durch die deutsche Zollpolitik provoziert, gleichfalls durch Zölle abgeschlossen hat. Vermehrte Arbeitslosigkeit, verminderte Widerstandskraft des Proletariats, aber Fortdauer der Teuerung der wichtigsten Lebensmittel, das sind die Folgen der Handelsverträge, die während der Depression sich zeigen werden. Das ist die Politik, für die Wilow die Verantwortung übernommen hat und über die das deutsche Volk am 25. Januar zu urteilen haben wird. Diese Politik haben Zentrum, Konservative und Nationalliberale mit Begeisterung unterstützt. Den Belämpfern dieser Politik, der Sozialdemokratie, ist die freisinnige Volkspartei schmählich in den Rücken gefallen.

Die breiten Massen der Nation sollen schlecht ernährt bleiben, sollen von den Wohlständen einer sich immer großartig entwickelnden Kultur ausgeschlossen bleiben, um den Reichtum, den sie schaffen, zum Monopol einer Handvoll Agrarier und Kartellmagnaten zu machen. Das ist die nationale Politik, wie sie Wilow meint. Wer aber wirklich für die große Masse der Nation, für ihre Hebung in der kapitalistischen Gesellschaft und für ihre schließlich Befreiung eintreten will, der wird am 25. Januar für die Sozialdemokratie stimmen.

Deutsches Reich.

Jede wie Hofe!

Verburg und Erzberger eine Couleur!

Wir nagelten vor einigen Tagen die kolonialen Umsatzziffern des Zentrums fest. Hatte doch Herr Erzberger die Erklärungen des Zentrumsabgeordneten Spahn am 13. Dezember so geübt, als ob zu den 2500 Mann Schutztruppen, auf die nach dem Zentrumsantrage die südwestafrikanische Schutztruppe nach dem 1. April 1907 hinlänglich vermindert werden sollte, das Zentrum auch noch 5500 Mann Schutztruppen zu bewilligen geneigt sei.

Herr Erzberger rechnete dabei eine Gespann von 53 Millionen heraus, da ein Polizeisoldat statt 10 000 M. wie ein Schutztruppier, nur 6000 M. koste, die nach dem Zentrumsvorschlag in Südwest bleibende Waffennacht also nur 47 Millionen statt 80 Millionen pro Jahr erfordere.

Die „Nordd. Allgem. Ztg.“ macht nun heute unter der Stichmarke „Warum keine Polizeitruppe“ eine überaus interessante Gegenrechnung auf. Das offiziöse Organ berechnet, daß ein Polizeisoldat allerdings nur 4260 M. koste, allerdings abzüglich aller Ausgaben für Pferde, Artillerie, Maschinengewehre, kurz den ganzen technischen Betrieb. Zieht man diese Ausgaben von den Kosten der militärischen Truppe ab, so koste auch da nur ein Soldat 4500 Mark!

Also auch 8000 Mann Polizeitruppen, die das Zentrum zu bewilligen bereit ist, würden uns jährlich 80 Millionen Mark kosten! Polizeitruppe oder Schutztruppe ist also Jede wie Hofe.

Wer also die sinnlose Geldverschwendung für Südwest belämpfen will, muß sowohl gegen Verburg wie gegen Erzberger schlagen! —

Dreikönigliche Aneker!

Der Freisinn hat bekanntlich im preussischen Abgeordnetenhaus den Renommierantrag eingebracht, in Preußen das allgemeine und gleiche Wahlrecht einzuführen. Nun ist aber das Abgeordnetenhaus nur einberufen worden, um nach zweitägiger Verhandlung wieder nach Hause geschickt zu werden! Der freisinnige Wahlrechtsantrag fällt damit glatt unter den Tisch! Wie aber stellt sich nun der Freisinn zu dieser Post? Die „Voss. Zeitung“ schreibt:

„Es wird als selbstverständlich erscheinen müssen, daß die Sitzungen des Abgeordnetenhauses in kurzem ausgesetzt werden, damit die Mitglieder sich der Wahlbewegung widmen können, sei es, daß sie Kandidaturen für den Reichstag übernommen haben, sei es, daß sie in der Parteiorganisation tätig sind. Je wichtiger der Wahlkampf ist, um so weniger dürfen ihm die preussischen Abgeordneten durch parlamentarische Arbeiten entzogen werden.“

Der Wahlkampf zugunsten der Kolonialabenteurerei und der agrarischen Volksausbeutung erscheint also dem Freisinn wichtiger, als der Protest gegen die preussische Dreikönigschmach!

Das ist echt freisinnig! —

Staatsstreichsheker!

Zu der Frage, ob eventuell eine zweite Reichstagsauflösung in Frage komme, schreibt die „Deutsche Tages-Ztg.“:

„Der nächste Reichstag wird auch zu anderen bedeutsamen kolonialen Fragen Stellung nehmen müssen, wie beispielsweise zur Entschädigung der Farmer, zur Verlängerung der Bahn bis Keetmanshoop usw. In seinem Silvesterbriefe hat der Reichstagslangler angedeutet, daß er vielleicht schon bei der Ablehnung dieser Forderungen zur Auflösung des Reichstages geschritten sein würde, wenn er gefund gewesen wäre. Nach dieser öffentlichen Kundgebung wird er sich die Ablehnung solcher und ähnlicher Forderungen nicht gefallen lassen dürfen. Auch sonst wird die Luft, die über dem künftigen Reichstage schweben wird, von Konfliktpunkten voll sein. Ob es zu schweren Konflikten kommen wird und ob diese für die Zukunft des Reiches erfolgreich sein werden, das hängt nicht nur von der Haltung der Reichsregierung, sondern auch von der des Reichstages ab. Deshalb erscheint es nach wie vor notwendig, in den Reichstag Männer zu schicken, die den Mut, die Nerven und das Zeug haben, auch einen schweren Konflikt durchzustehen und die letzten für die Zukunft des Reiches notwendigen Konsequenzen gegebenenfalls zu ziehen. Für pfaffenweiche Leute, die weder nach oben noch nach unten die nötige Festigkeit besitzen, ist die Zeit nicht geeignet.“

Will sich die Nation solche junkerlichen Unverschämtheiten noch länger gefallen lassen?!

Graf Pücker II.

Der Ruhm des Grafen Pücker hat den Abgeordneten v. Kröcher, bekanntlich eine Leuchte des Agrarkonservatismus, die als solche den Präsidentenstuhl des preussischen Abgeordnetenhauses zielt, nicht schlafen lassen. Was Pücker kann, glaubt auch er leisten zu können; und tatsächlich hat er nach einem Bericht des „Berl. Tagebl.“ bereits eine ganz ansehnliche Virtuosität im Schimpfen erreicht. In einer Rede zu Salzweil sagte er z. B.:

„Wohin soll es führen, wenn bei anderen Kriegen durch Reichstagsbeschlüsse bestimmt werden kann, wie der Krieg und ob er weiter geführt werden solle oder nicht. Wer trägt denn schließlich die Verantwortung? Doch nicht Herr Spahn und die insamtigen Jesuiten im Zentrum! Die Sozialdemokraten legen ja wenig Wert darauf, ob sie zufällig katholisch sind oder nicht, aber infamigste Jesuiten sind sie alle. Keine Herren, es ist eine infame Unverschämtheit.“

Verantw. Redakteur: Hans Weber, Berlin. Inseratenteil verantw.:

wenn die Kerle sich herausnehmen, in die Kommandogewalt des Kaisers eingreifen zu wollen, ich sage, es ist eine glatte, pure Unverschämtheit. Wenn man sieht, was das Zentrum und die Sozialdemokraten im Reichstage alles getan haben, dann wird man einsehen, daß es wirklich die höchste Zeit war, einen eisernen Besen zu nehmen und den Kerls gehörig auf die Finger zu klopfen. ...

Und nun die Immunität. Denken Sie sich, da haben die Sozialdemokraten in den letzten Tagen einen Antrag eingebracht zu Artikel 3 der Reichsverfassung, wonach Mitglieder des Reichstages, des Landtages und der kommunalen Körperschaften auf Grund ihrer Mandatsinhaberschaft ihr Zeugnis vor Gericht verweigern können und alle in ihrem Besitze befindlichen Gegenstände der Beschlagnahme entzogen werden. Da soll der Deibel wissen, was ein Sozialdemokrat alles in seinem Besitz hat. Sie können sich Dynamitbomben zulegen und sagen nachher, sie sind ihnen überwiesen worden in ihrer Eigenschaft als Reichstagsabgeordnete.“

Herr v. Kröcher hat einst im Parlament einen starken, wenn auch dummen Staatsmann zur Vernichtung der Sozialdemokratie gefordert. Vielleicht wollte er mit seiner Salzweiler Rede den Beweis erbringen, daß er die beiden von ihm verlangten Eigenschaften, wenn auch die letztere in höherem Maße als die erstere, besitzt. —

Krieg im Zentrumslager.

Der Wahlkreis Arnberg-Diye-Meschede ist zwar fester Zentrumsbefehl, Gegner gibt es nicht für die Ultramontanen. Dennoch aber entspannt sich dort seit dem Tode Reichenspergers (1892) bei jeder Reichstagswahl ein bestiger Kampf zwischen zwei Zentrumslandidaten. Herr von Dettum ist der Kandidat der „Besseren“ Katholiken, Herr Johannes Fusangel der Kandidat der kleinen Leute und Arbeiter, die ihrem Erkorenen eine reichliche Majorität von 15 000 Stimmen sichern, während sein Gegner sich mit 4000 Stimmen begnügen muß. „Unser Kandidat“, so hieß es in einem im Jahre 1898 von der Fusangel-Partei verbreitetem Flugblatt, „konveniert dem Junkertum und seinem Anhängsel nicht, er ist verhaftet beim Großgrundbesitz, dem Junkertum, dessen Lakaien und den oberen Lehntausend, weil er ein Herz für den Unterdrückten, den Staatsbürger dritter Klasse hat, und für den kleinen Mann und Mittelstand in Wort und Schrift eintritt, wenn man diesem sein elendes Recht noch weiter zu verflummern beabsichtigt. Das Sauerland ist genügend von der Ausbeutung und Mache der Großgrundbesitzer unterrichtet, alte Burgen und Hauptschlösser mahnen auch hier an die Vergangenheit und warnen das jüngere Geschlecht stets, die eroberte Freiheit durch Gleichgültigkeit und Liebedienerei wieder preiszugeben.“

Nun hat sich aber Johannes Fusangel durch sein Verhalten bei der Ertragswahl in Arnberg-Schwelm, wo er der Parteiparole entgegen für Wahlentzählung eintrat, dann seine Streitigkeiten mit seinen ultramontanen Verlegerkollegen, die sich bis in den Gerichtssaal fortsetzten, bei der Provinzial-Parteileitung derart mißliebig gemacht, daß seine Abfägung beschlossen wurde. Zu diesem Zweck wurde das Wahlkreiskomitee „reorganisiert“, d. h. so gestaltet, daß eine für Fusangel ungünstige Mehrheit herauskam. Sodann erging an den unbehaglichen Zentrumsmann ein Ultimatum, in dem Fusangel aufgefordert wurde, bis zum 4. Januar 1907 zu erklären, daß er sich den Beschlüssen des Wahlkreiskomitees bezüglich der Reichstagskandidatur füge und entgegen den Beschlüssen des Komitees keine Schritte zur Wahl tun werde. Fusangel erklärte darauf in seiner „Westfälischen Volkszeitung“, daß die Kandidatenfrage Sache des Wahlkreises sei; er weise die Humutungen des Provinzialkomitees zurück und nehme den Kampf auf.

Am Sonntag hat nun das Wahlkomitee des Kreises über die Kandidatenfrage verhandelt. Nicht weniger als acht Namen standen auf der Kandidatenliste; sechs davon wurden ausgeschlossen, es blieben Johannes Fusangel und Arbeitersekretär Becker. Während der Beratungen traf ein Telegramm von dem früheren Abgeordneten Gerold ein, daß Fusangel aus dem Provinzialwahlkomitee ausgeschlossen worden sei. Das scheint gewirkt zu haben, denn bei der Abstimmung erhielt Becker 54, Fusangel nur 14 Stimmen.

Fusangel ist ein Quersopf, der so leicht seine Position nicht aufgibt. Wenn er wirklich den Kampf aufnimmt, dann kann es im alten Reichenspergerschen Wahlkreise noch zu artigen Überraschungen kommen. Denn die Abstimmung im Wahlkomitee ist nicht maßgebend für die Stimmung und das Verhalten der Wählermassen.

Parlamentarischer Maulkorbzwang.

Der Seniorenkonvent des preussischen Abgeordnetenhauses trat heute vor Beginn der Plenarsitzung zusammen, um über die Geschäftsfrage des Hauses zu beraten. Man war sich darüber einig, daß sich diesmal die Beratung des Etats in möglichst engen Grenzen zu halten habe, und es wurde der Wunsch ausgesprochen, bei der ersten Lesung des Etats nur eine wirkliche Budgetdebatte zu führen und alle die wichtigen schwebenden großen politischen Fragen beiseite zu stellen. Es wurde angenommen, daß bei Einhaltung dieses Vorschlags die erste Lesung des Etats am Freitag und Sonnabend beendet werden könne. Dann soll eine Pause in den Beratungen eintreten. Ueber die Länge der Pause wurden bestimmte Vorschläge aber noch nicht gemacht, vielmehr soll der Seniorenkonvent am Freitag oder Sonnabend noch einmal zusammentreten, um hierüber Beschluß zu fassen.

Diese außerordentliche politische Enthaltensanktion ist nur allzu begründet. Die Parteien des nationalen Blocks vereint schon ohnehin die schönste Nichtübereinstimmung, die sich leicht bei der Erörterung wichtiger Fragen noch steigern könnte, so daß schließlich die agrarisch-antifeministisch-liberale Seelenentwertungschaft vollends in die Würde geht, deshalb legen sich die edlen Anführer in weiser Vorsicht selbst den Maulkorbzwang auf. Wer nicht redet, kann auch den anderen durch Nebenarten nicht verstümmen. —

Der Dank an die göttliche Vorsehung.

Das Zentrumslager in Lechhausen (Worms) dankt in seinem Neujahrsartikel „Im Namen aller gläubigen Katholiken“ der göttlichen Vorsehung für die hohen Viehpreise, die im Interesse und zum Vorteil der gläubigen Katholiken (lies Großbauern) noch recht lange anhalten möchten. — Dabei gehören 90 Prozent der Einwohnerschaft der Industrie an! —

Zwangsverfahren gegen Korfanti.

In dem Ermittlungsverfahren gegen den polnischen Abgeordneten Korfanti, von dem wir kürzlich berichteten, finden nach einer Meldung des „Berl. Tagebl.“ umfangreiche Zeugenvernehmungen statt. Es handelt sich bekanntlich um die Anklage, daß Korfanti einen Beamten der fiskalischen Vermögensverwaltung zu Jarzse veranlaßt haben soll, ihm amtliches Material über die mit der Kohlenkohlenfirma Czar Wollheim bestehenden Kohlenlieferungsverträge auszuliefern. Den Ausgangspunkt des Verfahrens bildete ein privates Gespräch Korfanis, in welchem er darauf vertieft, daß er „tolle Schweinereien“ in den Beratungen des Reichstages mit G. Wollheim im Parlament aufdecken würde. An der Hand ihm gewordener Mitteilungen holte er sich bei Kohlenhändlern Informationen über die Gebräuche im ober-

schlesischen Kohlenhandel ein. Der Fiskus erlangte Kenntnis von den Erzählungen und vermutete, daß einer seiner Beamten dem K. Material übergeben haben müsse. In dieser Vermutung wurde er dadurch gefestigt, daß einer der Zeugen damit renommierte, daß er mit einem „Altenstück“ zu ihm gekommen sei, in das er Einsicht genommen hätte. Interessant an dem Verfahren ist, daß der Beamte, der den Vertrauensbruch begangen haben soll, nicht ermittelt werden konnte. Seine Ermittlung erhofft man vielmehr erst aus dem Verfahren gegen K., der übrigens ganz entschieden bestreitet, daß ein königlicher Beamter ihm die Dienste geleistet hätte. Von geringerer Bedeutung ist der zweite Fall, die Auslieferung der Lohnstatistik, deren amtlicher Charakter recht zweifelhaft ist. Die Statistik ist eine Arbeit des Berg- und Hüttenmännischen Vereins und fügt sich auf die Umfragen bei allen ober-schlesischen Werken. Hätte der Beamte eines privaten Werkes diese Statistik herausgegeben, so hätte man sich damit abfinden müssen. Wenn aber ein Beamter der fiskalischen Verwaltung den Mißbrauch treibt, so ist das Verbrechen amtlicher Schriftstücke. So beduziert wenigstens die Deuthener Staatsanwaltschaft.

Beamtenkaperei. Wie die Regierung und die Nationalliberalen, suchen auch die Freisinnigen dadurch die Beamten als Wähler für ihre Kandidaten einzufangen, daß sie plötzlich für Gehaltserhöhungen eintreten. Die beiden freisinnigen Fraktionen des Abgeordnetenhauses haben beschlossen, außer dem bereits mitgeteilten Antrag auf Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts für das Abgeordnetenhause einen Antrag einzubringen, in welchem die Staatsregierung ersucht wird, in Rücksicht auf die herrschende Teuerung eine Erhöhung der Gehälter der mittleren und unteren Staatsbeamten, sowie der in Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter eintreten zu lassen.

Nach den Wahlen dürfte sich, wie frühere Erfahrungen beweisen, diese Besorgtheit wieder beträchtlich vermindern. —

Neue Menschenopfer für Wäst-West.

Ein Telegramm aus Windhof meldet: Anton Oßertag, geboren am 26. August 1884 zu Ziemetsbauken, am 1. Januar 1907 auf Patrouille bei Daffiesfontain gefallen.

Am 1. Januar 1907 an Krankheiten gestorben: Gefreiter Gustav Boigt, geboren am 28. Oktober 1876 zu Lichtenberg, in der Krankensammelstelle Rehbooth an Typhus. Ritter Paul Ranke, geboren am 18. Februar zu Wismar, im Lazarett Keetmanshoop an Typhus und Sforbut.

Seit 25. Dezember 1906 bei Ozeanungombe vermißt: Gefreiter Robert Trichterborn, geboren am 4. November 1882 zu Gangloffsmömmern.

Druckfehler-Berichtigung. In die Notiz „Prozent-Rationalismus“ der gestrigen Nummer (Hauptblatt, dritte Seite) hat sich ein Druckfehler eingeschlichen. In der 16. Zeile muß es heißen „Kanalarprojekt“ statt „Kolonialprojekt“. Der betreffende Satz lautet also: „Nur aus diesem Grunde, nur aus dem Kleinlichen Reiz auf Bremens Stellung als Export- und Importplatz, ereiferte sich Hamburgs „nationale“ Kaufmannschaft gegen das „Kanalarprojekt“.“

Ausland.

Frankreich.

Ministerrat.

Paris, 8. Januar. (W. T. V.) In einem heute im Elisee abgehaltenen Ministerrat legte der Minister des Äußeren Pichon den Stand der Marokkomaßnahmen dar. Er leitete ein Telegramm des Gesandten Regnaud des Injalts mit, daß Marokk aus Sinat zu den Wadras entließ und daß dieser Stamm mit dem Kriegsminister Debass über die Bedingungen der Uebergabe dieses Abenteurers verhandelt. Zwei Spanier, die von Kajuki gefangen genommen und mit fortgeführt worden waren, entflohen wieder und kehrten nach Tanger zurück. Kriegsminister Biquart berichtete über seine Reise nach Tunis.

Kultusminister Briand gab bekannt, daß die bisher den Bischöfen und Seminaren zur Verfügung getwienen Gebäude im allgemeinen für Unterrichtszwecke oder für die Schaffung von Museen bestimmt würden.

Nächsten Donnerstag wird der Ministerrat die Organisation der drahtlosen Telegraphie und den Gesetzentwurf betr. Abschaffung der Kriegsgerichte beraten. —

Paris, 8. Januar. Das Ergebnis der indirekten Steuern für den Monat Dezember 1906 beträgt 14 498 400 Franks mehr, als im Budget veranschlagt worden sind, und 4 667 600 Franks weniger als in gleichen Monaten des Vorjahres. Die Mindereinnahme der Post allein beträgt 4 075 800 Franks.

England.

Französisch-englischer Vertrag.

London, 7. Januar. Heute abend ist ein Glaubuch über den zwischen Frankreich und England abgeschlossenen Vertrag betreffend die Neuen Gebirgen veröffentlicht worden. Das Altentstück schließt mit einer Depesche des Kolonialministers Earl of Elgin vom 16. November v. Js., in welcher auf die von Australien und Neu-Seeland erhobenen Einwendungen geantwortet wird und gesagt ist, die Reichsregierung würde zwar einige dieser Einwendungen Frankreich gegenüber geltend gemacht haben, aber es hätten sich Umstände ergeben, die ein unwürdiges Handeln nötig gemacht hätten, um die Korrechte Frankreichs und Englands sicher zu stellen. — Es bestände quier Grund für die Annahme, daß eine Verzögerung, die mit weiteren Verhandlungen verbunden wäre, unerwünschte Resultate mit sich bringen würde. Die Reichsregierung habe sich demgemäß dahin entschieden, daß eine sofortige Bestätigung des unveränderten Vertragsentwurfes vorteilhafter sei. —

Eingegangene Druckschriften.

„Neue Gesellschaft“, sozialistische Wochenchrift, Heft 14. Herausgeber Dr. Heinrich Braun und Max Braun. Verlag: Berlin-Schöneberg. Preis für das Einzelheft 10 Pf., pro Monat 40 Pf., pro Vierteljahr 1,20 M.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Soziale Forderungen.

Wien, 8. Januar. (W. T. V.) Der Niederösterreichische Landtag nahm heute einen Dringlichkeitsantrag an, in dem die Regierung aufgefordert wird, unverzüglich einen Gesetzentwurf betreffend die Einführung der allgemeinen Volkserziehung ausarbeiten und dem neu gewählten Abgeordnetenhause zur sofortigen Beschlußfassung zu unterbreiten. Der Landtag vertagte sich hierauf.

Schreckentat eines Wahnsinnigen.

Eger, 8. Januar. (W. T. V.) Der Bergmann Joseph Hampel in Wirsfeld warf in einem Anfälle von Wahnsinn seine drei Kinder aus dem Fenster und ermordete dann seine Frau durch Messerschläge. Außer der Frau wurde ein Kind getötet, die anderen schwer verletzt.

Attentat eines Geisteskranken.

Rom, 8. Januar. (W. T. V.) Heute abend warf ein Mann eine mit Pulver gefüllte Pappschachtel in die Salzfischkassette. Es erfolgte eine Explosion, die jedoch keinen Schaden anrichtete. Polizeibeamte verhafteten den Täter, der Rammarci heißt, bereits gerichtlich verurteilt ist und früher in einer Irrenanstalt interniert war.

Abgeordnetenhaus.

1. Sitzung Dienstag, 8. Januar, mittags 1 Uhr. Am Ministertisch: Fehr, v. Rheinbaben, v. Arnim. Der Präsident der vorigen Session, v. Kröcher, eröffnet die Sitzung mit einem dreifachen Hoch auf den Kaiser.

Etat

*in. Er führt aus, daß die Mehrausgaben des Jahres 1905 47,6 Mill. Mark betragen hätten. Es müßten 28,5 Mill. Mark gestundeter Matrularbeiträge in Rest gestellt werden, da beim Rechnungsabluß in Preußen der Abschluß des Reiches noch nicht vorlag. Das Ergebnis der Wirtschaft des Reiches konnte also noch nicht übersehen werden, und deshalb müßten die gestundeten Matrularbeiträge von 1905 und die für 1904 reservierten Matrularbeiträge in Höhe von 9 Millionen Mark in den Etat miteingestellt werden.

Etat für 1907.

Wie sich die wirtschaftliche Lage im Laufe des nächsten Jahres gestalten wird, weiß wohl niemand. Unzweifelhaft wird einmal nach der ausnahmsweise günstigen wirtschaftlichen Entwicklung des letzten Jahres ein Umschwung eintreten, niemand aber weiß, wann. Ich halte die wirtschaftlichen Aussichten des Jahres 1907 für günstig.

die politischen Wolken haben sich ja verzogen.

Sehr wichtig wird es sein, ob es gelingt, im Jahre 1907 die Schwierigkeiten hinsichtlich der Wiederverneuerung des Kohlen-Syndikats und des Stahlwerksverbandes, die sehr günstig auf die Regelung der Produktion und der Preisbildung gewirkt haben, zu beseitigen. Ich hoffe, daß es gelingen wird, diese Verbände wieder zu reformulieren. Wenn man bedenkt, in welchem Maße Landwirtschaft und Industrie darunter gelitten haben, daß sie auf deutsche Art jede ihren Kopf für sich hatten und die Sonderinteressen voranzustellen suchten, so wird man zugeben, daß es darauf ankommt, das deutsche Wirtschaftsleben mit dem Vorkommen zu durchdringen, daß der Einzelne Opfer bringen muß für die Gesamtheit und sein Schicksal dem der Gesamtheit unterordnen muß.

Der Etat für 1907 ist so veranschlagt, daß er auch zutreffen würde,

wenn tatsächlich bereits 1907 ein wirtschaftlicher Rückschlag eintreten würde!

Der Etat beziffert sich auf 3.187.100.000 M. Vor einem Jahrhundert betrug der preussische Etat 81 Millionen, 1821 war er auf 243, 1840 auf 282 Millionen gestiegen, betrug 1883 bereits eine Milliarde, 1897 zwei Milliarden und ist im letzten Jahrzehnt auf über drei Milliarden gestiegen.

Als beherrschend treten zwei Momente im Etat hervor: erstens eine sehr weitgehende Ausdehnung unserer staatlichen Betriebsverwaltungen, namentlich der Eisenbahnverwaltung, und zweitens Gehaltssteigerungen für verschiedene Beamtenkategorien. Infolgedessen bringt die Eisenbahnverwaltung als Zuschuß für die Staatlasten nur ein Mehr von 7,9 Millionen, dagegen die direkten und indirekten Steuern ein Mehr von 80,6 Millionen Mark.

Die Ausgaben für 1907 werden also im wesentlichen basiert auf das Mehrkommen von direkten und indirekten Steuern. Daraus ergibt sich die doppelte Notwendigkeit,

bei den Ausgaben Maß zu halten,

da zweifellos die Steuereinnahmen nicht immer zunehmen werden. Um Ungleichheiten zu beseitigen, die durch die Steigerung des Eisenbahnerlohns und

die Wirkungen des neuen Posttarifs

herborgehoben werden, schlagen wir für 50.000 Beamte des Außenendienstes der Eisenbahnen eine Gehaltsaufbesserung vor. Weiter sollen eine Gehaltsverbesserung erhalten die technischen Beamten der Bergverwaltung, die Förster, Gendarmen und Schutzleute. (Bravo!) Die Grenz- und Steuereinsparnisse sollen ebenfalls einer Gehaltsverbesserung teilhaftig werden. Ferner ist für die in Betracht kommenden Beamten eine Ausgestaltung der Pensionsbezüge mit Rücksicht auf das neue Militärpensionsgesetz in Aussicht genommen.

Die direkten Steuern sollen 10 1/2 Millionen Mark,

die indirekten Steuern ein Mehr von 70,1 Mill. Mark einbringen. Die Zahl der steuerpflichtigen Einkommen ist erheblich gestiegen, und die sozialdemokratische Behauptung, daß lediglich die großen Vermögen wachsen, damit widerlegt.

Bei der Eisenbahnverwaltung ist eine Zunahme der Einnahmen aus dem Personenverkehr um 10 Proz., aus dem Güterverkehr um 12 Proz. angenommen. Für das Fortbildungsstudium sind erhebliche Mittel in Aussicht genommen, ebenso für innere Kolonisation und für die Schaffung neuer Schulstellen. Möge es dem Landtage gelingen, trotz entgegenstehender Schwierigkeiten den Etat noch rechtzeitig zu verabschieden. (Beifall.)

Präsident v. Kröcher schlägt vor, die nächste Sitzung abzuhalten: Freitag 12 Uhr mit der Tagesordnung: Wahl des Präsidiums, Etatsberatung.

Hg. Friedberg (nat.) bittet, die nationalliberale Interpellation über den Brennerertrag des Ministers Studt möglichst bald zur Verlesung zu bringen.

Präsident v. Kröcher: Wenn Sie nur auf die Verlesung Wert legen, kann das geschehen. (Heiterkeit.) Ich wollte die Interpellation sonst eventuell nach der ersten Lesung des Etats auf die Tagesordnung stellen, wenn das Haus dazu geneigt ist. (Heiterkeit.) Es bleibt beim Vorschlag des Präsidenten. Schluß 3/4 Uhr.

Herrenhaus.

1. Sitzung, Dienstag, den 8. Januar, 3 Uhr. Am Ministertisch: v. Bethmann-Hollweg, Freiherr v. Rheinbaben, Weisler.

Der Präsident der vorigen Session, Fürst zu Inn- und Kniphausen, eröffnet die Sitzung mit einem Hoch auf den Kaiser. Auf Vorschlag des Herrn Lucius v. Wallhausen wird der bisherige Präsident Fürst Kniphausen als Präsident wiedergewählt. Wiedergewählt werden auch der erste Vizepräsident Fehr, v. Ranteuffel und der zweite Vizepräsident Oberbürgermeister Becker-Köln. Die acht Schriftführer der vorigen Session werden ebenfalls wiedergewählt.

Präsident Fürst Kniphausen teilt mit, daß er dem König und der Königin sowie dem Kronprinzen und — der Kronprinzessin Meldung von der Konstituierung des Hauses machen werde.

Nächste Sitzung: Mittwoch 1 Uhr (Geschäftliche Mitteilungen und Wahl der Kommissionen).

Präsident Fürst Kniphausen teilt mit, daß die weiteren Dispositionen von den Dispositionen des Abgeordnetenhauses abhängig seien. Er nehme an, daß das Abgeordnetenhaus sich auf 14 Tage vertagen werde.

Schluß 3/4 Uhr.

Die russische Revolution.

Zu den Wahlvereinbarungen.

In dem bürgerlich-demokratischen „Towarisch“ hat Dr. Wassiljew (ehemaliger Arbeitersekretär in Bern) einen Brief veröffentlicht, in welchem er ausführt, daß, bis die politische Freiheit in Rußland erobert ist, die Sozialdemokratie im Liberalismus aufgehen muß. Diese festsichere Darlegung hat natürlich keine Aussicht, von der russischen Sozialdemokratie gewürdigt zu werden. Die russische Sozialdemokratie kann allenfalls mit bürgerlichen Parteien Wahlvereinbarungen oder Wahlbündnisse abschließen, ihre eigenen Ziele und Wege aber sind von denen der bürgerlichen Parteien grundverschieden, und ihren selbständigen Klassenstandpunkt darf und wird sie daher niemals — auch nicht zeitweilig — aufgeben.

Die russische Sozialdemokratie ist Klassenbewußt genug, um stets und überall, unter allen Umständen an diesem Grundprinzip festzuhalten. Außerdem hat die Erfahrung mit der ersten Reichsbunnen gezeigt, daß die Sozialdemokratie sich mit der bürgerlichen Demokratie niemals identifizieren kann. Die Gehege über das Verarmungsweesen, über die Unantastbarkeit der Verion, wie sie von der Dumafraktion der Kadettenpartei ausgearbeitet worden waren, hatten einen Sturm der Entrüstung unter den Arbeitern hervorgeufen und in der sozialdemokratischen Presse die gebührende Würdigung gefunden. Die Taktik der russischen sozialdemokratischen Partei ist durch die Beschlässe der allrussischen Parteikonferenz genau bestimmt. Die Sozialdemokratie tritt in der Wahlkampagne völlig selbständig auf und trifft technische Wahlvereinbarungen mit den Kadetten nur in den Fällen, wo ein Sieg des reaktionären Kandidaten droht. Sie tut das nicht deshalb, weil sie sich etwa in dem bürgerlichen Charakter der Kadettenpartei täuscht, sondern weil sie das kleinere Übel vorzieht.

Der Brief des Genossen Wassiljew, der erst kurze Zeit in den Reihen der Partei arbeitet, stellt nur seine private Meinung dar und beweist, wie sehr ihm die russischen Verhältnisse fremd sind. Er wird in den Reihen der Klassenbewußten Arbeiter keinen Anklang finden.

Taschen zu!

Hamburg, 8. Januar. In einer von über 1000 Personen besuchten Versammlung des Hilfsvereins der deutschen Juden sprach gestern Dr. Paul Nathan aus Berlin über das Hilfswerk in Rußland. Seine Ausführungen gipfelten in der Forderung, aus Gründen der Menschlichkeit und wirtschaftlicher Vorsicht der russischen Regierung weiteren Kredit zu verweigern.

Aus der Partei.

Staatsanwaltschaftliche Neujahresgeschenke in Ungarn. Die „Westungarische Volksstimme“ in Preßburg hat in der Beispielswoche wieder eine Anzahl Prozesse bekommen. Angeklagt sind: In Nr. 42 drei Artikel, in Nr. 45 ein Artikel, in Nr. 47 zwei Artikel. Für das Jahr 1906 bleiben noch die Nummern 48, 49, 50, 51 und 52 der „Volksstimme“ übrig, die dasselbe Schicksal wie die bisher erschienenen Nummern haben werden. Es wird lustig angeklagt, verurteilt und eingesperrt. Kein Blatt in Preßburg, ja in ganz Westungarn ist solchen Verfolgungen ausgesetzt, wie gerade die „Volksstimme“ und der Herr Staatsanwalt möchte sich doch schon die Ueberzeugung verschafft haben, daß, obwohl die Opfer, die an Freiheit und Geld zu bringen sind, die Genossen recht schwer treffen, die Sozialdemokratie damit doch nicht unzubringen ist. Jede Nummer wird angeklagt, jeder Artikel beanstandet, jeder Herausgeber eingesperrt — das ist die ungarische Pressefreiheit — für die Arbeiterpresse selbstverständlich!

Wenigerjand in Ungarn. Die serbische Regierung hat den sozialistischen Agitator Jovan Velicoskics mit 50 seiner Genossen aus Belgrad ausgewiesen. Man nimmt nun an, daß diese nach Ungarn überflüchten wollen. Die serbische und ungarische Polizei habe deswegen Wachtposten aufgestellt, um die Ausgewiesenen weiter zu jagen. — Wenn die ihres Prinzips wegen verfolgten Serben bei irgend einem afrikanischen Regierstaate Zuflucht gesucht hätten, sie wären sicher geborgen gewesen.

Die syndikalistische Presse. Rom, 5. Januar. (Eig. Ber.) Nach dem Parteitag von Rom haben bekanntlich sowohl die „Avanguardia“ als der „Sindacato operaio“, die beiden Organe der Syndikalisten, ihr Erscheinen eingestellt. Seit Weihnachten erscheint nun in Rom eine von Enrico Leone geleitete Tageszeitung „L'Agione“ (Die Tat), die mit einer Redaktion aus Vertretern verschiedener Parteien ein syndikalistisches Programm verkündet. In Mailand ist gestern die erste Nummer einer syndikalistischen Wochenzeitung, „Lotta di Olassa“ (Klassenkampf) erschienen, die ebenso wie die „Agione“ voll angegriffen auf den „Avanti“, den Parteivorstand usw. wimmelt. Die Redaktion ist, bis auf den Genossen Pazzari, der ausgetreten ist, dieselbe, die die „Avanguardia“ zuletzt leitete.

Sozialistische Literatur in den Vereinigten Staaten. Der Verlag von Kerr u. Co. in Chicago, wo auch die „International Socialist Review“ erscheint, ist nunmehr bewußt, dem englisch sprechenden Teil der amerikanischen Bevölkerung neue sozialistische Werke zugänglich zu machen. Nachdem der erste Band von Marx' „Kapital“ Anfangs Dezember erschienen ist, befindet sich jetzt der zweite Band im Druck, während der Genosse Ernst Untermann gegenwärtig dabei ist, den dritten Band ins Englische zu übersetzen. Jeder dieser Bände wird für einen Preis von je 8 Mark abgegeben. Es ist das, wie der Verlag mitteilt, nicht viel mehr als der Selbstkostenpreis, und

die Herausgabe des Wertes sei nur möglich geworden durch die Hilfe des Genossen Eugen Diezgen, der dem Verlage eine genügende Summe zur Verfügung stellte, um die Uebersetzungs- und Druckkosten zu bestreiten. — Im Laufe des Jahres soll ferner noch ein Buch von Ernst Untermann über Marx' „Economic Lehren“ erscheinen.

Soziales.

Wohnungsgrundzüge.

Die offiziöse „Berliner Correspondenz“ teilt mit: Nachdem die Provinzialbehörden vom Minister der öffentlichen Arbeiten unter dem 24. April 1906 auf den Erlass angemessener baupolizeilicher Vorschriften und die Aufstellung zweckentsprechender Wohnungspläne für die Vororte der größeren Städte hingewiesen worden waren, sind nunmehr durch eine Verfügung vom 20. Dezember 1906 Grundzüge mitgeteilt worden, welche bei der Festsetzung von Grundlinien und der Ausarbeitung von Bauordnungen für alle in rascher Entwicklung begriffenen Ortschaften Beachtung finden sollen.

Der Erlass geht von den heutigen Anschauungen über Städtebau aus und macht sich das auf diesem Gebiete als allgemein gültig Anerkannte zu eigen. Es wird gefordert, daß bei der Aufstellung von Wohnungsplänen zunächst die Hauptverkehrsstraßen festgelegt und dabei die einzelnen Verkehrsarten mit ihren Einrichtungen angemessen berücksichtigt werden. Die Festsetzung der Grundlinien für Nebenstraßen kann der Zukunft vorbehalten bleiben. Bei den Anforderungen an die Beschaffenheit der Straßen und bei der Gestaltung der Baublöcke, insbesondere der Vermessung ihrer Tiefe, ist auf die vor-aussichtliche zukünftige Bebauung Rücksicht zu nehmen. Wohnstraßen sind anders als Geschäftsstraßen zu behandeln; nur für letztere sind regelmäßig Vorgärten vorzusehen. Für die Freihaltung genügend großer Plätze als Schmuckplätze, Spielplätze, Parkanlagen sowie für später zu errichtende öffentliche Gebäude ist Sorge zu tragen. Unter den Rücksichten der Zweckmäßigkeit soll das ästhetische Interesse zur Geltung kommen. Zu große Eintönigkeit in der Gestaltung des Straßennetzes ist zu vermeiden; bei der Linienführung der Straßen ist nicht grundsätzlich der gerade Verlauf anzustreben, da dieser vom Verkehrsinteresse nicht immer gefordert wird, und eine leichte Krümmung oft eine erwünschte Abwechslung in das Straßenbild bringt.

Hand in Hand mit der Aufstellung des Wohnungsplanes muß der Erlass der Bauordnung gehen. Es empfiehlt sich im Anschluß an die historische Entwicklung der in Betracht kommenden Ortsteile und unter Berücksichtigung des Zweckes, dem die Bebauung des Geländes dienen soll, Abstufungen der baupolizeilichen Bestimmungen vorzunehmen, je nachdem diese für Geschäftsviertel oder Wohnviertel, insbesondere solche mit Einfamilienhäusern oder für Industriebezirke, Geltung haben sollen. Neben den polizeilichen müssen die wirtschaftlichen Interessen bei der Zuweisung des Geländes zu den einzelnen Baublöcken Beachtung finden. Regelmäßig soll die Bebauungsdichtigkeit nach außen abnehmen. Der Ministerialerlass geht näher auf die offene Bauweise ein und warnt vor der übermäßigen Ausdehnung des ihr vorzuziehenden Gebietes. Zur Förderung der Errichtung von Kleinbauten wird vielfach die halboffene Bauweise oder der Reihenaufbau vorzuziehen sein. Des weiteren werden Fingerringe für die Bestimmung der Gebäudehöhe, der Geschoszahl, der ungebauten und lassenden Grundstücksfläche für die Bebauung des Hinterlandes und die Zulassung von Wohnräumen im Dach und im Keller gegeben; die Herstellung solcher Räume in mehrstöckigen Mietshäusern soll bei geschlossener Bauweise nach Möglichkeit verhindert werden. Für Kleinbauten werden unter gewissen Voraussetzungen konstruktive Erleichterungen empfohlen. Besonders für Arbeiterhäuser, die auf billiger Baugrunde errichtet werden, sind solche Vergünstigungen von Bedeutung, indem sie den Herstellungspreis niedriger stellen. Hierdurch soll in Verbindung mit anderen Maßnahmen der Uebergang der Gebäude in das freie Eigentum der Arbeiter erleichtert werden.

Der Ministerialerlass bezweckt nicht, Vorschriften zu geben, die überall und unter allen Umständen Anwendung finden sollen; er will vielmehr — wie dies bei der Verschiedenheit der örtlichen Verhältnisse nicht anders möglich ist — nur Anregung und Übersicht bei der Befolgung der Grundzüge für den einzelnen Fall den Provinzial- und Ortsbehörden. Die durch besondere Karte für diesen Zweck vorgebildeten Beamten der Regierungen sind angewiesen, die mit dem Erlass verfolgten Bestrebungen innerhalb ihres Wirkungskreises nach besten Kräften zu fördern.

Wir behalten uns vor, sobald der volle Wortlaut der Ministerialverfügung bekannt gegeben ist, auf ihre Bedeutung zurückzukommen. Die Andeutungen der „Berliner Correspondenz“ sind gar zu verschwommen, um ein klares Bild zu ermöglichen.

Gesindeverträge bedürfen nicht der schriftlichen Form.

In Preußen bedürfen Gesindeverträge im landrechtlichen Gebiete zu ihrer Gültigkeit bis zum Jahre 1900 (Einführung des Bürgerlichen Gesetzbuches) der Schriftform oder der Eingabe des Mietwälers, wenn die Vertragssumme 150 M. übersteigt. Durch Einführung des Bürgerlichen Gesetzbuches und durch § 89 des preussischen Ausführungsgesetzes hierzu, der die Formvorschriften des Landrechts aufhob, ist die Rechtslage eine andere geworden. Gesindeverträge bedürfen seit dem 31. Dezember 1899, auch wenn ihr Objekt 150 M. übersteigt, zu ihrer Gültigkeit der Schriftform nicht mehr. Diese klare Folge des Ausführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch wird auch in der Literatur und Praxis überwiegend als richtig vertreten, so von Stephan Gerhard in seinem Keinen aber guten Kommentar zu den preussischen Gesindeordnungen (Wd. I. S. 61), ebenso z. B. in den Anmerkungen zur ostpreussischen Gesindeordnung von Stahlbaum, Seyffarth u. a., desgleichen von den meisten Kommentaren zum preussischen Ausführungsgesetz. Nur einige Schriftsteller vertreten die entgegengelegte irrige Ansicht, so Dernburg Wd. II. S. 312 Anm. 2 und das auch nach manchen anderen Richtungen hin fehl gehende preussische Gesindegesetz von Lindenberg. Vor kurzem hat nun auch der Straßener des Kammergerichts, dessen Vorsitzender bekanntlich Lindenberg heißt, anerkannt, daß auch mündliche Gesindeverträge ohne Rücksicht auf die Höhe des Objekts gültig sind. Anlaß zu dieser Entscheidung gab ein auf Grund des Gesetzes vom 24. April 1854 gegen Gesinde eingeleitetes Strafverfahren.

Desto notwendiger ist es, um vor Rechtsnachteilen sich zu bewahren, das von dem Bereich der Hausangestellten, der „Gleichheit“ und wiederholt empfohlene Formular für Gesindeverträge nach Möglichkeit zu benutzen.

Haus Industrie und Handel.

Die armen Kohlenbarone.

Es muß doch wohl wahr gewesen sein, daß die Kohlenbarone die Forderungen der Bergarbeiter wegen der schlechten finanziellen Ergebnisse ablehnen müßten. Die Papierarbeiter wären sicher verhängt, wenn sie die Löhne noch etwas aufgebessert hätten. Man betrachtete nur die folgende Tabelle, in welcher die von einer Reihe Gewerkschaften für 1905 und für 1906 gezahlte Ausbeute angegeben wird. Aber vollständig ist die Aufmachung noch nicht, denn für 1906 sind durchweg erst für drei Quartale Ausbeutezahlungen erfolgt; für die meisten Gesellschaften wird sich die Summe pro 1906 noch um zickel ein Drittel der bereits eingeholten Ausbeute erhöhen.

Unter diesem Gesichtswinkel wird man die traurige Lage der Kohlenbarone richtiger würdigen.

Seite	Ausbeute		Seite	Ausbeute	
	1905	1906		1905	1906
Blankenburg	170	200	Burbach	525	600
Baroline	110	150	Glückauf	1000	1200
Biktor	300	300	Neustadt	1375	1525
Dorfheld	180	300	Wilhelmshall	950	1100
Elzer	150	150	Eintracht	400	560
Gottesfegen	200	375	Mont Genis	720	1040
Graf Schöner	425	600	Rotbringen	1000	1500
Heinrich	325	425	Königin Elisabeth	1100	1250
Johann Deimelsberg	350	400	Helene-Amalie	1000	1150
König Ludwig	400	600	Graf Bismarck	3200	3200
Schallmayer	110	230	Prinzl. Margenionne	650	800
Trappe	250	300	Friedrich der Große	400	800
Weinrode	600	600	Constantin d. Große	1300	1750
Wegandehall	500	600	Ewald	1200	2000

Aus Freude darüber, daß das Jahr für die Unternehmer so gut abgeschlossen hat, sollen die Arbeiter am 25. Januar Konventionen, Lebensmittellieferanten und national-liberale Blutmacher wählen. Sie werden sich freundlich Einladung sicherlich gebührend beantworten.

Viehpreise zu Beginn des Jahres 1907.

Im Gegensatz zum Vorjahre sind mit Jahresbeginn die Viehpreise hinaufgegangen; ganz besonders bei Mälbern schnellste der Preis im Dezember mit Vehemenz hinauf. So stehen die Preise für sämtliche Sorten Rindvieh und Schafe am Beginn des Jahres 1907 über denen des Vorjahres und höher als zu Anfang der Jahre 1904 und 1905. Auch die Schweinepreise sind, obwohl niedriger als im Vorjahre, doch ganz erheblich höher als in den beiden vorhergehenden Jahren. Bei Ochsen und Bullen beginnt das Jahr mit folgenden Preisen: 50 Kilogramm Lebendgewicht kosteten an den wichtigsten Viehmärkten Anfang Januar Markt:

	1903	1904	1906	1907
Berlin	23-44	28-45	25-47	27-53
Breslau	20-33	20-37	24-39	30-41
Hamburg	27-39	31-42	29-43	32-45
Dortmund	25-43	28-44	29-48	27-50
Frankfurt a. M.	30-44	30-45	30-53	33-55
München	28-36	28-40	30-41	30-45
Essen a. M.	35-42	37-43	28-45	31-49

Auch in Münden, Elberfeld u. a. D. ist der Preis erheblich gestiegen. Die Preisbewegung bei Färsen und Kühen lief derjenigen von Ochsen und Bullen parallel. Bei Mälbern erfuhr der Preis im Dezember eine überaus kräftige Steigerung, wie einige Stichproben beweisen: in Chemnitz z. B. ging der Mälberpreis von 49-51 auf 60 M., in Leipzig von 56 auf 64, in Mannheim von 58 auf 65 M. im Laufe des Dezembers hinauf. Bei einem Vergleich der Preisbewegung bei Mälbern und Schweinen bemerkt man die auffallende Tatsache, daß der Mälberpreis jetzt weit mehr mit den Preisen früherer Jahre differiert als der Schweinepreis: gegen jedes der drei vorhergehenden Jahre hat der Mälberpreis einen bedeutend größeren Vorsprung als der Schweinepreis. Zu Anfang des Jahres kosteten 50 Kilogramm Lebendgewicht Kalb an nachfolgenden Märkten Markt:

	1903	1904	1906	1907
Berlin	25-56	24-56	24-64	26-58
Breslau	29-40	28-40	34-42	39-46
Chemnitz	38-47	40-50	37-54	48-60
Leipzig	37-50	46-54	45-57	52-64
Hamburg	25-72	28-74	40-90	40-90
München	40-50	42-52	42-54	46-58
Nürnberg	26-38	27-40	27-44	29-45

Der Abstand des Hamburger Mälberpreises von dem anderen Orte kommt daher, weil in Hamburg der Höchstpreis für eine Qualität gilt, die nur noch an rheinischen Märkten gehandelt wird.

Berliner Elektrizitäts-Werke. Eine für den 3. Januar einberufene Generalversammlung der Berliner Elektrizitäts-Werke, in welcher über den neuen Vertrag mit der Stadt Berlin abgemittelt werden sollte, war nicht beschlußfähig. Für Montag war infolgedessen eine neue Versammlung einberufen, in der nur ein Kleinotakt sich zu einer schwachen Opposition aufraffte. Die Verwaltung hatte kaum nötig, darauf einzugehen, ihre Anträge wurden glatt angenommen.

Gewerkschaftliches.

Er kennt nur die Adressen der Gelben!

Angesichts der Enthüllungen Lenoires, daß der französische Führer der Gelben, Viétry mit klerikalem Gelde zum Arbeiterverrat bestochen worden sei, erinnert man sich wieder folgende Episode: Als das Unglück in Courrières passierte war, sandten sowohl der alte Verband wie der „christliche“ Gewerksverein ihren Redakteur an die Unglücksstätte, um an Ort und Stelle Informationen einzuholen. Der „Verknäpp“ brachte auch einen Artikel, in dem der „christliche“ Redakteur Rürup schilderte, wie freundlich er von seinem Freund Coton in Douai aufgenommen worden sei. Dieser Freund, so schrieb Rürup, sei Vorsitzender des Bergarbeiterverbandes für Nord und Pas de Calais und sei er von dessen Beamten über alles informiert worden. Genosse Wihmann vom Bergarbeiterverband stellte aber nach seiner Rückkunft von Frankreich fest, daß der Freund des „christlichen“ Herrn Rürup der Führer einer Streikbrecherklique sei. Zur selben Zeit als Rürup bei seinem Freund Coton weilte, hatte dieser nämlich in allen französisch-kapitalistischen Blättern einen Aufruf erlassen, in dem er erklärte, daß die Mitglieder seines „Syndikats“ gegen den damals infolge der Courrièreskatastrophe ausgebrochenen Streik seien. Er teilte ferner in diesem famosen Aufruf mit, daß er im Namen seiner Mitglieder schon das Ministerium um Schutz der freien Arbeit angegangen habe. Dieser Herr Coton verlangte also unverblümt Militär zum Schutz der Streikbrecher, und einen solchen Menschen nannte der „christliche“ Gewerksvereinsredakteur seinen Freund. Als Genosse Wihmann das in der „Bergarbeiterzeitung“ festmagelte, entschuldigte sich Rürup damit, daß er nicht gewußt habe, daß Coton ein Führer der „Gelben“ sei. Wer mag Herrn Rürup aber die Adresse dieses Mannes mitgeteilt haben? Dieses Coton, der schon früher durch den klerikalen Industriemagnaten seine Streikbrecher mit Revolvern ausgestattet. Lenoire sagt es uns: Klerikale, d. h. französische Zentrümser können es nur gewesen sein, die Rürup an einen Coton empfahlen. Dieselben Leute, welche die Streikbrecherorganisationen durch ihre Hintermänner gründen ließen, um willfährige klerikale Wahlmänner zu haben. Der Ultramontanismus bleibt sich eben überall gleich: um eine herrschende Stellung zu erreichen, verkaufen sie strapellos die Interessen der Arbeiterschaft. War es doch auch die klerikale Presse, die nach der Katastrophe von Courrières schrieb, daß dieses Unglück als eine Strafe Gottes für die ungläubigen Bergleute zu betrachten sei, früher in Sodom und Gomorra habe Gott Pech und Schwefel regnen lassen, jetzt lasse er die Spötter in der Grube umkommen. Ob Rürup, als er in Frankreich bei seinen klerikalen Freunden weilte und deren Preherzeugnisse las, nicht die Schamrotz ins Gesicht stieg über solche Hundesgegnen?

Als wir die Enthüllungen von Lenoire lasen, mußten wir auch sofort an August Brust, den früheren „christlichen“ Bergarbeiterführer, jehigen Zentrumsabgeordneten denken. Derselbe führte im Jahre 1900 7—8000 Mitglieder mehr auf, als der „christliche“ Gewerksverein besaß. Nach einigen Jahren gestand er auch zu, diese Mitglieder nicht besessen zu haben, doch das Geld, d. h. die Mitgliedsbeiträge, waren für diese Nichtvorhandenen eingegangen! Auf die Anzweiflungen, woher denn dann der „christliche“ Gewerksverein das Geld habe, antwortete Brust, daß er „Goldonkels“ habe. Ganz wie Lenoire von Viétry behauptet, Goldonkels, und jedenfalls auch in Deutschland klerikale, unterstützen neugegründete „christliche“ Zersplitterungsorganisationen. Als man Brust absägte, drohte er ja auch mit Enthüllungen, die ihm genährte Schweigepflicht verhinderte aber, daß Brust Profschürenschreiber à la Lenoire wurde. Was mag dieser Zentrumsabgeordnete alles wissen? Vielleicht hinterläßt er seine Memoiren, die jedenfalls den Beweis ergäben dafür, daß nicht allein in Frankreich die Klerikalen die Arbeiter zersplittern, sondern daß auch in Deutschland römisches Geld seinen Teil dazu beigetragen hat, christlich-gelbe, d. h. Zentrums-gewerkschaften zu gründen.

Berlin und Umgegend.

Zur Aussperrung der Automobilfahrer

Ist zu berichten, daß bis jetzt 65 Betriebe, die 1 bis 20 Fahrer beschäftigten, die alten Bedingungen anerkannt haben und flotte Geschäfte machen. Die gestern berichteten Unterhandlungen haben noch zu keinem Resultat geführt. Die Unternehmer erwarteten „Vorschläge“ von den Arbeitern, die wiederholt erklären mußten, daß sie keinerlei Forderungen zu stellen haben, sondern nur die alten Lohnsätze aufrecht erhalten wollen. Eine gewisse Stimmung für baldigen Friedensschluß ist vielfach zu bemerken. — Die Führer hoffen, daß die Polizei gerade jetzt keine neue Praxis einführen werde bezüglich der Ausbildung von Lehrlingen in den Betrieben. Bisher wurde erst vier bis sechs Wochen lang reherbiert und zwei bis drei Wochen Probezeit verlangt, ehe die polizeiliche Genehmigung erteilt wurde, so daß auch jetzt etwa acht Wochen vergehen müßten, ehe die Lehrlinge als Fahrer eingestellt werden könnten. Es wäre nicht mehr wie recht und billig, wenn die Polizei auch jetzt in dieser Weise verfährt, und die Führer rechnen darauf.

Wagung, Zink-, Zinn- und Bleigießer! Die Firma Eduard Lochmann, Meister Nummer, Ritterstr. 79, ist wegen Differenzen gesperrt.

Der Vorstand des Vereins der Zink-, Zinn- und Bleigießer.

Deutsches Reich.

Bergarbeiterverband und Gewerksverein

Sind hinsichtlich ihrer Mitgliederentwicklung in den letzten Monaten wiederholt Gegenstand feindlicher und freundlicher Erörterung gewesen. Die Kräfte war die völlig aus der Luft gegriffene Behauptung der Zentrums- und Gewerksvereinspresse (aus dieser mit grinsendem Behagen von der Reichs- und Arbeiterpresse übernommen), der alte Verband leide an „Mitgliederwindstucht“, er habe nur noch 80 000 Mitglieder. Dagegen machte der Gewerksverein „glänzende Fortschritte in allen Revieren“. In mehreren, während des Herbstes 1906 abgehaltenen Agitationsversammlungen brüsteten sich Gewerksvereinsreferenten, der Gewerksverein habe „über 80 000 Mitglieder“. Im Mai 1906 erklärte Gewerksvereinssekretär Tobe! in Hattlingen, der Gewerksverein besitze „zirka 100 000 Mitglieder“. Volksvereinssekretär Bredemann-Gelsenkirchen erklärte am 23. September 1906 in Gelsenkirchen, der Verband habe überhaupt keine 80 000 Mitglieder mehr, der Gewerksverein aber besitze weit über 80 000, ginge bald den 100 000 entgegen. Alle diese Prahlziffern wurden leicht von der Zentrums- und Arbeiterpresse und von dem notorischen Schwindelblatt „Das Reich“ kopiert. Also im Mai 1906 schon „zirka 100 000“, im September „bald 100 000“ Mitglieder. Ende September sagte Effert in der Eisenkommissionssitzung, der Gewerksverein habe rund 75 000 Mitglieder! Demnach hat der Gewerksverein im Jahre 1906 innerhalb weniger Monate oder gar Tage entweder zirka 25 000 Mitglieder verloren, oder die Gewerksvereinsagitatoren Tobe!, Bredemann usw. haben einen heillosen Schwindel getrieben. Offiziell wurden nach dem großen Streik „über 80 000 Gewerksvereinsmitglieder“ angegeben; da die Zahl vor dem Streik (nur für Ruhrgebiet) mit 40 000 angegeben worden ist, der Zuwachs in den anderen Revieren damals noch minimal war, hat der Gewerksverein während des Streiks im Ruhrgebiet mindestens 30 000 Mitglieder gewonnen; somit wäre infolge des Streiks die Mitgliederzahl des Gewerksvereins im Ruhrgebiet allein auf mindestens 70 000 gewachsen. Nummer gibt der neueste „Verknäpp“ als Gesamtziffer der Gewerksvereinsmitgliedschaft (alle Reviere) nur „über 75 000“ pro Ende 1906 an. Dieselbe Mitgliederzahl war aber nach Efferts Angabe schon Ende September 1906 vorhanden. Doch ist sowohl im „Verknäpp“ wie in der ihm beschrifteten Presse von „erfreulichen Fortschritten“ auch im letzten Quartal 1906 berichtet worden. Wenn die Mitgliederzahl am Jahreschluß nicht höher war wie drei Monate vorher, oder wenn nach den Reden der Gewerksvereinsreferenten im Sommer und Herbst 1906 schon „zirka“ oder „bald“ 100 000 Mitglieder vorhanden waren, Ende 1906 nur noch „über 75 000“, wo sind denn da die ausposaunten „Fortschritte“? Gehen wir in Betracht, was die Saargruben- und die sonstigen Gewerksvereinszeitungen über die Fortschritte des Gewerksvereins im Saargebiet, Siegburg- und Burmevier, in Lothringen usw. berichtet haben — immerfort „erfreuliche Fortschritte“ — und berücksichtigen wir, daß schon im Juli 1906 die Gewerksvereinsmitgliedschaft außerhalb des Ruhrgebietes auf 25 000 geschätzt wurde (detaillierte Abrechnungen vorläufiglich der Gewerksverein nicht), dann dürfen wir sie am Jahresende auf 30 000 schätzen. Damit blieben für das rheinisch-westfälische Industriegebiet nur rund 45 000 Gewerksvereinsmitglieder übrig. Da nach dem Streik im Ruhrgebiet allein über 70 000 Gewerksvereinsmitglieder gewesen sein sollen, wären dem Gewerksverein von den über 30 000 Neuaufnahmen während des Streiks nur 5000 treu geblieben; überhaupt hätte er von Januar 1906 bis Ende 1906 im Ruhrgebiet nur zirka 5000 Mitglieder gewonnen. Wir halten uns stets an die Angaben von Gewerksvereinsagitatoren oder Zeitungen. Doch ein Gewinn von nur zirka 5000 Mitgliedern im Ruhrgebiet innerhalb zwei Jahren kein rühmenswertes Resultat ist, versteht sich von selbst.

Wie steht es nun mit dem Bergarbeiterverband? Oben ergibt sich, daß der Gewerksverein innerhalb der letzten zwei Jahre nur 5000 Mitglieder im Ruhrgebiet gewonnen hat. Ende 1904 (der große Streik begann Januar 1905) besaß der Bergarbeiterverband im rheinisch-westfälischen Kohlenrevier genau 56 738 Mitglieder. Wieviel es am Jahreschluß 1906 genau waren, konnten wir noch nicht feststellen, es erfolgt bekanntlich erst am 15. Januar der Jahresgeschäftsbericht. Angeführt geschätzt — die Zahl kann sich nach genauer Feststellung noch etwas erhöhen oder auch erniedrigen — wird die Mitgliederzahl am Jahresende 1906 allein im Ruhrkohlenrevier auf 82 000 gestiegen sein. Vergleichen wir nun die Entwicklung der Verbands- und Gewerksvereinsmitgliedschaften im Ruhrgebiet innerhalb der letzten zwei Jahre, wobei zu berücksichtigen ist, daß für beide Vereinigungen die genauen Schlussrechnungen pro 1906 noch nicht vorliegen.

Bergarbeiterverband Gewerksverein

Mitgliederstand Ende:	1904:	1906:	1906:	1906:
	56 738	82 000	40 000	45 000
Zuwachs:	zirka 25 000	zirka 5 000		

Etwas können sich beide Schlussziffern noch verschieben, wesentlich sind sie aber richtig.

Interessieren wird es auch zu erfahren, wie sich die Gesamtmittgliedschaft (alle Reviere) der beiden Vereinigungen entwickelte; auch hier sind die Schlussziffern pro 1906 beiderseits erst geschätzt:

Mitgliederstand des	Bergarbeiterverbandes		Gewerksvereins	
	Ende 1902	1906	1902	1906
	48 278	89 028	40 000	42 000
	1004	80 628	43 400	48 000
	1905	105 030	68 000	75 000
	1906	110 000 (zirka)	75 000 (zirka)	
Zuwachs 1902/1906	61 722		35 000	

Bemerkenswert ist, daß der Bergarbeiterverband die stärksten Zunahmen in Jahren mit schlechter Industrielage erfahren hat, während sonst die Gewerkschaften in der Regel die besten Fortschritte während der Hochkonjunktur machen. Die obigen Ziffern beweisen hinlänglich, daß der Verband den Gewerksverein innerhalb der letzten 5 Jahre bedeutend überflügelte.

Ein schwörender Scharfmacher. Beim vorjährigen Bauarbeiterstreik in Rürnberg betätigte sich der Bauunternehmer Bürger als einer der wütendsten Scharfmacher. Vor zehn Jahren noch war er Vorstand der Maurergesellschaft und gab sich als Sozialdemokrat; damals führte er auch einen großen Streik und konnte die Profitgier des Unternehmertums nicht scharf genug verdammen. Inzwischen ist er durch irgendwelche Umstände selbst zum Unternehmer auferückt und seine damals zur Schau getragene Gefinnung hat sich in das andere Extrem verkehrt. Während des Streiks trieb er sich fortgesetzt an den Orten herum, wo Streikende waren, um sie zu provozieren und dann die Polizei auf sie zu hetzen. Eines Tages befand er sich auch mitten in einer Ansammlung streikender Bauarbeiter vor einem Neubau. Bei dieser Gelegenheit sollte der Leiter der Bauhilfsarbeiterorganisation mit Bezug auf Bürger gerufen haben: „Das ist der Lump, schlägt ihn nieder!“ Bürger beschwor vor dem Schöffengericht, daß dieser Angeklagte diesen Ruf ausgesprochen habe, und R. wurde zu sieben Tagen Gefängnis verurteilt. In der Berufungsverhandlung blieb er auf seiner Aussage bestehen, obwohl durch eine ganze Reihe von Zeugen nachgewiesen wurde, daß seine Aussage unwahr ist. Der Angeklagte wollte zum Bahnhof, um sich von dem abreisenden Leiter des Zentralverbandes zu verabschieden, und kam nur zufällig an den Ort. Dort machte er einen Begleiter auf Bürger aufmerksam mit den Worten, das sei der Bürger vom Arbeitgeberverband. Er mußte freigesprochen werden. Ob nun der Staatsanwalt gegen den so schnell schwörenden Unternehmer vorgehen wird?

Ausland.

Der Erfolg des Straßenbahnerstreiks in Kopenhagen. Die Generalversammlung der Straßenbahngesellschaften, die am Sonntag stattgefunden hat, nahm das nach langen Verhandlungen zwischen den Vertretern der Parteien und des Gewerkschaftsverbandes sowie der Arbeitgebervereinigung getroffene Uebereinkommen einstimmig an. Von den 1445 organisierten Straßenbahnern, die buchstäblich alle anwesend waren, stimmten 1437 dafür und nur 8 dagegen, Beweis genug für die Tatsache, daß die Arbeiter hier wieder einmal durch treues Zusammenhalten einen Sieg errungen haben. Die Löhne sind um ein gut Teil erhöht worden. Für das Jahrpersonal beträgt der Anfangslohn nun 1100 Kronen, steigt nach einem Dienstjahre auf 1200, nach vier Jahren auf 1300, nach acht auf 1400 und nach zwölf Dienstjahren auf 1500 Kronen. — Im Januar vorigen Jahres ist eine Lohn-erhöhung um 60 Kronen im Jahre durchgeführt worden, und danach betrug der Anfangslohn des Jahrpersonals nur 1020 Kronen, steigerte sich im Laufe von fünfzehn Dienstjahren auf das Maximum von 1440 Kronen. Für das nicht fahrende Personal wurde der Anfangslohn damals auf 1050, der höchste Lohn auf 1200 Kronen festgesetzt. — Nach dem neuen Uebereinkommen erhält das nichtfahrende Personal als Anfangslohn 1100, nach vier Dienstjahren 1200, nach acht Dienstjahren 1300 und nach zwölf Dienstjahren 1400 Kronen. Die Lohn-erhöhung wird sich für den größten Teil des Personals auf rund 200 Kronen belaufen.

Die Arbeitszeit wurde um 2 Stunden herabgesetzt und beträgt nun für die Wagenführer 55 Stunden, für die Kondukteure 58 Stunden die Woche. Die Essenspausen wahren 16 bis 18 Minuten. Ueberzeitarbeit muß im Laufe von vierzehn Tagen durch verkürzte Arbeitszeit wieder ausgeglichen werden. In den freien Tagen, die dem Personal gewährt werden, soll die Ruhezeit im ganzen nicht weniger als 32 Stunden betragen; wird sie ausnahmungsweise einmal auf 31 Stunden verkürzt, so muß sie das nächste Mal 33 Stunden dauern. Außer den erwähnten enthält das Uebereinkommen noch eine Reihe anderer Bestimmungen, durch die die Arbeitsverhältnisse weiter verbessert werden. Neben Lohn und Arbeitszeit waren es im ganzen nicht weniger als 24 andere Streitfragen, die entschieden wurden. Der neue Tarifvertrag ist auf drei Jahre abgeschlossen. Die Lohn-erhöhungen treten sofort in Kraft. Die neuen Fahrpläne müssen spätestens am 1. Juni dieses Jahres fertig sein, haben dann aber rückwirkende Kraft, so daß, was inzwischen vielleicht an Ueberzeitarbeit geleistet wird, durch Arbeitszeitverkürzung wieder ausgeglichen werden muß.

Alle Streitenden wurden wieder auf ihre alten Plätze eingestellt, und zwar mit allen ihren durch ihren bisherigen Dienst bei der Straßenbahn erworbenen Rechten. Die Anfeindung der Direktion, daß die Streitenden endgültig entlassen seien und ihr Pensionsrecht wie alle anderen durch Dienstalter erworbenen Rechte verloren hätten, ist also ganz und gar für nichtig erklärt worden.

Die Streiks und Aussperrungen in Holland im Jahre 1905 waren, wie aus dem Bericht des holländischen statistischen Zentralbureaus hervorgeht, zahlreicher, aber weniger ausgedehnt als die des Jahres 1904. Es fanden 182 mit Arbeitseinstellung verbundene Konflikte statt, an denen 7964 Arbeiter beteiligt waren und 78 562 Streiktage konstatiert wurden gegenüber 102 Arbeitseinstellungen mit 11 186 beteiligten Arbeitern und 576 866 Streiktagen des Vorjahres. Die Ziffern des letzteren sind hauptsächlich beeinflusst durch eine gewaltige Streikbewegung in der Diamantindustrie, an der 6391 Arbeiter beteiligt waren und 434 571 Arbeitstage verloren wurden.

Die Streitigkeiten des Jahres 1905 verteilten sich auf die einzelnen Gewerbe wie folgt:

	Streiks und Aussperrungen	Beteiligte Arbeiter	Verlorene Arbeitstage
Baugewerbe	88	2144	47 893
Textilindustrie	8	211	2 559
Transportgewerbe	18	1269	8 128
Chem. Fab., Glas, Töpferei	10	2369	8 288
Nahrungsmittel	39	509	9 738
Diamantschleiferei	8	68	172
Andere	16	788	6 890
Zusammen	182	7364	78 562

Der Streik der bulgarischen Eisenbahngesellschaften dauert fort. Die Regierung bemüht sich energisch, den Ausstandes Herr zu werden. Sämtliche Ausständigen sind aus dem Dienst entlassen und zum Rückmen ihrer Dienstwohnungen gezwungen worden. Ein großer Teil der Ausständigen erhielt bereits die Einberufung als Reservisten und verbleibt unter militärischer Bewachung den Dienst. Es macht sich die passiv Resistenz bemerkbar. Die Sozialdemokraten treten für den allgemeinen Ausstand ein. Die Post- und Telegraphenbeamten, welche ebenfalls schlecht bezahlt werden, beabsichtigen, sich dem Streik anzuschließen. Auf den Konventionalszug wurde bei Skopje ein Schuß abgegeben, durch welchen die Fenster des Waggons zertrümmert wurden, in dem sich Professor Strauß aus Budapest befand.

In den Vereinigten Staaten ist Arbeiten unter Kontrakt mit einem Unternehmer die Einwanderung nicht

gestaltet. Kürzlich wurden nun vom Staate Süd-Carolina 470 Einwanderer (darunter 300 belgische Fabrikarbeiter) durch Vermittlung eines Kommissars eingeführt und vom Staate auch das Ueberfahrtsgehd bezahlt. In den Südstaaten besteht die gleiche „Leutenot“ wie in Ostelbien und aus denselben Gründen; es ist nämlich Not an solchen Leuten, die sich unumlichlich ausbreiten lassen. Die amerikanischen Gewerkschaften erhoben Protest in Washington über diese Handlungsweise von Süd-Carolina. Der neue Sekretär des Amtes für Handels- und Arbeitsangelegenheiten gab darauf die Entscheidung ab, daß das Verbot gegen die Einfuhr kontraktlich verpflichteter Arbeiter keine Anwendung auf einen Staat oder einen vom Staat beauftragten Beamten findet. Gegen diese Entscheidung, eine der ersten Taten des neuen Handelsministers, des Millionärs Strauß, können die Arbeiter jetzt die Gerichte anrufen, wenn sie nicht wollen, daß die Südstaaten Kontraktarbeiter in Massen anwerben. Vor der Auswanderung nach dem Süden der Vereinigten Staaten ist schon wiederholt in Arbeiterblättern gewarnt worden, und die Warnung ist um so mehr am Platze, wenn die Lockungen von Staats wegen geschehen und die Bezahlung der Ueberfahrt angeboten wird. Die Illuzion in moderner Auflage winkt den armen Einwanderern dort.

151 14,15	152/153 40,90	154 8,55	155 6,95	156 6,45	157 26,60
158 10,90	159 10,90	160 7,35	161 8,05	162 23,40	163 7,15
164 3,70	165 8,95	166 4,30	167 24,50	168 18,—	169 18,35
170 25,05	171 24,40	172 4,—	173 10,65	174 12,15	175 18,75
176 11,15	177 9,35	178 15,40	179 8,—	180 8,10	181 7,30
182 4,50	183 9,15	184 13,75	185 16,75	186 2,30	187 6,45
188 11,05	189 7,50	190 6,50	191 16,95	192 10,70	193 6,20
194 9,60	195 9,55	196 19,20	197 10,25	198 5,—	199 13,75
200 24,20	201 6,25	202 8,20	203 4,90	204 12,25	205 24,20
206 3,80	207 11,75	208 2,15	209 6,80	210/211 55,20	212 12,25
213 17,—	214 8,15	215 17,—	216 4,95	217 0,05	218 27,—
219 11,95	220 14,50	221 22,90	222 14,50	223 19,10	224 14,05
225 6,75	226 4,35	227 31,10	228 10,70	229 3,65	230 16,35
231 8,05	232 14,75	233 8,30	234 17,35	235 8,20	236 28,45
237 5,25	238 22,25	239 22,15	240 5,85	241 23,85	242 11,35
243 25,90	244 13,30	245 0,—	246 28,60	247 19,80	248 13,30
249 5,85	250 3,—	251 3,20	252 13,60	253 21,80	254 6,80
255 1,50	257 23,40	258 9,20	259 19,—	260 8,35	261 10,—
262 14,90	263 5,05	264 7,50	265 10,25	266 6,55	267 13,75
268 28,—	269 4,65	270 8,65	271 12,25	272 22,35	273 23,90
274 17,20	275 12,95	276 6,20	278 1,90	279 9,65	280 12,60
281 10,45	282 16,65	283 45,90	284 19,20	285 27,20	286 21,15
287 21,80	288 18,15	289 21,45	291 11,—	292 9,05	293 4,00
294 10,15	295 7,40	296 21,20	297 10,—	298 9,50	299 17,65
300 9,20	301 11,05	302 16,30	303 56,60	304 28,50	305 17,70
306 29,90	307 13,—	308 12,—	309 7,—	310 8,80	311 4,85
312 5,75	313 7,60	314 18,50	318 20,50	319 22,70	320 37,80
321 4,15	322 16,45	323 15,20	324 8,75	325 5,95	326 39,50
327 12,—	328 64,—	329 3,55	330 13,15	331 11,05	332 13,25
333 4,20	334 12,40	335 17,20	337 10,30	338 11,—	339 10,—
340 5,34	341 12,40	342 14,—	343 7,55	344 20,85	345 26,25
346 11,20	347 8,25	348 7,75	349 1,75	350 13,50	351 17,45
352 7,30	353 8,95	354 11,10	355 6,15	356 5,—	357 8,65
358 6,25	359 9,20	360 7,05	361 1,—	362 6,45	363 17,—
364 11,—	365 10,10	366 29,95	367 10,75	368 6,15	369 10,70
370 6,40	371 7,20	372 6,50	373 51,—	374 5,60	375 7,20
376 10,—	377 20,05	378 14,60	379 4,15	380 8,65	381 14,85
382 3,—	383 11,—	384 7,70	385 9,40	386 9,40	387 10,70
388 9,20	389 18,50	390 9,70	391 27,—	392 0,40	393 24,15
394 11,05	395 4,45	396 13,15	397 36,30	398 28,50	399 1,50
400 56,—	401 5,75	402 7,80	403 1,90	404 0,30	405 3,55
406 6,—	407 0,50	408 10,35	409 5,50	410 0,25	411 2,55
412 13,15	413 4,40	414 2,95	415 12,65	416 3,55	418 10,—
419 8,25	420 2,45	421 11,—	422 10,10	423 10,05	424 19,20
425 14,85	426 14,85	427 2,90	428 9,95	429 3,70	430 7,15
431 20,—	432 1,50	433 6,—	434 7,—	435 17,55	436 5,15
437 12,80	438 0,85	439 15,70	440 14,85	441 20,05	442 15,45
443 15,65	444 3,60	445 5,70	446 5,80	447 8,65	448 7,80
449 6,70	450 14,25	451 10,20	452 15,05	453 11,—	454 8,—
455 11,30	456 4,75	457 9,50	458 9,30	459 10,40	460 6,55
461 3,40	462 4,50	463 7,20	464 7,45	465 21,80	466 7,70
467 12,45	468 6,75	469 6,50	470 16,05	471 9,85	472 4,00
473 22,35	474 12,35	475 14,—	476 10,—	477 20,05	478 7,70
479 14,25	480 45,50	481 4,80	482 7,—	483 6,15	484 8,60
485 11,25	486 9,70	487 5,50	488 6,90	489 12,20	490 5,20
491 11,90	492 5,50	493 6,90	494 12,20	495 5,20	496 12,20
497 11,90	498 11,90	499 11,90	500 6,90	501 12,20	502 5,20
503 11,90	504 15,85	505 65,00	506 15,20	507 30,45	508 23,75
509 13,65	510 6,80	511 6,95	512 15,75	513 19,25	514 21,15
515 40,40	516 23,50	517 11,10	518 19,85	519 13,70	520 7,65
521 22,85	522 16,25	523 20,40	524 4,10	525 3,35	526 6,50
527 12,30	528 9,25	529 6,60	530 7,90	531 12,—	532 8,75
533 1,20	534 9,00	535 8,50	536 14,40	537 14,20	538 11,45
539 14,70	540 3,20	541 12,90	542 7,45	543 2,75	544 17,90
545 3,75	546 6,10	547 2,85	548 6,35	549 4,95	550 7,90
551 5,—	552 4,55	553 11,10	554 21,90	555 10,—	556 15,85
557 18,05	558 5,90	559 12,40	560 6,00	561 6,20	562 29,20
563 7,40	564 10,—	565 16,20	566 18,55	567 6,50	568 8,65
569 8,65	570 14,35	571 22,55	572 5,80	573 8,65	574 16,45
575 20,—	576 19,60	577 19,60	578 18,55	579 6,50	580 10,75
581 14,35	582 22,55	583 3,90	584 0,65	585 8,20	586 8,65
587 16,45	588 20,—	589 19,60	590 3,60	591 9,25	592 15,30
593 24,55	594 5,65	595 3,—	596 17,—	597 9,—	598 21,—
599 2,80	600 4,10	601 21,90	602 9,10	603 13,25	604 5,—
605 5,—	606 25,55	607 11,65	608 4,40	609 120,—	610 38,75
611 4,50	612 15,—	613 15,—	614 13,10	615 19,05	616 2,15
617 8,70	618 7,55	619 14,35	620 17,50	621 9,55	622 13,—
623 19,10	624 5,90	625 5,65	626 8,—	627 10,15	628 9,70
629 10,30	630 27,75	631 5,95	632 8,20	633 6,25	634 5,20
635 7,45	636 6,50	637 1,50	638 7,40	639 12,20	640 7,70
641 13,45	642 7,65	643 17,70	644 18,25	645 8,25	646 22,55
647 1,25	648 5,25	649 7,80	650 9,—	651 10,50	652 5,00
653 6,—	654 13,45	655 15,05	656 15,65	657 9,20	658 3,—
659 11,20	660 11,20	661 11,20	662 14,20	663 8,10	664 8,30
665 8,00	666 3,20	667 8,20	668 19,10	669 15,70	670 14,20
671 15,80	672 5,—	673 6,05	674 12,—	675 14,05	676 8,70
677 9,35	678 5,15	679 6,70	680 3,—	681 25,90	682 4,05
683 3,—	684 8,50	685 6,30	686 10,05	687 11,50	688 10,90
689 4,00	690 3,50	691 8,50	692 3,25	693 5,90	694 9,05
695 18,25	696 9,—	697 4,70	698 9,—	699 13,—	700 4,20
701 12,75	702 18,90	703 9,65	704 14,30	705 28,—	706 11,—
707 11,—	708 9,50	709 12,90	710 17,55	711 15,25	712 15,65
713 4,45	714 8,50	715 13,65	716 1,95	717 6,10	718 19,60
719 8,—	720 5,75	721 7,65	722 1,85	723 7,95	724 12,05
725 9,85	726 2,10	727 11,35	728 6,05	729 1,—	730 8,15
731 1,50	732 3,—	733 10,40	734 5,50	735 2,90	736 13,70
737 11,10	738 18,—	739 15,—	740 14,75	741 9,20	742 22,—
743 13,80	744 7,15	745 23,85	746 4,75	747 24,25	748 2,35
749 21,50	750 11,80	751 18,30	752 16,55	753 3,70	754 16,85
755 8,70	756 23,65	757 7,80	758 6,25	759 15,—	760 7,05
761 7,05	762 2,10	763 1,55	764 4,—	765 14,25	766 8,50
767 13,90	768 9,45	769 11,95	770 11,—	771 9,05	772 17,45
773 7,50	774 32,75	775 22,40	776 19,55	777 44,50	778 24,90
779 11,70	780 25,20	781 17,60	782 6,45	783 5,—	784 4,50
785 9,—	786 9,—	787 10,10	788 4,65	789 15,15	790 7,70
791 6,—	792 6,30	793 0,35	794 11,55	795 8,70	796 5,—
797 7,55	798 8,20	799 10,05	800 7,—	801 18,50	802 13,75
803 5,40	804 15,80	805 35,—	806 27,50	807 17,90	808 1,81
809 2,75	810 8,25	811 2,85	812 1,20	813 18,80	814 18,—
815 11,55	816 4,75	817 12,25	818 9,65	819 12,15	820 11,10
821 2,75	822 6,—	823 9,25	824 9,65	825 8,99	826 4,82
827 12,15	828 21,70	829 12,15	830 21,70	831 13,45	832 8,92
833 8,05	834 7,85	835 4,00	836 4,40	837 5,95	838 10,45
839 8,50	840 10,45	841 5,95	842 10,45	843 5,95	844 10,45
845 8,50	846 4,40	847 5,95	848 10,45	849 5,95	850 7,60
851 4,50	852 8,05	853 3,90	854 5,10	855 3,45	856 0,50
857 3,65	858 13,85	859 21,25	860 11,—	861 11,—	862 4,50
863 4,05	864 10,80	865 12,95	866 6,—	867 10,—	868 6,85
869 8,99	870 8,70	871 8,75	872 6,50	873 10,95	874 13,75
875 15,25	876 8,60	877 12,—	878 4,—	879 2,60	880 6,75
881 5,25	882 11,30	883 6,—	884 2,80	885 3,—	886 25,80
887 7,60	888 16,70	889 19,50	890 5,—	891 5,—	892 10,10
893 21,85	894 30,50	895 3,95	896 13,—	897 11,—	898 6,25
899 12,40	900 10,40	901 9,70	902 12,70	903 3,75	904 8,25
905 12,40	906 12,40	907 6,80	908 17,25	909 0,10	910 2,95
911 8,50	912 18,30	913 8,50	914 7,25	915 5,95	916 15,50
917 5,50	918 5,65	919 8,25	920 4,30	921 13,50	922 8,05
923 9,60	924 7,20	925 19,—	926 8,00	927 8,—	928 12,95
929 7,—	930 8,50	931 5,00	932 16,50	933 2,50	934 6,—
935 12,55	936 8,45	937 7,—	938 3,15	939 9,75	940 5,55
941 7,50	942 11,25	943 3,15	944 15,15	945 11,50	946 13,50
947 18,40	948 6,80	949 23,85	950 10,30	951 5,45	952 9,70
953 7,40	954 18,55	955 6,65	956 7,70	957 11,55	958 7,90
959 8,70	960 19,05	961 10,85	962 9,90	963 26,55	964 11,90
965 12,50	966 12,50	967 7,65	968 17,10	969 5,65	970 3,75
971 11,50	972 11,50	973 11,50	974 11,50	975 11,50	976 11,50
977 11,50	978 11,50	979 11,50	980 11,50	981 11,50	982 11,50
983 11,50	984 11,50	985 11,50	986 11,50	987 11,50	988 11,50
989 11,50	990 11,50	991 11,50	992 11,50	993 11,50	994 11,50
995 11,50	996 11,50	997 11,50	998 11,50	999 11,50	1000 11,50

Die Redaktion.)

Quittung für die Schätze-Sammlung.

(Von organisierten Metallarbeitern werden wir um Veröffentlichung des Ergebnisses der für den 12. Jahre hinter Nachhausemannen verbotenen, dieser Tage bereits verstorbenen Reichmanns Adolf Sch

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Mathias Gollinger.
Aufspiel in 4 Aufzügen von Oscar
Blumenthal und Max Bernstein.
Donnerstag abends 8 Uhr:
Doppelselbstmord.
Freitag, abends 8 Uhr:
Mathias Gollinger.

Schiller-Theater, Charlottenburg.
Bismarckstraße, Ecke der Grolmanstr.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Minna v. Barnhelm.
Aufspiel in 5 Aufzügen v. Gotthold
Ephraim Lessing.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Jugend.
Freitag, abends 8 Uhr:
Minna von Barnhelm.

Zirkus Schumann

Heute Mittwoch, den 9. Januar, abends prägte 7 1/2 Uhr:
Grande Soirée équestre. Elite-Programm und
eine wirkliche Sensation

Globe of Life mit Irene u. Mr. Wizard Stone.
3 Frères Willé, in ihren ausgezeichneten Leistungen.

Nurherdem die großartigen neuen Spezialitäten.
Zum Schluss zum 20. Male:
Das größte
Pracht-Manegeausstück **St. Hubertus.**

Metropol-Theater

Der Teufel lacht dazu.

Große Jahresrevue in 7 Bildern
von Julius Freund. Musik von
Viktor Hollander. Dirigent Max
Koth. In Szene gesetzt von
Direktor Richard Schultz.
Massary, Wolf, Bender,
Giampietro, Josephi.
Anfang 8 Uhr. Rauchen überall gest.
Sonntag, den 13. Januar,
nachmittags 3 Uhr:
Auf in's Metropol.

Zirkus Busch.

Der Todes-Globus

Heute abend 7 1/2 Uhr.
Ferner: **Wah Dianda**, drei Affen,
Gunde und Saladin, 4 Spring-
pferde - Konturnen, **Fräulein**
Marguerite, Schulkinder, Herr
Ernst Schumann, Reudresuren.
Die berühmte Kletterfamilie
Lecusson.
Um 7/10 Uhr:
ROM. Gr. Origin.-Aufst.-
Pantom. in 7 Bild.

WINTERGARTEN

SAHARET. Otto Reutter

Kaufmann-Truppe, weibl. Radfahrer.
Ein Ballabend i. Paris, Ballet, ausgef.
von der Tiller-Truppe, London.
Johnson und Dean, Mulatten-Gigeln.
Die 3 Schwestern Kloess, Gym-
nastische Produktionen.
Howard und Harris, Amerikanische
Excentrics.
Ancilotti und gedankenlesender
Hund Pilu.
Paul Cinqevalli, Jongleur.
Fioretta's Luftballett.
Der Biograph.
Ende 11 Uhr

Gebr. Herrnfeld-Theater

Familientag im Hause Prellstein.

Uml. 8 Uhr. Einlaß 7 Uhr.
Kommandantenstr. 57.
Stallschreiberstr. 42-44.
Komödie in 3 Akten
mit den Autoren Anton und
Donat Herrnfeld in den Haupt-
rollen.
Vorverkauf 11-9 Uhr an den
Theaterkassen bei H. Berthelm
und Invalidentank.
Rauchen in allen Räumen ge-
statet.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Kasino-Theater

Ledige Leute.

Komödie in 3 Akten v. Felix Dörmann.
Vorher das bunte Samstagsprogramm.
Bella, Schwan in 1 Akt v. R. Möller.
Sonntag 4 Uhr: Die beiden Champagnol.

Colosseum

12 erstklassige Schlager 12 Wiener Schrammeln.

Dresdenerstr. 97.
Konzertsaal:
Wien Schrammeln.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsbüro Berlin. Hauptbüro:
Zimmer 34, Amt 4, 3953. Engel-Ufer 15. Zimmer 1-5, Amt 4, 3679.

Achtung! Branche Achtung!

der Elektromonteur und Helfer!

Sonnabend, den 12. Januar 1907
Großer Wiener Masken-Ball
im großen Saale der Berliner Bockbrauerei
Tempelhofer Berg.
Prämierung der schönsten bzw. originellsten Damen- u. Herrenmaske.
Demaskierung 12 Uhr. ☉ Kaffeepause 1 Uhr,
während derselben: **Humoristische und Gesangsvorträge**
(Herrn Falkenhayn und Balzer).
Anfang 8 Uhr. 110/8 Ende ??
Billetts a 50 Pfennig sind bei den Werkstätten-Vertrauensleuten zu haben.
Zu zahlreichem Besuch ladet ein **Das Komitee.**

Fachverein der Tischler

Berlins und Umgegend.

General-Versammlung

bei Jais, Köpenickerstr. 137-138.
Tages-Ordnung: 166/1
1. Bericht des Vorstandes und des Kassierers vom 4. Quartal 1906.
2. Ergänzungswahl des Vorstandes. 3. Die gegenwärtige Lage in der Holz-
industrie und wie stellen wir uns hierzu? 4. Vereinsangelegenheiten.
5. Verschiedenes.
Mitgliedsbuch legitimiert.
Zahlreiches und pünktliches Erscheinen aller Kollegen erwartet.
Der Vorstand.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Maler

Bureau: Meldstr. 28, part. Filiale Berlin. Telefon: Amt 4, Nr. 4787.
Donnerstag, den 10. Januar 1907, abends 8 Uhr:
Mitglieder-Versammlung
im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15.
Tages-Ordnung:
1. Kassenbericht vom 4. Quartal. 2. Neuwahl der Orga-
nisation. 3. Verschiedenes. 124/3
Mitgliedsbuch legitimiert. Die Ortsverwaltung.
Exekutivmitglied: Hans Weber, Berlin. Für den

Erster Wahlkreis.

Donnerstag, den 10. Januar, abends 8 1/2 Uhr, bei Müller, Krausenstr. 10:

Wähler-Versammlung

für die Wahlbezirke 19-23.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen **Fritz Ebert** über „Die Neuwahlen zum deutschen Reichstag“.
2. Freie Aussprache.
Ansprache des sozialdemokratischen Kandidaten **Dr. Leo Arons.**
Zahlreichen Besuch erwartet. Der sozialdemokratische Wahlausschuß.

II. Wahlkreis.

Am Donnerstag, den 10. Januar 1907, abends 8 1/2 Uhr:

Wähler-Versammlungen

in folgenden Lokalen:
Schneigelbergs Festsäle, Hasenheide 21. Referent: Stadtverordneter **H. Heimann.**
Alter Bürgergarten, Lindenstraße 105. Referent: Der Kandidat des Kreises **R. Fischer.**
Tages-Ordnung: 238/3
1. Die bevorstehenden Reichstagswahlen. 2. Diskussion.
Frauen haben Zutritt. - Zahlreichen Besuch erwartet
Das sozialdemokratische Wahlkomitee.

Genossinnen! VI. Wahlkreis. Genossen!

Donnerstag, den 10. Januar 1907, abends 8 1/2 Uhr:

Volkversammlung

in den „Berolina-Sälen“, Schönhauser Allee 28.
Tages-Ordnung:
1. Die Proletarierin beim Wahlkampf. 2. Diskussion.
Referentin: Genossin **Ottillie Bander.**
Zahlreichen Besuch erwartet 1/2 Die Vertrauensperson.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.
Donnerstag, den 10. Januar 1907, abends 8 1/2 Uhr:

Zehn große

Mitglieder-Versammlungen

in folgenden Lokalen:
Böhmisches Brauhaus, Landsberger Allee 11-13.
Prachtsäle des Ostens, Frankfurter Allee 151-152
Schweizer Garten, Am Friedrichshain.
Boekers Festsäle, Weeberstr. 17.
Andreas-Festsäle, Andreasstr. 21.
Aliens Festsäle, Hasenheide 13-15.
Hofjäger, Hasenheide 52-53.
Brauerei Königstadt, Schönhauser-
Allee 10-11.
Norddeutsche Brauerei, Chaussee-
straße 58.
Moabiter Gesellschaftshaus,
Wiesestr. 21.

Die Aussperrung der Berliner Holzarbeiter.

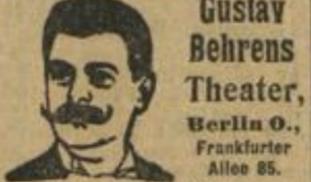
Referenten: **Otto Dahlke, Georg Exner, Wilhelm Güth, Hermann Jack,**
Langhammer, Richard Leopold, Hermann Maaß, Karl Reiche,
Heinrich Späthe und Franz Stusche.
Mitgliedsbuch legitimiert. Die Ortsverwaltung.

Bierfahrer, Miffahrer, Reservefahrer und Stalleute

aus den Ringbrauereien Berlins und Umgegend!

Versammlung.

Donnerstag, den 10. Januar 1907, abends 8 Uhr, in Kellers Festsälen, Köpenickerstr. 29:
Tages-Ordnung:
1. Die Antwort der Herren Brauereibesitzer auf unsere Ver-
sammlungsbeschlüsse vom 30. Dezember 1906 bei Keller. 2. Dis-
kussion und weitere Beschlußfassung. 3. Geschäftliches.
Kollegen! In Anbetracht der hochwichtigen Tagesordnung darf kein einziger Fahrer, Miffahrer, Reserve-
fahrer oder Stallmann in dieser Versammlung fehlen, gleichviel, welcher Organisation er angehört!
Erscheint alle Mann für Mann!
Die Mitgliedsbücher der beiden Verbände (Brauerei- und Transportarbeiter-Verband) sind mitzubringen und
sowas Kontrolle am Eingang zur Versammlung vorzulegen. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt!
Die gemeinsame Lohnkommission: **J. A. H. Werner.**



Gustav Behrens
Theater,
Berlin O.,
Frankfurter
Allee 85.
Das einzig dastehende
Elite-Programm.
24 Nummern.
Anfang 7 1/2 Uhr. Sonntags 4 1/2 Uhr

Trianon-Theater.

abends 8 Uhr:
Wo ist der Papa?
Vorher: Die Schloßkellerei.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Der Hans-
freund.

Radfahrer! Radfahrer!

Berliner Arbeiter-Radfahrer-Verein.

(Mitglied des Arbeiter-Radfahrer-Bundes „Solidarität“.)
Donnerstag, den 10. Januar 1907, abends 8 1/2 Uhr,
bei F. Wilke, Brunnenstr. 188.:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Bericht des Vorstandes und Kassierers. 2. Bericht der Agitations-,
Mediation- und Organisationskommission. 3. Vereinsangelegenheiten.
4. Neuwahl des gesamten Vorstandes. 5. Verschiedenes.
Genossen! Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung erscheint
Mann für Mann.
Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.
In den nächsten Abteilungsverfammlungen finden die Wahlen
der Abteilungs-Funktionäre statt. Wir bitten die Mitglieder um regen
Besuch.
Im Auftrage des Vorstandes: **H. Schert.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß der Kollege, Tischler
Emil Viecens
am 5. Januar nach kurzem Kranken-
lager verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 9. Januar, nach-
mittags 1 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des Zentral-Friedhofes in
Friedrichsfelde aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
77/10 Die Ortsverwaltung.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands.

Zweigverein Berlin.
Am 5. Januar verstarb im
Alter von 42 Jahren unser Mit-
glied
Eduard Ulbricht
an Herz- und Nierenleiden.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 9. Januar, nach-
mittags 2 Uhr, von der Leichen-
halle des neuen St. Pauls-Fried-
hofes in Blücherstr. aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
126/4 Der Vorstand.

Vereinigung der Maler, Lackierer, Anstreicher und verwandter Berufsgenossen.

Filiale Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht,
daß unser Mitglied
Paul Schwarzlohse
am 5. Januar gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 9. Januar, nach-
mittags 4 Uhr, auf dem Rother-
Friedhof, Lantwisch, statt.
Um rege Beteiligung ersucht
124/2 Die Ortsverwaltung.

Dankfagung.

Für die vielen Beweise künftiger
Teilnahme bei der Beerdigung meines
mir so früh entzogenen Vaters sage
ich hiermit allen meinen merkwür-
digen Gästen und Bekannten, namentlich
den Genossen der 7. Abteilung der
5. Berliner Reichstagswahlkreises so-
wie dem Vizepräsidenten des Verbandes
Berliner Schneider für seine so zu
Herzen gehende Gesangs-Aufführung
meinen herzlichsten Dank.

Anna Kürbis, geb. Stamm
7815 Luisenstr. 26.

Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlichster
Teilnahme und die zahlreichen Kranz-
spenden bei der Beerdigung meiner
lieben Frau, unserer guten Mutter,
Tochter, Schwägerin und Schwägerin
Emma Wehrmann geb. Wlg.
sagen wir allen Freunden und Be-
kanten, der freien Turnerschaft
Tempelhofer-Friedhof unserer herz-
lichsten Dank. Die trauernden Hinter-
bliebenen **E. Wehrmann, Woriendorf.**

Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlichster
Teilnahme und die zahlreichen Kranz-
spenden beim Hinscheiden meiner
unvergesslichen lieben Frau und unserer
herzensguten Mutter
Karoline Görcke geb. Hahn,
sagen wir an dieser Stelle unseren
verlobtesten Dank aus.
Karl Görcke nebst Kindern.

Orts-Krankenkasse Sichtenberg.

Einladung

zur
Außerordentl. Generalversammlung
am 17. Januar, abends 8 Uhr, im
Lokale von **Gebroder Arnold**
(„Schwarzer Adler“), Frankfurter
Chaussee 5, Zimmer rechts vom
Hauptingang.
Tages-Ordnung:
1. Beratung und Beschlußfassung
über die Anstellungsbeträge der
Kassenbeamten. 2. Stufenangelegen-
heiten. 270/3
Die Ratsliste legitimiert.
Der Vorstand.
J. A. M. Hentschel, Vorsitzender.

Automat-Restaurant.

sehr eingerichtet, sehr billig verköstlich.
„Automat“, Postamt 31.

Berliner Prater-Theater

Kastanien-Allee 7-9.
Mittwoch, den 9. Januar,
abends 8 Uhr:

Robert u. Bertram

Heute Mittwoch findet für Berlin und Vororte der Wahlabend statt.

Der Wahlkampf in Groß-Berlin.

Im Wahlkreis der „Bornehusen“, mindestens der Reichsten.

In Berlin sind jetzt die Freisinnigen mit ihrer Suche nach Wahlkandidaten wohl so ziemlich fertig geworden, falls nicht noch in irgend einem Kreis einer die ihm zugemutete Durchfalls-kandidatur hinterher wieder ablehnt. Eine eigentliche „Aufstellung“ des Kandidaten in einer Versammlung freisinniger Wähler gilt beim Freisinn den „maßgebenden Persönlichkeiten“ nicht überall als empfehlenswert. In manchen Kreisen bestimmen lediglich die „oberen paar Dugend“ über die Kandidatur, und dann wird der Kandidat den Wählern sozusagen als „vollendete Tatsache“ vorgeführt.

Von den Wahlkreisen Berlins, in denen der Freisinn sich ernsthaft mit Siegeshoffnungen trägt, hatte der zweite Kreis bisher auf die Vorführung seines ihm bestimmten Kandidaten, des Bürgermeisters Reide, noch warten müssen. Am Montag aber hat man den Herrn Bürgermeister wenigstens in der Versammlung eines freisinnigen Bezirksvereins, draußen vor dem Potsdamer Tor, zu hören gekriegt. Vorläufig waren es zwar nur ein paar kurze Sätze; Herr Reide erklärte, er habe diesmal wenig Zeit und wolle nur seine Visitenkarte abgeben. Aber vielleicht statet er dem zweiten Kreis noch mal einen längeren Besuch ab, so daß man das Vergnügen haben kann, ihn als Versammlungsdredner genauer kennen zu lernen. Womit hat Herr Reide sich am Montag eingeführt? Was hat er seinen Zuhörern erzählt? Ein unbeschriebenes Blatt, was man ihn genannt habe, sei er nicht — nur ein ungeladenes. Er sei ja fast noch gar nicht öffentlich hervorgetreten, eigentlich nur bei der — Schillerfeier, die er zu einem vollständigen Fest zu gestalten gesucht habe. Aber in seiner politischen Ueberzeugung sei er ein zuverlässig freisinniger Mann.

Wie wollen dieses Selbstporträt des Freisinnskandidaten für Berlin II um einige Striche vervollständigen. Herr Reide ist im Punkte der Politik ein unbeschriebenes oder (wie er es nennt) ungeladenes Blatt, aber die Öffentlichkeit kennt von ihm denn doch schon etwas mehr als nur seine Bemühungen um die Schillerfeier. Seine Tätigkeit im Amt des zweiten Bürgermeisters von Berlin ist keineswegs, wie er bescheiden sagte, in den Akten der Magistratsbüros und zwischen den Wänden des Rathhauses verborgen geblieben. Er hat mehrfach durch seine Amtstätigkeit die Aufmerksamkeit weiter Kreise der Bevölkerung auf sich gelenkt — allerdings nur durch Handlungen, die sich als arge Mißgriffe darstellten und deren Tragweite hinterher wieder eingeschränkt werden mußte. Und in der Stadtverordnetenversammlung hat er bisher, so oft er eine Sache zu vertreten hatte, stets eine recht unglückliche Figur gemacht. Das eine aber wollen wir ihm glauben, daß er ein „zuverlässig freisinniger Mann“ ist. Das hat er als Bürgermeister bereits oft genug gezeigt, und wir können dieses sein Verbleiben dahin ergänzen, daß er sogar ein „zuverlässig kommunistischer freisinniger Mann“ ist. Es fehlt ihm nur — wir rechnen ihm das zur Ehre an — die Seriosität der Cassel, Rosenow und Konsorten. Daher die Häufigkeit, mit der er das Schiffelein des Magistrats auf den Strand zu setzen pflegt, so oft er es durch die Wogen einer Debatte hindurchzureißen soll.

Herr Reide hat den Potsdamern gesagt, er habe die erste Hoffnung, daß er den zweiten Kreis dem Freisinn zurückerobern werde. Er zählt da noch berühmten Musier auf die „Partei der Nichtwähler“, die er größtenteils dem Freisinn zurechnet — genau so, wie die Konservativen sie größtenteils für sich reklamieren. Daß in Berlin II nicht wieder der Sozialdemokrat Richard Fischer gewählt werden dürfe, diese Forderung wird von den Freisinnigen des Kreises noch mit einem ganz besonderen Umfange begründet. In dem Wochenblättchen des „entschieden“ freisinnigen Stadtverordneten Arnold Reide, der in Berlin II beim Freisinnskonzert erste Geige spielt, wird es uns auseinandergesetzt in einem mit A. P. unterzeichneten Leitartikel: „Ein sozialdemokratischer Abgeordneter just für diesen Wahlkreis mit seiner großen Summe von Kulturmitteln und Kulturträgern ersten Ranges ist ein Unling.“ Welches sind die „Kulturmittel und Kulturträger“, die dieser A. P. meint? Denkt er an die „Intelligenz des Bürgerthums“, die in Berlin W. haust? Er erwähnt sie mit keinem Wort, wohl aber spricht er von den „Bewohnern der „vornehmsten“, mindestens der reichsten Straßenzüge des Westens“, und er wirft ihnen vor, sie hätten sich „zu Dienstmannen derselben sozialdemokratischen Partei gemacht, die in der brutalsten Weise alles niederknuten und niederknuten will, was nach Bürgergeist und selbstverantwortlichem, großbürgerlichem Wirtschaftswesen ansieht.“

Kun wissen wir's also, warum Berlin II seinen Sozialdemokraten mehr wählen soll! Wie sagen doch die Freisinnigen, wenn sie die Wähler beschwären wollen? Sie „treten ein für das allgemeine, gleiche, direkte, geheime Wahlrecht“. Man merkt's, wie „ernst“ es ihnen mit dieser Forderung ist. Im „Wahlkreis der „Bornehusen“, mindestens der Reichsten“ — da dürfen sie es wagen, die Waale ein wenig zu lästern, damit die Wähler der besitzenden Klasse erkennen können, welches ihnen wohlvertraute Gesicht sich dahinter verbirgt. Herr Reide, der Bürgermeister und Dichter, ist dem Freisinn nur das Aushängeschild, durch das der Eindruck erweckt werden soll, als ob man auf das „intelligente Bürgerthum“ reche. Das „sachungsfähige Bürgerthum“ ist es, auf das der Freisinn allein noch rechnen darf.

In derjenigen Bevölkerungsschicht, die nicht über volle Portemonnaie verfügt, erwartet man eine Verringerung unserer sozialen Zustände längst nur noch von der Sozialdemokratie. Und dort wird man auch diesmal wieder für Berlin II keinen anderen wählen als unseren Genossen Richard Fischer.

Ein „rechter Volksmann“ will der Stadtverordnete Rosenow sein, der im dritten Wahlkreis als Freisinnskandidat um die Stimmen nicht nur des Bürgerthums wirbt, sondern auch Wähler aus der Arbeiterbevölkerung zu Weern hofft. Als „rechten Volksmann“ empfahl er sich am Montag in einer Versammlung freisinniger Wähler seinen Zuhörern, und er renommierte, es werde tatsächlich auch mancher Arbeiter für ihn stimmen. Es waren hauptsächlich zwei Agitationsmittel, mit denen er zu wirken und seine Befähigung zum „Arbeitervertreter“ darzutun suchte. Als er über die Lohnkämpfe sprach, die ihm selber in der Seele zuwider sind, wiederholte er seine schon häufig von uns wiedergegebenen Schimpfereien über „Verheugung der Arbeitnehmer gegen ihre Arbeitgeber“. Das ist sein erster Trunpf. Sein

zweiter und noch größerer ist der, daß er sich brüstet mit dem „Sieg“, den er im Jahre 1903 bei den Landtagswahlen „fogar über Webel“ davongetragen habe. Auch diese Hebelblüte ist von uns bereits in einem Bericht über eine frühere Versammlung festgenagelt worden. Herr Rosenow ist Unternehmer — da begreift man's, daß er über „Verheugung“ zeteret, wenn Arbeiter ihre Lage verbessern wollen. Er hat ja auch in der Stadtverordneten-Versammlung seine Unternehmerrückständigkeit wiederholt hervorgehoben. Herr Rosenow ist Freisinniger — da wird mancher seiner Freunde es nicht begreifen, daß der „rechte Volksmann“ und „Arbeitervertreter in spo“ sich eines Landtagswahl-„Siegess“ rühmt, den er nur dem die Arbeiterklasse entretenden Dreiklassen-system verdankt. Doch wir haben an ihm und anderen Freisinnführern allmählich auch das begreifen gelernt, und vielleicht wird es auch der Mehrzahl der bisher noch freisinnigen Wähler schließlich klar werden, wie ihre Führer über das allgemeine, gleiche, direkte, geheime Wahlrecht denken. Am Montag erzählte Herr Rosenow noch, daß der „Terrorismus“ der Sozialdemokratie seine Schranke an der Wahlzelle finden werde, die das Wahlgeheimnis sichere. Der Mann scheint die Reichstagswahl von 1903 verschlafen zu haben, oder er setzt das bei seinen Zuhörern voraus. Weiß er nicht, daß die damals eingeführte Wahlzelle uns Sozialdemokraten nicht die Wiederlage gekostet hat, die der Freisinn uns in Aussicht stellte, sondern — den Dreimillionensieg?

Für den Wahlkreis Teltow-Beeskow war von den Konservativen Herr Bürgermeister Bobbin-Rigdorf als Kandidat in Aussicht genommen. Heute wird berichtet, daß Herr Bobbin die Kandidatur abgelehnt habe. Die Freisinnigen schieben die Konservativen an, doch von einer selbständigen Kandidatur Abstand zu nehmen. Das „Berliner Tageblatt“ bringt diese Veteile wie folgt zum Ausdruck: „Öffentlich nehmen die Konservativen überhaupt Abstand von der Aufstellung einer eigenen Kandidatur und unterstützen den Liberalen Dr. Reuffert, dessen Kandidatur auch von dem freikonservativen Abgeordneten Dr. Arendt empfohlen wird.“

Im sechsten Berliner Reichstagswahlkreise kandidiert für die Konservativen der antisemitische Rechtsanwalt Ulrich.

Eine polizeiliche Ordnungsgat.

Das kaum Glaubliche ist Ereignis geworden — selbst in Berlin gibt es noch Polizeibeamte, deren Gefegedankendigkeit den Arbeitern das Versammlungrecht unmöglich macht. Die Genossen des 4. Kreises hatten zu gestern abend in der „Urania“, Brangelstraße, eine öffentliche Versammlung einberufen, die sich eines so starken Besuches erfreute, daß bereits lange vor Beginn der Versammlung der Saal polizeilich abgesperrt werden mußte. Erstrecklicherweise hatten sich auch die Frauen recht zahlreich eingefunden, die durch die reaktionäre Gesetzgebung verhindert sind, mit dem Stimmzettel Protest einzulegen gegen die Ausbeutung ihrer Familienmitglieder, Protest einzulegen gegen ihre eigene Ausbeutung. Ist es den Frauen doch nur möglich, durch den Besuch der Versammlungen zu protestieren gegen ihre Degradierung zu Staatsbürgerin 2. Klasse. Aber selbst dies geringe Recht schien den überwachenden Beamten noch zu viel für die Frauen. Nachdem die Versammlung eröffnet wurde, verlangte der Ueberwachende die Entfernung der Frauen aus dem Saal. Da nun unsere Genossen absolut nicht willens waren, den Beamten bei ungeschicklichen Handlungen zu unterstützen, löste derselbe die Versammlung kurzerhand auf! Wir erwarten von der vorgesetzten Behörde, dem Polizeipräsidenten, daß er den gefegedankendigen Beamten rektifiziert, wir erwarten aber auch, daß die vorgesetzten Behörden allgemein Veranlassung nehmen, die untergeordneten Polizeiorane zur Achtung der Befehle anzuhalten. Den Frauen aber möchten wir zurufen: Ginein in Massen in die öffentlichen Versammlungen, um Protest zu erheben gegen die Rechtlosmachung der Proletarierin.

Wahlversammlungen.

Erster Wahlkreis.

In jedem, der am Montag der Wählerversammlung in Dräfeld Fesjalen beiwohnte, mußte sich die Hoffnung beseitigen, daß es diesmal gelingen wird, auch den ersten Wahlkreis Berlins der Sozialdemokratie zu erobern. Der große Saal wurde schon vor Beginn der Versammlung wegen Ueberfüllung abgeperrt. Auch Wegner hatten sich in nicht geringer Zahl eingefunden und, soweit sie klaren und einigermaßen vorurteilsfreien Denkens fähig waren, mußten sie durch die vortrefflichen Ausführungen unseres Kandidaten Dr. Leo Arons zu der Ueberzeugung kommen, daß den Wählern, daß dem deutschen Volke wahrhaftig nicht damit gedient wäre, wenn der Kreis wiederum einen Freisinnsmann in den Reichstag senden würde, und daß ebensowenig der „Vobeneformer“ Damalsche irgend welche Sicherheit dafür bietet, der Mann zu sein, der fähig ist, im Reichstag tatsächlich dem Wohle des Volkes zu dienen. Aber unter den Gegnern waren offenbar einige, die nicht imfande waren, auf Grund der Fälle von Tatzachen, die Genosse Arons anführte, zu dem allein richtigen Schluß zu kommen, daß keine andere Partei als die Sozialdemokratie jener Aufgabe gewachsen ist. Die Versammlungsleitung sorgte dafür, daß nach dem Vortrage vor allem die Gegner zum Wort kommen sollten. Da zeigte es sich nun, daß ein nationalsozialer Redner in dem Wahn befangen war, daß die Proletarier durch eine Steuer, wie die auf Zafaktoren, durchaus nicht belastet würden, weil sie ja doch dierter Klasse fähren könnten. Er hatte wohl keine Ahnung davon, daß es auf den Stadt- und Vorortbahnen keine vierte Klasse gibt, und ließ sich scheinbar auch nicht eines Besseren belehren, als ihm die verteuerte Abonnementkarte eines Proletariats vorgehalten wurde, und ebensowenig schien ihm ein Verständnis dafür aufzukommen, daß Leute, die mit ihrer Zeit wie mit ihrem Gelde rechnen müssen, größere Reizen nicht mit der vierten Klasse unternehmen können. Ein anderer, christlichsozialer Redner, der für Damalsche Propaganda zu machen suchte, konnte nicht begreifen, warum die Sozialdemokratie nicht die Vergewerke verstaatlicht. Daß es unseren Kandidaten ein Leichtes war, solche über die einfachsten politischen Fragen aufgeklärte Redner zu widerlegen, ist selbstverständlich. Der stürmische Beifall, der seiner Rede folgte, war ein Beweis für die überzeugende Kraft seiner Worte.

Fünfter Wahlkreis.

Am Montag fanden für die Gegend am Prenzlauer Tor und den Innenbezirk am Schönhauser Tor zwei große Wählerversammlungen statt.

Im „Alten Schützenhaus“ sprach Genosse Ebert vor vollzähliger besuchter Versammlung. Die fast zweifelhafte Ausführung des Redners fanden die ungeteilte Aufmerksamkeit der Zuhörer. Auch die anwesenden Versammlungsteilnehmer aus bürgerlichen Kreise stimmten dem Referenten mehrfach lebhaft zu, als dieser den kläglichen Verfall des Freisinn's beleuchtete und dabei bewies, daß die Freisinnigen sich seit Jahren nur noch als Schuldhalter der Reaktion betätigt haben. Stürmischer Beifall er-

schallte, als der Vortragende mit kühler Gelassenheit erklärte: „Die Sozialdemokratie ist schon mit vielen ihrer Feinde fertig geworden, sie wird auch mit dem Bälou-Kartell und dessen Revolververband fertig.“ Gegner meldeten sich trotz mehrmaliger Aufforderung des Vorsitzenden Niepmann nicht zum Wort. Es hielt darauf dann der Kandidat des Kreises, der Genosse Robert Schmidt noch eine kurze, wirkungsvolle Ansprache an die Versammlung, die in die Aufforderung ausklang, daß jeder das seinige tun möge, um den Kreis auch diesmal gleich im ersten Wahlgang für die Sozialdemokratie zu erobern.

In den „Musikervälen“ der Kaiser Wilhelmstraße, woselbst sich die Wähler ebenfalls recht zahlreich eingefunden hatten, referierte der Genosse Richard Fischer. Redner wies u. a. darauf hin, daß jeder Wahlkampf als ein Interessenkampf betrachtet werden müsse. Die Erfahrung lehre, daß es der Regierung noch stets um ein großes „Geschäft“ zu tun war, wenn sie bei einem Appell an das Volk die patriotische Trommel rührte. So auch diesmal, wo die Schaffung einer ständigen Kolonialarmee im Hintergrunde lauert. In launiger Satire verglich er dann den Freisinn mit dem betrübten Kohgerber, dem die Felle weggeschwommen sind. Stürmische Heiterkeit durchbrachte den Saal, als er bei der Kritik der in Berlin verbreiteten konservativen und freisinnigen Flugblätter diese Blattschettel schließlich angewidert beiseite warf mit den Worten: „Es lohnt sich wirklich nicht, auf den ganzen Schwindel von der nationalen Ehre und was sonst drum und dran hängt, noch ernsthaft einzugehen.“ Auch hier meldeten sich keine Gegner zur Diskussion. Nach einem stürmischen Schlußwort des Vorsitzenden Wels, der zur rechten Wahlagitiation sowohl auf den Arbeitssplätzen wie auch im persönlichen Verkehr aufforderte, wurde die Versammlung in der Erwartung eines glänzenden Wahlsieges geschlossen.

Sechster Wahlkreis.

Am Montag fanden in der Schönhauser Vorstadt zwei öffentliche Wählerversammlungen statt.

Die eine derselben tagte in Groterjahns Brauerei. Der neuerbaute Saal dieses Lokals gehört zu den größten im sechsten Wahlkreise; er reichte aber kaum aus, um den Massen der Versammlungsbefucher Raum zu gewähren. Der große Saal, die geräumigen Galerien, alles war dicht besetzt. Mit sichtbarstem Interesse folgte die Menge dem Vortrage des Genossen Girsch, der die gegenwärtige Situation klar und scharf beleuchtete. Des Reichstanzlers Silvesterbrief an den Reichsverband zur Verämpfung der Sozialdemokratie gab dem Redner Gelegenheit, die feige und verlogene Agitation des Reichsverbandes zu kennzeichnen. Auch die grandiose und charakterlose Haltung des Freisinn's erfährte in dem Vortrage ihre wohlverdiente Kritik, welche jeden Zuhörer, der es noch nicht wissen sollte, darüber aufklärte, daß die Rechte und Interessen des arbeitenden Volkes nur von der Sozialdemokratie vertreten werden. Durch lebhaften Beifall beludeten die Anwesenden ihr volles Einverständnis mit dem Referenten.

In Fröbels Allerlei-Theater fand die zweite Versammlung statt. Auch hier war der Saal von einer dichtgedrängten Volksmenge bis zur Grenze der Möglichkeit gefüllt. Referent war Genosse Dätzell. Er bezeichnete die Reichstagsauflösung als eine Blüte im Niedergange der Regierungspolitik, die erst vor kurzem durch das vom preussischen Landtage angenommene Schulgesetz den Ultramontanismus stürzte und jetzt plötzlich im Reichstage sich gegen das Zentrum, die Partei des Ultramontanismus wandte. Weiter beleuchtete der Redner die Unsicherheit und Volkseindlichkeit der Politik, welche die Regierung und die herrschenden Massen treiben. Er zeigte, daß es wirtschaftliche Interessen sind, welche die politischen Aktionen bestimmen und entscheidend dann an der Hand des sozialdemokratischen Programms die wirtschaftlichen und politischen Forderungen der Sozialdemokratie. Die Unfruchtbarkeit der kapitalistischen Produktionsweise, die Ungerechtigkeit des Klassenstaates wurden vom Redner durch Hinweis auf einige drastische Beispiele den Zuhörern vor Augen geführt und ihnen gezeigt, daß auch die Reichstagswahl eine Gelegenheit bietet um die Reihen der Sozialdemokratie zu mehren und unseren Idealen näher zu kommen. — Die Zuhörer nahmen den Vortrag mit lebhaftem Beifall auf.

Wählerversammlungen.

Am Mittwochabend 8 1/2 Uhr findet für 5. Kreis eine Wählerversammlung in den Sophienkäfen, Sophienstr. 17/18, statt, in der Genosse Heine referiert.

Für den 2. Wahlkreis finden am Donnerstag, den 10. Januar, abends 8 1/2 Uhr, zwei Wählerversammlungen in folgenden Lokalen statt: Schneeglöbbergs Fesjale, Halenheide 21, Referent: Stadtverordneter G. Heimann, Alter Bürgergarten, Lindenstraße 106, Referent: R. Fischer.

Das Wahlbureau des 2. Kreises befindet sich in der „Vorwärts“-Expedition, Mittenwalderstr. 30, und ist geöffnet wochentags von mittags 12 bis abends 8 Uhr, Sonntags von 8—10 Uhr vor mittags.

Kreis Teltow.

Die Auflösungssuche in Groß-Lichterfelde wütet fort!

Die beiden weiteren auf Sonnabend, den 5., und Montag, den 7. Januar, nach dem „Kaiserhof“ einberufenen, stark besuchten Wählerversammlungen wurden ebenfalls „wegen Eintritts der Polizeistunde“ kurz nach 10 Uhr aufgelöst.

Dies Verfahren beginnt bereits allwärts Spott und Hohn herauszufordern. Dabei gestalten sich die Versammlungen infolge der erschreckenden Anhäufung des höchsten Mißsinns durch den Reichsverband, immer interessanter und jede Anknüpfung der nächsten Versammlung durch den Vorsitzenden wird mit stürmischen Beifall begrüßt. Genosse Eisner setzte am Sonnabend seinen Vortrag über den Bälouischen Silvesterherz fort und begann eben die Flugblätter des Reichsverbandes in geeigneter Behandlung zu nehmen, als die Auflösungsorder erging. Unter dem Gesange der Arbeitermarschallaise verließen die Versammelten den Saal.

Am Montag begann Genosse Kaliski an Stelle des vorläufig verabschiedeten Referenten mit der Auflösung des reichsverbandlichen Kompositums und schloß unter großem Beifall, als Eisner noch erschien, um von dem neuesten Schlag der „Post“, dem Eingesandt einer „deutschen Frau“, in welchem das Erscheinen einer Charlotte Corday in neuer Auflage abisiert wurde, die Versammlung in Kenntnis zu setzen. Der Schlußhieb der bekanntlich auf Webel gemünzten Epistel: „Seien Sie auf Ihrer Hut, Sie alter Sänder!“ zwang die Versammlung zu unbändiger Heiterkeit. Wenn auch — meinte Redner — diese Zuschrift nur von einem Inassen der Edelschen Anstalt stammen könnte, sei es um so bezeichnender, wie die Redaktion eines Blattes, das von den reichsten und auch angeblich gebildetsten Leuten angehalten werde, so etwas publizieren könne. Es müsse also in gewissen Kreisen eine seltsame Stimmung herrschen. Würde ein sozialdemokratisches Blatt wagen, in solch' unbeschämter Weise zu gemeinem Mordmord aufzufordern, man würde die schärfsten Anbahnungsgesetze gegen die Sozialdemokratie fordern. Den weiteren Gegenstand der Kritik bildete die offenbar von der Reichsregierung herrührende Flugchrift über „Unsere Kolonien“. Für diesen Abend war das Nachweil noch vor der völligen Vernichtung gerettet, da kurz darauf d. r. Wendarm

sich wieder den Helm aufsetzte und nach erfolgloser Aufforderung an den Vorsitzenden den Hiereotypen Auflösungsprozess vom Stapel ließ. Die Fortsetzung der Versammlung findet am Donnerstag, den 10. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im Kaiserhof statt.

In Friedenau und Steglitz hat der Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie die Freistimmigen, Konfessionslosen und Nationalliberalen unter seine Fahne genommen, um vereint den Kampf gegen die Sozialdemokratie aufzunehmen. In Friedenau wurde ein gemeinsamer Ausschuss von 15 Personen gewählt, an dessen Spitze der bekannte Reaktionsprofessor Dr. Kleinmede steht.

Zu Beeskow nahm Genosse Thurov-Rixdorf am Sonntag in einer Gewerkschaftsversammlung Gelegenheit, über die Reichstagswahlen zu sprechen. Dort war es bisher unmöglich, einen Saal zu einer Wählerversammlung zu erhalten. Circa 80 Personen standen in den beengten Restaurationsräumen und hörten den trefflichen Ausführungen des Redners zu.

Eine bei den örtlichen Verhältnissen imposante, auch von zahlreichen Frauen besuchte Versammlung tagte am Sonntag in Schenkenberg bei Hgs. Wusterhausen. Das 1 1/2stündige Referat des Genossen Bartel über die Auflösung des Reichstags und die bevorstehenden Wahlen wurde mit großem Interesse und jubelndem Beifall aufgenommen.

Desgleichen die Ausführungen des Diskussionsredners Genossen Vier, der in geschickter Weise ein Bild unserer herrlichen Kolonialpolitik und der in letzter Zeit in der Öffentlichkeit bekannt gewordenen Kolonialgräueltaten aus Südwestafrika entrollte.

Genosse Alose erläuterte den Anwesenden in bereicherter Weise das allgemeine Wahlrecht und betonte besonders, daß es Pflicht eines jeden wäre, dafür zu sorgen, daß unser altbewährter Kandidat, der Genosse Fritz Jubel, im ersten Wahlgange mit großer Majorität wiedergewählt werde.

Vor 250 Personen referierte Genosse Boltermann-Schöneberg am Sonntag in Mittenwalde. Das Referat, in dem insbesondere der Freistimm gebührend gekennzeichnet wurde, fand freudige Zustimmung. Die Gegner beabsichtigen noch diese Woche eine Versammlung abzuhalten; Genosse Krause gab den Anwesenden den Rat, daß wenn sie dieselbe besuchen wollen, auf Genöhrung uneingeschränkter Redefreiheit dringen möchten.

Trebbin. In überfüllter Versammlung, wie sie Trebbin noch kaum gesehen, nahm am Sonntag Genosse Jubel Gelegenheit, zu den Wählern zu sprechen. Seine schneidende Kritik an der deutschen Kolonial- und Weltmachtpolitik entfesselte wahre Beifallsstürme in der Versammlung. Zum Schluß ging er auf die programmatischen Forderungen der Sozialdemokratie ein.

Nieder-Barnim.

In der Straßener „Alte Taverne“ kennzeichnete am Sonntag in einer Volksversammlung Genosse Störmer die von der Regierung und den Mehrheitsparteien im Reichstago geschaffene Situation. Seine treffliche Kritik an unserer kolonialen Wirtschaft fand die lebhafteste Zustimmung der Anwesenden.

Zegel. Am Montag wurde eine prächtige Wählerversammlung abgehalten. Der überfüllte Saal wies gegen 1400 Teilnehmer auf, die den Ausführungen des Referenten, Genossen Artur Stadthagen, lebhaften Beifall bekundeten. Trotz wiederholter Aufforderung meldeten sich keine Gegner zum Wort.

Vorhwalde. Daß auch hier eine vortreffliche Stimmung für den Wahlkampf vorhanden ist, bewies eine am Freitag tagende gutbesuchte Versammlung. Das Referat des Genossen Dr. Rosenfeld über die Reichstagsauflösung und die bevorstehende Reichstagswahl fand jubelnde Zustimmung.

Die heute am 4. Januar 1907 in Vorhwalde im Wollschafischen Lokale tagende Reichstagswählerversammlung erklärte sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und verpflichtete sich, am Tage der Wahl für den Kandidaten der sozialdemokratischen Partei, Artur Stadthagen, einzutreten.

Mühlenbeck. Eine interessante Wählerversammlung aller Parteien, welche am Ende der polizeilichen Auflösung anheim fiel, fand in Mühlenbeck am Sonntag, den 8. d. M. abends statt. Der überfüllte Saal zeigte ein Bild regen Parteinteresses. Waren doch Kleinbauern, Gewerbetreibende, Land- und Industriearbeiter aus weit entfernt liegenden Dörfern erschienen.

Artur Stadthagen wies im Beginn seiner Rede darauf hin, daß im Gegensatz zu dem Ausschluß von Diskussionsfreiheit in den Versammlungen der sogenannten Ordnungsparteien in der von Sozialdemokraten einberufenen Versammlung den Gegnern Diskussionsfreiheit eingeräumt werde. Er bitte dringend, von dieser Freiheit Gebrauch zu machen.

Zur Diskussion meldete sich lediglich Herr Döring, Stadthagen beantragte zur Geschäftsordnung, diesem Manne, der vor wenigen Stunden erst die Versammlung angepöbelte, Fragen gestellt und dann das Halbespanier ergriffen hatte, ohne eine Antwort abzuwarten, das Wort nicht zu erteilen.

Die Versammlung hat in erfreulicher Weise gezeigt, wie die sachlichen Ausführungen der Sozialdemokratie auch auf dem platten Lande verständnisvolle Aufnahme finden, und berechtigt zu den besten Hoffnungen zum 25. d. M. Die patriotische Sprengkolonne, zumeist aus halbwüchsigen Bureauangestellten bestehend, inszenierte noch am Bahnhof ein indianerhaftes Gezeife, gegen das der von antisemitischer Seite so oft behauptete „Lärm in einer Judenschule“ die Ruhe des Kirchhofs darstellte.

In der Diskussion sprach ein Herr Deutzer von der Sozialdemokratie als der Vekämpferin des Mittelstandes, der Monarchie und Religion, die in ihrem Zukunftsstaate auch nicht anders regieren könne. Dem Genossen Kubig war es ein leichtes, die Illusionen dieses bürgerlichen Herrn zu zerstreuen.

Partei-Angelegenheiten.

Erster Wahlkreis!

Den Parteigenossen des Ganjarderteils und den Häufsträften aus dem sechsten Kreise, soweit dieselben verpflichtet sind in den untenstehenden Lokalen mitzuarbeiten, zur gefl. Nachricht, daß am Donnerstag, den 10. Januar, von 7 Uhr ab eine Flugblattverbreitung im Rudert stattfindet.

Im zweiten Wahlkreis findet der Jahlabend wie üblich am Mittwoch, den 9. Januar statt.

Achtung, vierter Wahlkreis! Am 8. Februar, nachmittags 4 Uhr, Urania-Vorstellung („Die Feuergevalten der Erde“). Billets sind bei den Bezirksführern zu haben.

Schmargendorf. Heute Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, findet im Restaurant Café Wein, Hubertusbadstraße 8/10, eine öffentliche Wählerversammlung statt, in welcher Genosse Jubel über die bevorstehenden Reichstagswahlen sprechen wird.

Donnerstag, den 10. Januar er., abends 8 1/2 Uhr: Öffentliche Reichstagswähler-Versammlung im Lokale von F. Wube, Prinzen-Allee 30. Referent: Genosse Artur Stadthagen. Freie Diskussion. Einwohner Friedrichsfeldes! Erscheint in Massen!

Bankow. Zum heutigen Jahlabend werden die Genossen dringend ersucht, zahlreich zu erscheinen, da wichtige Angelegenheiten zur Sprache gebracht werden.

Röpenitz. Die Jahlabende finden heute sowie ständig statt: für die Dammvorstadt bei Schäfer, für den Bezirk I (Altstadt) beim Genossen Gustav Müller, Alter Markt 8. Zur Flugblattverbreitung treffen sich die Genossen bei Golze, Kaiserin Augusta Viktoriastr. 18.

Kranzsch-Buchholz. Heute abend findet in Kühnes Festsaal die Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt. Die Genossen werden dringend ersucht, zu erscheinen. Gäste haben Zutritt.

Reinickendorf. Parteigenossen! Sehr wichtig ist der Besuch des morgigen Jahlabends mit Rücksicht auf die Verteilung der am 25. Januar verfügbaren Kräfte. Das Erscheinen jedes Genossen ist daher unbedingte Pflicht!

Weißensee. Der heute abend im Schloß Weihensee stattfindenden Wählerversammlung wegen fällt der heutige Jahlabend aus. Es findet daher am Freitag, den 18. Januar, in den bekannten Abteilungslokalen ein Extra-Jahlabend statt.

Der Vorstand.

Der Vorstand.

Ein vielseitiger Postbahnhof. Der Postbahnhof beim Gleisdreieck der Hochbahn, für den jetzt Mittel im Reichshaushalt vorgesehen sind, wird eine der großartigsten Anlagen seiner Art. Er hat den Paketverkehr des Potsdamer und Anhalter Bahnhofes zu bewältigen, der schon jetzt fast 30 Millionen Stück im Jahr beträgt.

Tagesordnung für die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am Donnerstag, den 10. Januar 1907, nachmittags 5 Uhr. Wahl je eines Mitgliedes mittels Stimmzettel — an Stelle des verstorbenen Stadts. Daber — in die Deputation für das Arbeitshaus und das städtische Obdach, sowie in die Hochbaudeputation.

Die Ortsgruppe Berlin der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten veranstaltet am Donnerstag, den 10. Januar, abends 8 Uhr, in den Industrie-Festsaal, Deuthstraße 19/20, einen öffentlichen Vortragabend.

Das Zentralkomitee der Auskunfts- und Fürsorgestellen für Lungenkranke in Berlin und Vororten berichtet: Die Arbeitsergebnisse der Auskunfts- und Fürsorgestellen für Lungenkranke in Berlin und Vororten (mit Ausnahme der eine selbständige Fürsorgestelle bestehenden Städte Charlottenburg, Schöneberg und Rigsdorf) sind vom 1. Oktober 1904 bis 1. Oktober 1906 folgende:

In den zwei Jahren sind von uns 25 285 Personen auf Lungentuberkulose untersucht, 13 334 Wohnungen Lungenkranke in bestmöglichen sanitären Zustand besichtigt und ständig kontrolliert, 465 Betten geliefert, 3023 M. Mietzuschüsse in Beträgen von 5, 6, 7 bis 10 M. aus unserer Kasse geleistet und 11 806 M. für Unterhaltungen in dringenden Fällen verausgabt worden.

1168 erwachsene lungenkranke Personen, die von der Landesversicherungsanstalt als zu weit vorgeschritten abgewiesen und den Auskunfts- und Fürsorgestellen der Vereinbarung gemäß zugefandt wurden, sind von uns auf verschiedene Weise eingehender Beobachtung resp. der Weiterbehandlung durch ihre Ärzte oder in Krankenhäusern und Kurorten unterzogen und 634 als erheblich gebessert entlassen worden.

634 Leute wären also wohl alle dem Tode verfallen, wenn nicht für sie von den Auskunfts- und Fürsorgestellen zweckentsprechend weiter gesorgt wäre.

94 Kinder wurden in Kinderheilstätten, 1433 in Wald-erholungsstätten gebracht.

574 Personen mußten wegen sehr schwerer Erkrankung der Rat erteilt werden, sofort ein Krankenhaus — besser wäre ein Siechenhaus für Tuberkulose — aufzusuchen.

Berliner Asyl-Berein für Obdachlose. Im Monat Dezember 1906 nächtigten im Männerasyl 18 025 Personen, wovon 7649 badeten, im Frauenasyl 4508 Personen, wovon 1249 badeten.

Ein rasch fertiger Arzt. Mit der Kunst der Ärzte haben wir Laien manchmal schon die wunderlichsten Erfahrungen gemacht. Ein Vorkommnis, das bei den beteiligten Personen großes Aufsehen und starke Erregung hervorgerufen hat, wird jetzt aus Schöneberg gemeldet.

Dr. Unger noch dem Hause Rollendorffstr. 10 gerufen, um einem Arthritischen Zwink beizuspringen, der sich eine Kugel in den Kopf geschossen hatte. Zwink war vormittags gegen 10 Uhr in seiner Wohnung hilflos aufgefunden worden, nachdem andere Bewohner des Hauses durch sein andauerndes Stöhnen auf ihn aufmerksam geworden waren und sich schließlich Zutritt zu ihm verschafft hatten.

Schon in der Nacht war es einer unter ihm wohnenden Familie aufgefallen, daß er fast unausgesetzt stöhnte. Als das bis in den Morgen und Vormittag hinein anhielt, drang eine bei dieser Familie logierende Krankenpflegerin darauf, daß Zwinks Wohnung geöffnet wurde. Das tat der Hausportier, und da fand er denn den Unglücklichen mit einer Schußwunde, die er sich mit einem Revolver wohl schon in der Nacht beigebracht hatte.

Zwink lag in seinem Blut und war bewusstlos, doch man sah, daß noch Leben in ihm sein mußte. Der herbeigerufene Dr. Unger kam sofort. Er zuckte aber die Achseln und versprach, da sei nichts mehr zu machen. Als man ihn darauf hinwies, daß der Verwundete ja noch stöhne und sich sogar noch bewege, suchte Herr Dr. Unger die Pfeiffer zu beschuldigen. Man sagt uns, es habe fast so ausgesehen, wie wenn Zwink die Worte des Arztes noch gehört und aufgeschrien und nun durch Bewegungen sich verständlich zu machen gesucht habe.

Aber Dr. U. meinte, es handele sich nur noch um einen Todeskampf und Todeszuckungen. Er erklärte sich bereit, den Toten schein auszustellen, und gab Auftrag, man möge zu diesem Zweck ihn, den Arzt, in seiner Wohnung aufsuchen. Sprach's und empfahl sich! Es wird uns erzählt, Herr Dr. U. sei an demselben Vormittag sogar zweimal gekommen, das zweitemal aus eigenem Antriebe, aber wiederum habe er den Verwundeten als einen Sterbenden bezeichnet. Die Hausbewohner, die sich um den Verwundeten bemühten, ließen sich durch die Versicherungen des Arztes nicht beruhigen. Auch die Polizei, die von dem Selbstmord benachrichtigt worden war und ein paar Beamte hergeschickt, bezweifelte es, daß Zw. bereits tot sei. Schließlich wurde von der Polizei ein Krankenwagen beschafft, und Zw. wurde nach dem Schöneberger Krankenhaus transportiert, nachdem er bis gegen 1 Uhr in seiner Wohnung gelegen hatte. Im Krankenhaus kam er noch lebend an, und erst am Abend soll ihn dann der Tod erlöst haben.

Ueber die Hüfte, die Dr. Unger dem Lebensmüden noch geleistet haben kann, gehen die Meinungen auseinander. Augenzeugen erklären, nicht gesehen zu haben, daß er „geholfen“ habe. Er habe sich lediglich darauf beschränkt, den Verwundeten zu besäugen, ihm ein Bein anzuheben, ein Kugelnloch zu öffnen usw. Herr Dr. Unger selber behauptet, er habe noch Kampfereinreibungen gemacht. Hausbewohner erklären hierzu, er sei keinen Augenblick mit Zw. allein geblieben. Die Angelegenheit ist bereits Gegenstand einer richterlichen Ermittlung; erste Vernehmungen vor der Polizei haben stattgefunden. Dr. Unger hat inzwischen den Partier bezogen. Dr. Unger hat inzwischen den Partier bezogen. Dr. Unger hat inzwischen den Partier bezogen.

Die neue Dresdener Zeitung bedingt auch eine Änderung der Fahrpreisanzeige. Die im Betrieb befindlichen Fahrpreisanzeigen werden im Laufe des Jahres — bis 31. Dezember 1907 — nach den neuen Tarifen abgeändert. Das an jedem Fahrpreisanzeiger angebrachte Schildchen mit dem Auf. Siegel 1... ist in der

Droschke, neben den zu zahlenden Fahrpreis noch 20 Pf. mehr zu fordern, solange der betreffende Tachometerapparat noch eine Grundtarge von 50 Pf. (statt 70 Pf.) angeht. Die Fahrpreisangeiger werden im Laufe des Jahres 1907 in ihrer Grundtarge von 50 auf 70 Pf. abgeändert, und es werden von den jeweils abgeänderten Apparaten die kleinen Blechschilde entfernt. In diesen Fällen ist der Droschkenführer nicht mehr berechtigt, vom Fahrpreis noch 20 Pf. nachzufordern. Wo also kein Schildchen mit dem Hst. Dienststempel mehr am Fahrpreisangeiger anhängt, ist letzterer schon mit der erhöhten Grundtarge von 70 Pf. abgeändert, und der Fahrpreis hat nicht mehr zu zahlen, als der Apparat anzeigt, braucht also auch keine Nachzahlung mehr zu leisten.

Zur Behebung der Unterleitungsstörung auf dem Opernplatz haben, wie heute Straßenbahnposten gemeldet wird, die Behörden die Spannung einer provisorischen Notleitung zur oberirdischen Zuführung des Stromes genehmigt. Die Arbeiten sind bereits im Gange, so daß die neue Leitung morgen in Wirksamkeit treten dürfte. Die Führung der Oberleitung über den Schloßplatz stößt auf technische Schwierigkeiten, die noch nicht allseitig befriedigend gelöst sind. Bezüglich dieses Punktes schweben daher noch Verhandlungen.

Uebriqes ist jetzt auch der unhaltbare Zustand beseitigt, daß die Fahrgäste doppelt zahlen müssen. Es werden Umsteigearten ausgegeben. Vielen ist das aber nicht bekannt. Am Rosentwäldchen stehen zwei Schaffner, die den Fahrgästen, die weiter fahren, diese Umsteigebillets gegen Vorzeigung des Fahrcheines verabfolgen.

Wegen des kürzlich berichteten schweren Stredenunfalls, bei dem drei mit Gleisaußbesserungen beschäftigte Bahnunterhaltungsbeamte auf dem Ferngleis zwischen Warschauerstraße und Schleißer Bahnhof von einem Ostbahnzuge überfahren und getötet wurden, hat die Eisenbahndirektion Berlin durch Amtblattverfügung an die genaue Beachtung der in der Dienstvorschrift für Rottenführer gegebenen Vorschriften erinnert. Danach haben die Rottenführer, wenn mehrere Personen an der Arbeit beteiligt sind, einen oder mehrere Arbeiter zu bestimmen, die beim Herannahen von Zügen für die Sicherung der Arbeiter sorgen müssen. Beim Ausstellen der Sicherheitsposten ist die größte Vorsicht anzuwenden. Unter allen Umständen muß dabei auf alles Rücksicht genommen werden — Witterungsverhältnisse, ungünstige Lage des Bahnkörpers, Geräusche in der Nähe der Arbeitsstelle usw. —, was das Hören der Signale des Sicherheitspostens und das Erkennen ankommender Züge erschwert. Ferner wird die Vorschrift, nach der auch bei Ausführung von Arbeiten durch nur einen Arbeiter besondere Sicherheitsposten aufzustellen sind, die bisher nur für die Stadt- und Ringbahn galt, auf alle Strecken des Bezirks ausgedehnt.

Nach dem Erlaß dieser Verfügung ist nun wiederum ein schwerer Stredenunfall vorgekommen, bei dem mehrere Arbeiter auf das Signal des Sicherheitspostens hin nach der falschen Seite zu aus dem Gleis traten und durch einen vorüberfahrenden Zug überfahren wurden. Dies weist darauf hin, daß die Vorschriften zur Verhütung solcher Unfälle nicht ausreichen, und daß auch das zurzeit übliche Hornsignal des Sicherheitspostens keine genügende Sicherung der Stredenarbeiter gewährleistet.

Die Arbeiterpolitik der Stadt Berlin. Ueber dies Kapitel schreibt ein städtischer Arbeiter:

Was es mit den über den grünen Alee gelobten Arbeiterwohlfahrtsvereinigungen des Berliner Magistrats auf sich hat, konnten die Arbeiter des in letzter Zeit durch den Kohlenbrand vielgenannten Gaswerks in der Müllerstraße wieder einmal erleben. Bei Gelegenheit der aus wichtigen Gründen erfolgten Maßregelung eines Arbeiterauschusses, worüber seinerzeit der „Vorwärts“ berichtet, hatte der Arbeiter gegenüber sehr verdorbenen Betriebsdirigents den Arbeiterauschuss bei dessen Vermittlungsversuch brüsk abgewiesen. Der Ausschuss glaubte nun, daß bei all der Liebe und Gewogenheit, welche man im Noten Hause bei entsprechender Gelegenheit immer für Arbeiterwohlfahrt kundgibt, es nur einer Beschwerde bedürfe und der Herr Dirigent würde wegen der von ihm beliebten Ungehörigkeit zurechtgewiesen. Weit gefehlt! Wie schon immer in solchen Fällen, so hat auch diesmal die Arbeiterschaft der Stadt Berlin erfahren müssen, daß sie zwar Arbeiterauschüsse wählen darf, daß im übrigen aber diese Institution keine Rechte haben. In aller Kürze hat die Gaswerksdeputation, gezeichnet Ramsau, dem Arbeiterauschuss mitgeteilt, daß dieser die ihm aus den Bestimmungen zusehenden Befugnisse überschritten habe und darum der Beschwerde nicht näher getreten werden könne. Also immer dasselbe Lied und dieselbe unvergleichliche Arbeiter„fürsorge“, wie sie sich den städtischen Lohnsklaven von Tag zu Tag mehr in ihrer wahren Gestalt enthüllt. Was Wunder, wenn eine solche an Listelei nicht zu übertreffende Antwort bei den Arbeitern des genannten Gaswerks eine Erregung hervorrief, welche dem Berliner Magistrat zu denken geben sollte. Die nachstehende Resolution, welche in einer letzten gemeinsamen Betriebsversammlung einstimmig Annahme fand, spiegelt diese Stimmung deutlich wieder:

Die zahlreich besuchte Betriebsversammlung hat Kenntnis genommen von der auf die Beschwerde des Arbeiterauschusses ergangenen nichtigenden Antwort der Deputation und stellt fest, daß in dieser wohl der Fall S. angesprochen, sonst aber der Kern der Sache: das abweisende, herausfordernde Benehmen des Anstaltsdirigents unbedürftig geblieben ist. Die Versammelten protestieren gegen die in der Antwort liegende Nichtachtung ihres Arbeiterauschusses. Sie heißen die von diesem getanen Schritte, welche der pflichtgemäßen Handhabung der Rechte des Ausschusses entsprechen, in jeder Hinsicht gut und unterstützen entschieden die dem Ausschuss widerfahrenene Behandlung, von der keineswegs gesagt werden kann, daß sie einem wahren sozialen Streben entspricht.

In dieser Versammlung wurde auch Mitteilung gemacht von dem Umgangston, den der Herr Dirigent bei seinen Arbeitern glaubt anwenden zu dürfen. Es kamen da Bröchen zum Vorschein, die jeder halbwegs gebildete Mensch, was doch sicher der bezeichnete Herr sein will, sich anzusehen scheute. Es sind Worte von solcher Qualität darunter, daß sie hier nicht wiedergegeben werden können. Vielleicht tun die unter derartigen Schmeicheleien leidenden Arbeiter ein übriges und berechnen diesem Vorgehens demnachst Knigges „Umgang mit Menschen“. Ein Arbeiter erklärte auch unter dem Beifall der Versammelten: „Wir haben überhaupt keinen Dirigenten; bei uns ist jeder Meister und Vorarbeiter Dirigent.“

Ähnlich wie auf der Gasanstalt Müllerstraße ertönen auch die Klagen der Arbeiter vor der Anstalt 2 (Gitschinerstraße) über die unerhörte Antreiberei der unteren Vorgesetzten und die wenig gentlemanlike Art, in der die Arbeiter überhaupt behandelt werden. Bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit wird den Arbeitern gezeigt, daß sie mit einem Fuße auf dem Straßenpflaster stehen, die Entlassung nach Laune der Vorgesetzten zu gemäßen haben. Es ist mitunter ersichtlich, zu sehen, welche Unmühsal „die Leute“ über die fortwährenden Liebenswürdigkeiten der Vorarbeiter, Meister usw. an den Tag legen. Oft genug hat man Gelegenheiten, zu beobachten, daß die oberen Vorgesetzten vernünftiger und humaner als die aus dem Arbeiterstande hervorgegangenen Frontmänner sind, die ihre Vorgesetzten gegenüber nur durch ihre Antanzerei, Angeberei und fortgesetzte Antreiberei zu erbringen vermögen. Wenn die städtischen Anstalten über fortgesetzten Mangel an tüchtigen Arbeitern klagen, so ist diese Tatsache nur dem Umstande zu danken, daß den unteren Vorgesetzten eine Rücksicht eingeräumt ist, die im Interesse dieser Anstalten selbst recht bald beschnitten werden müßte. Wie könnte es denn auch sonst vorkommen, daß vor einigen Wochen noch an einem Tage 20 Arbeiter angenommen wurden, von denen 12 es vorgezogen, nach einjähriger Arbeit gar nicht wieder zu kommen. Für die schwere Arbeit auf den Gasanstalten wird ein zu niedriger Lohn gezahlt, und dann haben die Leute nicht immer die Charaktereigenschaften,

eine Behandlung einzustufen, die man sich nachgebrungen höchstens auf dem Kasernenhof gefallen lassen muß. Dann möchten wir die Direktion dieser Anstalt noch ersuchen, ihre untergeordneten Beamten anzuweisen, den Arbeitern, die Liebestunden machen sollen, das zeitig genug mitzuteilen. Es ist wiederholt vorgekommen, daß einfach kurz vor Schichtschluß gesagt wird: Sie müssen 1, 2 oder 3 Liebestunden machen. Arbeiter, die weit draußen wohnen und ihr warmes Essen zu Hause finden oder sich sonst etwas vorgenommen haben, empfinden dieses Kommandieren zum Liebestundenmachen als eine Rücksichtslosigkeit, die man in städtischen Betrieben nicht anwenden sollte. Ist viel Arbeit vorhanden, so stelle man Arbeitslose ein, deren es genug gibt, gebe ihnen einen auskömmlichen Lohn und strebe danach, die ohnehin lange Arbeitszeit für die körperlich schwer arbeitenden Gasarbeiter recht bald zu verkürzen. Es ist ein Jammer, zu sehen, wie in kommunalen Betrieben mit der Arbeitskraft des Proleten ein förmlicher Raubbau getrieben wird.

Infolge Bruches eines Kanalisationsrohres konnte die provisorische Brücke beim Untergrundbahnhof Potsdamer Platz, die für den Bau der neuen Untergrundbahnstrecke errichtet wurde, für den Straßenbahnverkehr nicht benutzt werden. Bis zur Behebung der Störung werden die Linien 1, 7, 14, 15 vom Leipziger Platz durch die Charlotten- und Zimmerstraße, die Linien P und R durch die Leipzigerstraße nach dem Spittelmarkt geführt.

Ein anderer Rohrbruch ereignete sich in der Kurstraße. Dort baut die städtische Bauverwaltung auf Kosten der Hoch- und Untergrundbahn einen gemauerten Schacht für die Wasserleitung. Hierbei müssen die alten neuzugelichten, gußeisernen Rohren seitlich verlegt werden. Als nun gestern vormittag kurz nach 10 Uhr mehrere Arbeiter der englischen Gasanstalt vor dem Hause Nr. 88 in dem neuen Schacht mit der Verlegung von Gasröhren beschäftigt waren, geriet ein Rohr dicht neben ihnen in die Wasserleitung. Die Wirkung war gewaltig. Hausdach schoß plötzlich ein meterbreiter Wasserstrahl in die Höhe und riesgroße Mengen von Sand und Kies von dem ausgeworfenen Erdwall mit sich. In wenigen Minuten war nicht nur der ausgemauerte Strahlschacht vollständig angefüllt, auch die Straße selbst war das Bild einer starken Lieberschwemmung. Worauf der Bruch des Rohres zurückzuführen ist, konnte bisher noch nicht mit Sicherheit festgestellt werden. Der Vorgang hatte zur Folge, daß die nähere und weitere Umgebung von der Unfallstelle einströmen ohne Wasser blieb. Es wurde jedoch unverzüglich die Einsetzung eines neuen Rohres in Angriff genommen.

Im städtischen Hof für Obdachlose in der Kröbelstraße ist in der Nacht vom Freitag zu Sonnabend ein obdachloser Arbeiter Schuppe gestorben. In der betreffenden Nacht hörten Wachen den Mann, der einen Verband um den Kopf trug, schwer röcheln und bemüht sich um einen Aufseher, konnten aber keinen erweisen. Erst nach Stundenlangem Aufsuchen — von 2 bis gegen 5 Uhr — gelang es endlich, einen solchen auf dem Schuppen aufzufindend zu machen. Daraufhin wurde sofort der Arzt geholt, der aber nicht mehr helfen konnte. Der Verlorbene soll kürzlich von einem Mann mit einer Schippe auf den Schädel geschlagen worden sein.

Ein bestialischer Vater ist gestern von der Kriminalpolizei verhaftet worden. Der Stellmacher Johannes Lehmann, Samariterstraße 4 wohnhaft, wurde wegen Mißhandlung, begangen an seiner 13½-jährigen Tochter Elisabeth festgenommen. I. hat bereits etwa sieben Jahre hindurch die schändlichen Verbrechen an dem bauernwerten Kinde verübt. Erst jetzt gelangten sie zur Kenntnis der Kriminalpolizei.

Durch einen dreifachen Diebstahl ist der Kaiser Strohbock, Keltowierstr. 45, in große Not versetzt worden. St. hatte gestern mit einem beladenen Fuhrwerk vor dem Hause Köpenickerstr. 55 gehalten. Während er dort Warenballen ablad und forschaffte, stahlen mehrere unbekannt Männer eine Anzahl von Kupferdrachmungen im Werte von etwa 400 M. vom Wagen herunter. St., der für den Verlust erschrocken ist, bemerkte den Diebstahl erst, als die Täter bereits verstreut waren.

Infolge eines Unglücksfalles tobtüchtig geworden. Tragische Folgen hatte ein Unglücksfall, der sich gestern abend in der Invalidenstraße zutrug. In der Nähe des Stettiner Bahnhofes wurde der 23jährige Fabrikarbeiter Heinz Kemnitz aus der Brunnenstraße von einem Geschäftsfuhrwerk umgefahren und mit dem Kopf gegen die Vorderwand des Wagens gestoßen. Ein Schuttmann schaffte den Verunglückten in eine Droschke, um ihn nach der Unfallstation in der Eichendorffstraße zu transportieren. Als er während der Fahrt wieder zur Besinnung gekommen war, wurde er plötzlich tobtüchtig. Nur mit Unterstützung von Passanten gelang es dem Beamten, den Rasenden zu dämmigen und ihn in die Station einzuliefern. Er wird jedenfalls der Irrenanstalt in Dalldorf überwiesen werden.

Aus der besten der Welten. Nahrungsvorgen haben den 35 Jahre alten Barbier Michael Rogowatz, Hovrechtstr. 25 in den Tod getrieben. R. hatte ein Friseurgeschäft eingerichtet, das in der letzten Zeit von Tag zu Tag schlechter ging. Der Bekanntheitsverlust geriet schließlich in große Not und vergeblich bemühte er sich, für sich und seine Angehörigen das tägliche Brot herbeizuschaffen. Die Nahrungsvorgen wurden immer drückender und bald wählte R. seinen anderen Ausweg, als sich das Leben zu nehmen. Er vergiftete sich gestern mit Wafol und starb unter den Händen des Arztes. — Ertroren ist allem Anschein nach ein unbekannter Mann, dessen Leiche erst jetzt auf den Wustweiden bei Hirdorf aufgefunden wurde. Der Tote war vollständig erstarrt und äußere Verletzungen konnten an ihm nicht wahrgenommen werden. Er dürfte etwa 55 Jahre alt gewesen sein.

Schwer verunglückt sind gestern wieder zwei Frauen im Straßenbahnbetriebe. Die Näherin Emma Schoß, Schwedterstr. 24, sprang während der Fahrt von einem Straßenbahnwagen der Linie 55 herab, stürzte dabei zu Boden und schlug mit dem Gesicht auf das Pflaster. In bewußtlosen Zustande wurde die Unvorsichtige nach der Unfallstation in der Steinmetzstraße gebracht, wo der Arzt eine Gehirnerschütterung und schwere Quetschwunden feststellte. — Auf gleiche Weise verunglückte die Buchhalterin Anna Jodetz, Engel-lifer 10, wohnhaft. Frühelein J. verließ in der Charlottenstraße einen in voller Fahrt befindlichen Straßenbahnwagen der Linie 88, kam zu Fall und wurde schwerverletzt in die Unfallstation in der Kronenstraße eingeliefert.

Der erste Bundestag des Arbeiter-Athletenbundes fand am 29., 30. und 31. Dezember in Wittins Gesellschaftshaus statt. Aus den Verhandlungen ist hervorzuhellen, daß der Bund zwar noch klein ist, er aber doch im ersten Jahre seines Bestehens erhebliche Fortschritte zu verzeichnen habe. Es sei Anschlag in Magdeburg, Halle, Leipzig und Jagna erreicht worden und es stehe zu erwarten, daß auch in anderen größeren Städten Deutschlands Vereine dem Bunde beitreten. Wäher habe auch der Athletensport dazu erhalten müssen, ein geeignetes Objekt für Kuratortrioten abzugeben. Es sei daher mit Freuden zu begrüßen, daß endlich ein kleiner Kreis von energischen Bestimmungsgenossen sich aufgerafft habe, hier Breche zu legen.

Aus dem Rassenbericht ergibt sich nach Feststellung der Einnahmen und Ausgaben ein Bestand von 600 M. Zum 1. Vorsitzenden wird Franz Keller, Berlin, und zum Kassierer Hermann Ludwig gewählt.

Sonntige Anregungen, sowie die Gründung eines Organs, wurden dem Vorstand zur weiteren Ausführung überwiesen. Als Ort des nächsten Bundestages wird Magdeburg bestimmt. Mit einem warmen Appell und einem Hoch auf die moderne Arbeiterbewegung wurde der Bundestag geschlossen.

In der juristischen Sprechstunde wurde am Sonnabendabend 6½ Uhr dem Arbeiter Karl Gerlich, Friedrichselderstr. 42 vorn I wohnhaft, von dem Herrn, der Nr. 9 hatte, die Mäße vertauscht. Selbiger bittet den Herrn um Angabe seiner Adresse.

Das Verbandsbuch Nr. 81 800 des Holzarbeiter-Verbandes ist mit 15 Parteidons verloren gegangen und eventuell abzugeben an W. Neumann, Belfortstr. 24 L

In der Urania werden in den Monaten Januar bis März nachstehende gemeinverständliche naturwissenschaftliche zusammenhängende Kurse gehalten werden: Unsichtbare und sichtbare Strahlen, elf Experimentalkorträge von Dr. V. Donath. (Beginn Sonnabend den 12. Januar.) Die physikalischen Grundlagen der Elektrotechnik, zehn Experimentalkorträge von Dr. V. Donath. (Beginn Donnerstag den 10. Januar.) Zusammenhängende Experimentalkorträge über das gesamte Gebiet der elementaren Physik; 1. Quartal: Mechanik und Wellenlehre. Wöchentl. eine doppelstündige Vorlesung von Dr. V. Donath. (Beginn Dienstag den 15. Januar, nachmittags 6 Uhr.) Chemie der Metalle; acht Korträge mit Experimenten und Demonstrationen von Dr. R. von Linnth. (Beginn Mittwoch den 16. Januar.) Einführung in die Erdkunde; fünf Korträge mit farbigen Lichtbildern von Herrn Dr. V. Schwahn. (Beginn Freitag den 11. Januar.) Unsere moderne Stahl- und Eisenindustrie; vier Korträge mit Lichtbildern und Demonstrationen von Herrn Konstruktionsingenieur A. Kefner. (Beginn Freitag den 15. Februar.) Probleme der Fortpflanzung, Vererbung und Selektion; sechs Korträge mit Lichtbildern von Herrn Dr. Theising. (Beginn Dienstag den 8. Januar.) Abstammungslehre und Darwinismus; sechs Korträge aus dem Gebiete der Abstammungslehre mit Lichtbildern von Herrn Dr. E. Theising. (Beginn Dienstag den 19. Februar.) — Im großen Hörsaal der Urania-Sternwarte in der Invalidenstraße hält Herr Dr. Nissenpart 11 gemeinverständliche Korträge aus dem Gebiete der allgemeinen Himmelskunde und zwar zuerst fünf Korträge mit Lichtbildern über das Sonnensystem (Beginn Dienstag den 8. Januar) und dann sechs Korträge mit Lichtbildern über die Fixsternwelt (Beginn Dienstag den 12. Februar).

Ausführliche Prospekte über diese Kortragskurse sind an der Kasse der Urania erhältlich oder werden auf Wunsch an Interessenten gesandt.

Arbeiter-Samariter-Kolonie. Donnerstagsabend 8 Uhr 8. Abteilungs für Schöneberg und Umgegend bei Ost, Weiningerstr. 8. Kortrag über: Verbrennungen, Erfrierungen, Hitzschlag, Mitzschlag, Beschädigungen durch Elektrizität; daran anschließend praktische Uebungen. Neue Mitglieder können jederzeit eintreten. Kortragender ist Herr Dr. Schwab.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Die Einsetzung einer Verkehrsdeputation, die die Stadtverordnetenversammlung einstimmig am 29. März 1906 gefordert hat, ist vom Magistrat abgelehnt. Der Magistrat ist der Ansicht, daß es sich nicht empfiehlt, die Bearbeitung der Verkehrsangelegenheiten von der Tiefbaudeputation abzugeben, er will sich damit begnügen, daß die Tiefbaudeputation aus ihrer Mitte heraus einen ständigen Ausschuss für Verkehrsangelegenheiten einsetzt, bestehend aus zwei Mitgliedern des Magistrats und drei Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung. Dieser Beschluß des Magistrats ist höchst bedauerlich. Mit Recht wird seit Jahr und Tag geklagt über die geradezu jammervollen Verkehrsverhältnisse in Charlottenburg. Mit der Großen Berliner sind Verträge geschlossen, die dieser Gesellschaft auf Jahrzehnte hinaus die Straßen ausliefern, ohne daß sie die Pflicht hätte, den wachsenden Bedürfnissen Rechnung zu tragen. Die Wagen folgen in so langen Zwischenräumen — auf manchen Strecken in Abständen von 15 Minuten —, daß sie gewöhnlich schon an der Abgangsstelle besetzt sind. Bei schlechtem Wetter gelingt es nur wenigen Bevorzugten mitzukommen, und auch diese müssen sich auf den Perrons dicht zusammendrängen. Davon, daß die Fahrzeiten umgekehrt werden, ist gar keine Rede. Alle Parteien der Stadtverordnetenversammlung sind sich längst darüber einig, daß es so nicht weiter gehen kann; sie haben deshalb die Einsetzung einer besonderen Deputation verlangt, deren Aufgabe die Regelung des Verkehrs ist. Die Tiefbaudeputation ist zu überlastet, als daß sie dieser wichtigen Frage die nötige Aufmerksamkeit widmen kann. Der ablehnende Standpunkt des Magistrats, der mit Bedenken rein formeller Natur begründet ist, wird in allen Kreisen der Bevölkerung lebhaften Widerspruch hervorrufen. Hoffentlich wird auch die Stadtverordnetenversammlung am Mittwoch diesem Gedanken Ausdruck geben und dem Magistrat klar machen, daß er nicht die Geschäfte der Großen Berliner Straßenbahngesellschaft zu besorgen, sondern den Interessen der Bevölkerung zu dienen hat.

Mit der von den Unternehmern geplanten Holzarbeiterausperrung beschäftigte sich am Sonntag eine außerordentlich stark besuchte Generalversammlung des Holzarbeiterverbandes, Jahreshelle Charlottenburg, im Volkshaus. Der Bericht über die mit den Unternehmern gepflogenen Verhandlungen gab Wohl, der ungefähr dasselbe ausführte, was wir bereits von der Berliner Versammlung mitteilten. Wohl wies auf den Ernst der Situation hin und auf die auf der Vorstandskonferenz angenommenen Anträge. Nach der Diskussion wurden folgende Anträge angenommen: 1. Von der dritten Woche im Januar ist ein obligatorischer Exzortbeitrag von 1 M. pro Woche zu entrichten; 2. die Streikunterstützung ist von der ersten Woche der Ausperrung zu zahlen. Unter Verschiedenem richtete Wohl noch einen Appell an die Versammelten, am Tage der Wahl ihre Stimme nur dem Kandidaten der Sozialdemokratie zu geben.

Nigdorf.

Der große Kohlenbrand auf dem Gelände der Gasanstalt ist jetzt gelöscht worden. Der Schaden, der durch den langwierigen Brand verursacht worden ist, beziffert sich auf etwa 100 000 M. Die Summe soll zum größten Teil durch Versicherung gedeckt sein.

Schöneberg.

Die Schöneberger Stadtverordnetenversammlung wählte in ihrer ersten Sitzung des neuen Geschäftsjahres zum Vorsteher der Versammlung Professor Heyne mit einer geringen Majorität, mit 29 gegen 22 Stimmen wieder. Die letzteren Stimmen fielen auf den Justizrat Rheinbacher. Zum Stellvertreter wurde mit großer Mehrheit Stadtbaurat a. D. Lohausen gewählt. Zu Vorkessern wählte man die Stadtv. Knorr und Marre und zu deren Stellvertretern die Stadtv. Puleh und Dr. Marwig. Die Forderung der sozialdemokratischen Fraktion, in dem Vorstande gemäß ihrer Stärke ebenfalls vertreten zu sein, lehnte die Mehrheit ab. Unser Parteigenosse Däumig blieb mit 19 Stimmen als Beisitzer in der Minderheit. — Als Sitzungstag wurde wiederum der Montag festgesetzt.

In dem aus 11 Mitgliedern bestehenden Wahlausschuss zur Vorbereitung aller Kommissionswahlen sind von der sozialdemokratischen Fraktion vertreten die Stadtverordneten Döbst und Wollermann. Die Debatte über die Zusammensetzung dieses Ausschusses brachte sogleich wieder den Beweis, daß der wieder-gewählte Vorsteher auch im kommenden Jahre sein Amt als Anwalt der Mehrheit verwalteten wird.

Längere Auseinandersetzungen brachte sodann wieder einmal die Stobtheaterfrage. Der Bau und Betrieb des Stadttheaters ist durch einen vor längerer Zeit gefassten Beschluß gegen die Stimmen der Sozialdemokraten einer Privatgesellschaft übertragen. Diese Gesellschaft hat es aber bisher nicht für nötig gehalten, mit dem Bau des Theaters irgendwie den Anfang zu machen. Der Magistrat empfahl der Versammlung, dieser Gesellschaft nunmehr eine Frist bis zum 21. Januar zu bestimmen zur Abschließung des Vertrages. Die Stadtv. Baumler und Hoffmann (Soz.) benutzten die Gelegenheit, die Versammlung von der Nichtigkeit des schon früher gestellten Antrages, das Theater in eigener Regie zu errichten, zu überzeugen. Mit 20 gegen 17 Stimmen wurde endlich beschlossen, die Aufforderung an den Magistrat zu richten, den abzuschließenden Vertrag zurückzuziehen. Damit hat also die Mehrheit anerkennen müssen, daß der von den Sozialdemokraten vorgeschlagene Weg der einzig richtige war. Das Ortsstatut zur Regelung der Kanalisationsgebühren wurde einem Ausschuss überwiesen und darauf die weiteren Punkte vertagt.

Wilmersdorf.

Zu den Stadtverordnetenwahlen und der Reichstagswahl Stellung nimmt heute abend eine nach dem „Luisenpark“, Wilhelmstraße, einberufene Wählerversammlung. Genosse Wölke hat das Referat übernommen. In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist zu erwarten, daß die Arbeiterschaft Wilmersdorf zahlreich in dieser Versammlung erscheint.

Kummelsburg.

Zehnfache Klage wird über die Auszahlung der jeden Monats-erfolgenden Invalidenrente geführt. Während wo anders die Auszahlung das Werk von höchstens einer Viertelstunde ist, müssen in Kummelsburg die alten Invaliden oft eine Stunde warten, ehe sie abgeholt werden. Ehe der Schein abgestempelt wird, muß sich jeder eine Nummer vom Portier holen und dieser gibt auch nur Nummern heraus, sobald es oben leer ist. So kommt es denn vor, daß die an Krücken Lebenden oft eine Viertelstunde und noch länger im zugigen Hausflur stehen müssen. Nur zu oft müssen dann jene Kernsten den Rest des Tages im Bett verbringen, weil das lange Stehen im Hausflur sie zu sehr angestrengt hat. Aber nicht genug damit, auf der Post geht das Spiel von neuem an. Dort werden in der Regel an 20 Scheine angeammelt, ehe sie erledigt werden, und so kommt es oft vor, daß auch hier die Wartezeit eine Stunde beträgt. Der armen, schwachen Krüppel hat sich unter solchen Umständen eine nicht geringe Erbitterung bemächtigt. Die wenigen Pfennige, die sie in ihrer elenden Lage erhalten, werden ihnen verabschiedet, als seien es Weltteilgeng. Völlig sich hier keine andere Art der Abfertigung schaffen? Hoffentlich tragen diese Zeilen dazu bei, daß eine Aenderung dieses unhaltbaren Zustandes herbeigeführt wird.

Adlershof.

Ein Attentat hat kürzlich der Barbiergehilfe Kopp auf seinen Arbeitgeber, den Heilgehilfen Heinrich verübt. Kopp soll zu der Frau Heinrich in Beziehung gestanden haben, und um Heinrich loszuwerden und das Geschäft übernehmen zu können, soll Kopp seinem Arbeitgeber abends aufgelauret und mehrere Revolverkugeln auf ihn abgegeben haben, die aber ihr eigentliches Ziel verfehlten. Kopp wurde verhaftet und hat zunächst behauptet, daß er nur einen „Schertz“ gemacht habe und seinen Chef erschrecken wollte. Dem Untersuchungsrichter gegenüber hat er aber nunmehr zugegeben, daß er die Absicht hatte, seinen Vorgesetzten zu töten. Er wollte ihn auf der Straße des Keltowals überfallen, dort durch einen Hammerschlag betäuben und ins Wasser stürzen, um so den Anschein zu erwecken, daß der Heilgehilfe Selbstmord verübt habe. Diese Absicht wurde dadurch vereitelt, daß Heinrich sein in Reparatur befindliches getriebenes Fahrrad kurz vorher zurück erhalten hatte und dasselbe benutzte. Um seinen Nordostsee aber dennoch auszuführen, gab Kopp mehrere Schüsse aus einem der „Vorsicht halber“ mitgenommenen Revolver auf Heinrich ab. Die in die Hand gedringene Kugel konnte bisher noch nicht entfernt werden und wahrscheinlich wird eine Amputation des Zeig- und Mittelfingers der rechten Hand vorgenommen werden müssen, wodurch Heinrich gezwungen wäre, seinen Beruf aufzugeben. Auch die Frau des Heilgehilfen ist in den letzten Tagen mehrfach vernommen worden, weil der Verdacht vorlag, daß sie von dem beschäftigten Morde Kenntnis gehabt habe. Die nach dieser Richtung eingeleitete Untersuchung hat allerdings keinen Anhalt für die Richtigkeit dieses Verdachtes ergeben.

Reinickendorf.

Einen verhängnisvollen Ausgung nahm eine Wirtshauswette, welche der 25 Jahre alte Schuhmacher Heinrich Vogel in einer Gastwirtschaft in der Scharnweberstraße eingegangen war. Er hatte sich verpflichtet, in einem Zeitraum von einer halben Minute einen Salzhering zu verzehren. Der Verkünder der Wette sollte einen halben Liter Kognak bezahlen. B. versippte auch innerhalb der festgesetzten Frist den Hering und trank den gewonnenen Kognak sofort hinterher. Auf dem Wege nach seiner Wohnung begriffen, brach Vogel in der Müllerstraße beim Versuch zusammen. Passanten brachten Vogel nach der Rettungswache, wo es den Ärzten erst nach mehrstündigem Bemühen gelang, den Schuhmacher wieder in das Leben zurückzurufen. Vogel wurde nach dem Krankenhaus gebracht, wo er in fast hoffnungslosem Zustande daniederliegt.

Neuroweide-Neuendorf.

Die Wahlen der neuzubildenden Gemeindevertretung finden in der III. Abteilung nicht am 23. und 24., sondern am 21. und 22. Januar statt, und zwar von nachmittags 4—8 Uhr in den „Deutschen Festhallen“. Es bilden beide Gemeinden einen Wahlbezirk und wählen diejenigen Wahlberechtigten, deren Namen mit den Anfangsbuchstaben A—Z beginnen, am 21., diejenigen, deren Namen mit M—Z anfangen, am 22. Januar. Mit den Vorbereitungen zu dieser Wahl ist die Sozialdemokratie schon fertig; sie hat ihre Kandidaten aufgestellt — es sind acht Vertreter zu wählen — und bereits ein Flugblatt herausgegeben, welches sich insbesondere an die Wähler der freien Gewerkschaften wendet, da sich auch diesmal wieder die Hirsch-Dunderböden mit eigenen Kandidaten an der Wahl beteiligen und die Wahl zu einer Nachprobe zwischen beiden Gewerkschaftsrichtungen fesseln wollen. Wie uns mitgeteilt wird, sind die Hirsch-Dunderböden über dieses Flugblatt so entsetzt gewesen, daß sie sofort eine Deputation zum Generalrat nach Berlin schickten, um die Erlaubnis zur Klage gegen den Verantwortlichen des Flugblatts zu holen, da sie in demselben des Streichdrucks und Arbeiterverrats bezichtigt werden; hoffentlich hat der Generalrat die Genehmigung zur Erhebung der Klage gegeben, damit dieser Angelegenheit wieder einmal gerichtlich attestiert werden kann, welche traurige Rolle sie bisher in der Arbeiterbewegung gespielt hat. — Die Wahlvorbereitungen der bürgerlichen Parteien sind noch nicht über das Anfangsstadium hinausgekommen; bei diesen handelt es sich hauptsächlich darum, ausfindig zu machen, wie die Kandidaten der I. und II. Abteilung am „gerechtesten“ zwischen Neuroweide und Neuroweide Wählern verteilt werden können, um eine gemeinsame Wahlliste zu ermöglichen. Bezüglich der III. Abteilung dürfte eine Einigung bei den bürgerlichen Parteien leichter herbeizuführen sein, da man ja schließlich froh sein muß, wenn man noch Durchfallskandidaten findet. Natürlich sieht die Sozialdemokratie, für welche die ersten beiden Abteilungen des hohen Steuerfußes wegen nicht in Betracht kommen, diesem ergötlichen Spiel um Personen — denn Prinzipien kommen dabei nicht in Betracht — mit Vergnügen zu und werden dafür sorgen, daß die Wahl in der III. Abteilung zu einem für unsere Partei glänzenden Vorgeficht für die Reichstagswahlen wird.

Gerichts-Zeitung.

Der Angeklagte hat Anspruch auf Verzugszinsen für rückständiges Gehalt.

Bei Klagenansprüchen auf rückständiges Gehalt pflegen Handlungs- und Gewerbetreibende meist nur die Hauptsumme einzufordern, ohne auf Verzugszinsen Anspruch zu erheben. Der Anspruch auf Verzugszinsen steht ihnen jedoch rechtlich zu, sofern ihnen auch die Hauptsumme durch rechtskräftiges Urteil zugesprochen worden ist. Sie müssen freilich, wenn sie die Forderung auf Zinsen nicht bei der Hauptklage erhoben haben, wegen des Zinsanspruches eine neue Klage erheben. Ein solcher Fall kam kürzlich vor der ersten Kammer des Kaufmannsgerichts zur Verhandlung. Der Inspektor Reich II. hatte gegen die Versicherungs-Gesellschaft „Arminia“ einen Klagenanspruch von 2000 M. erhoben, wurde aber mit seiner Forderung von dem Kaufmannsgericht abgewiesen. Die vierte Zivilkammer des Landgerichts I hob das Urteil auf und sprach dem Kläger die geforderte Summe zu. Nunmehr erhob er wegen der Verzugszinsen eine neue Klage in Höhe von 27 M. und machte in der gestrigen Verhandlung geltend, er habe erst nachträglich daran gedacht, daß er auch ein Anrecht auf

Zinsen vom Tage der Fälligkeit des Gehaltes an habe. — Der Vertreter der beklagten Gesellschaft erhob den seltsamen Einwand, das Kaufmannsgericht könne dem Kläger die Zinsen nicht zusprechen, weil es ihm ja auch mit der Hauptforderung abgewiesen habe. Der Kläger müsse seine Forderung vor dem Landgericht geltend machen.

Das Kaufmannsgericht verurteilte die beklagte Gesellschaft zur Zahlung der Verzugszinsen. Die Gehaltsforderung des Klägers sei durch rechtskräftiges Urteil des Landgerichts anerkannt worden. Für die Zeit während des Verzuges habe aber der Schuldner dem Kläubiger Verzugszinsen zu zahlen, mithin habe auch der Kläger rechtmäßigen Anspruch auf Zinszahlung.

Zum Wahlfonds

gingen in unserer Expedition Lindenstr. 60 folgende Beiträge ein: Deutsche Bierbrauerei, Abteilung Flaschenbier 21.—, Sammlung „Steder“ 31.00, Schneider der Firma Wolff u. Schulz, aus der Verbstadtstraße 10.—, Vierprozent v. d. Kollegen Spannern, Trägern u. Hilfsarb. vom Bau Wittenbergplatz der Firma Posnau u. Knauer d. Dertel 24.—, Preis Sängervereinigung „Fidel“ 20.—, Buchdrucker-Hilfsarbeiter, Ortsverb. Berlin Bahnhofsstr. II 300.—, Referat Dr. Rosenfeld 8.—, Preis- und Diskontierklub Johann Jacobi 10.—, Anton 2.—, Hilfsarbeiter der Druckerei „Wode“ 1. Rate 20.50, Angestellte d. Jungens-Krankenkasse d. Tischler 20.—, Buchdrucker E. Rosen 10.—, Frauereihandwerker, Zellerlammlung 24.15, Großes Los, Rixdorf 5.—, Ueberführung einer Kranzspende der Arbeiter und Arbeiterinnen der A. G. B. 8.85, Hausdiener der Firma Reel u. Clossenburg 3.05, Buchdrucker Rosenthal 13.70, Gesamtpersonal der Buchdrucker-Maurer u. Dimmid 1. Rate 7.—, Summa 531.65 M. Bereits quittiert 4027.47 M. Summa 4559.12 M.

Weitere Beiträge werden in unserer Expedition entgegen- genommen.

Verichtigung. In Nr. 3 muß es heißen: B. G. W. 14: 20,05 M., statt: B. G. W. 14.

Aus der Frauenbewegung.

Genossinnen! Arbeiterinnen!

Am 25. Januar 1907 finden die Neuwahlen zum Reichstage statt. Die bürgerlichen Parteien geben sich große Mühe, Stimmen zu fangen, um stärker denn je in den neuen Reichstag einzuziehen. Mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln wird gearbeitet, um den Arbeiter, den man leider noch zu leicht durch Versprechen und Verlöstungen lockern kann, zu gewinnen. Nun haben aber sämtliche Abgeordnete des verflorenen Reichstages — außer den Sozialdemokraten — unzweideutig bewiesen, daß sie nicht volksfreundliche, sondern volksfeindliche Bestrebungen vertreten. Auch den Frauen hat man verschiedenlich gezeigt, wie hoch sie von jener Seite eingeschätzt werden. Da ist es immer nur die Sozialdemokratie, welche für die Gleichberechtigung der Frauen in wirtschaftlicher und politischer Beziehung eintritt. Daß die Frauen heute noch politisch rechtlos sind, ist lediglich die Schuld der bürgerlichen Parteien, deren Vertreter nur wenig für die so wichtige Lebensarbeit und Wohlhabenheit für die um Menschenrecht und Menschenwürde ringende Frau haben.

Diese und noch hundert andere Dinge sind es, welche die Frauen scharenweise der Sozialdemokratie zuführen müssen.

Hat man es nicht verstanden, die notwendigen Lebensmittel künstlich zu verteuern, und haben wir Arbeiterinnen, Arbeiterfrauen nicht am schwersten darunter zu leiden? Darum muß die Arbeiterin mit ihrem männlichen Klaffengenossen gemeinsam kämpfen gegen Hunger, Ausbeutung, Knechtung und Bedrückung. Die gleiche Not ist es, die die proletarischen Männer und Frauen verbindet und aus der gleichen Not muß auch das gemeinsame Streben auf Verbesserung ihrer Lage erwachsen. Alle die Frauen, welche die Ziele der Sozialdemokratie noch nicht kennen, müssen zum Besuch unserer Versammlungen veranlaßt werden, damit sie unterrichtet und aufgeklärt werden. Eine aufgeklärte Frau wird nicht bloß vor dem eigenen Manne im politischen wie im wirtschaftlichen Kampfe ein Hemmschuh sein, sondern sie wird ohne Wahlrecht doch mit kämpfen und streiten.

Proletarierinnen! gebt in die öffentlichen Versammlungen; protestiert durch Euer Erscheinen gegen jedes Unrecht, das man der Arbeiterklasse immer von neuem zufügt. Seid Ihr auch politisch rechtlos, so könnt Ihr doch einer politischen Partei angehören. Zur Sozialdemokratie gehörig wird jede Person gerettet, welche sich zu den Grundzügen des Parteiprogramms bekennt und die Partei dauernd durch Geldmittel unterstützt. Hier gibt es keinen Unterschied zwischen Männern und Frauen. Letztere können durch Zahlen von freiwilligen, laufenden Beiträgen ebenfalls ihre Zugehörigkeit zur Partei bekunden. Genossinnen! Die Gelegenheit, der Parteipflicht zu genügen, ist Euch geboten!

Karten für freiwillige Beiträge sind zu haben bei folgenden Genossinnen:

1. Kreis: Frau Anshewitz, Schützenstraße 14.
2. Kreis: Frau Döring, Steinmeierstraße 23, Stf. 4 Tr., und Frau Lutz, Waterloo-Ufer 9, Raden.
3. Kreis: Frau Kuske, Pringensstraße 102, 3 Tr., und Frau Klingner, Ritterstraße 28.
4. Kreis: Frau Frohmann, Thierstraße 57, Hof 3 Tr.; Frau Guhn, Bornborferstraße 39; Frau Förster, Persiusstraße 5, vorn 3 Tr.; Frau Schreiber, Püdelstraße 42, vorn 2 Tr.; Frau Döll, Rortterstraße 53, Hof 4 Tr., und Frau Wengels, Gubenerstraße 43, 2. Aufgang 4 Tr.
5. Kreis: Frau Jeipert, Marienburgerstraße 22, vorn 2 Tr.
6. Kreis: Frau Buff, Poststraße 9, Quergeb. part.; Frau Bohl, Wittkoderstraße 25, Quergeb. 4 Tr.; Frau Jordan, Lübeckerstraße 43, Stf. 1 Tr.; Frau Waische, Wolgasterstraße 8, 3 Tr.; Frau Panzeram, Pappel-Allee 76, vorn 1 Tr.; Frau Buchmann, Markstraße 13a, und im Bureau der sozialdemokratischen Frauen, Lindenstraße 3, 5. Hof part.

An die Frauen und Mädchen der Schönhauser Vorstadt.

Am Donnerstag, den 10. Januar, abends 8½ Uhr, findet in den Perolina-Sälen, Schönhauser Allee 28, eine Volksversammlung statt, in der Genossin Ottilie Waader über „Die Proletarierin im Wahlkampf“ referieren wird. Genossinnen! Die Wahlbewegung ist auch für Euch von großer Wichtigkeit. Es ist Eure Pflicht, regen Anteil an den politischen Vorgängen zu nehmen, dafür zu sorgen, daß Eure männlichen Angehörigen nur solchen Männern ihre Stimme geben, die das Wohl des arbeitenden Volkes im Reichstage vertreten, Männern, die dafür wirken, daß auch die Frauen endlich einmal Rechte erhalten, ihnen nicht immer nur Pflichten aufgebürdet werden. Also erscheint in Massen in der Versammlung. Keine Proletarierin darf fehlen. Die Vertrauensperson.

Bund für Mutterchutz.

Am 12., 13. und 14. Januar hält der Bund im Logenhaus, Noadimskalerstraße 13, seine diesjährige Generalversammlung ab. Auf der Tagesordnung stehen Referate über eine Anzahl wichtiger Probleme. Ueber „Mutterkassenversicherung“ spricht Professor Rabel. Direktor Dr. Böhmert-Bremen und Dr. Othmar Spann, Frankfurt a. M. werden die Lage der unehelichen Kinder beleuchten, während Professor Fleisch, Frankfurt a. M. die Zusammenhänge zwischen Prostitution und Unehelichkeit darlegen wird. Die Mutterkassenrente bespricht Dr. Walter Vorigius, Dr. Helene Stöcker referiert über die heutige Form der Ehe, Adele Schreiber und Dr. Max Marcuse sprechen über Heiratsbeschränkungen unter wirtschaftlich-sozial und unter rassenhygienischer Gesichtspunkten. Die praktische Tätigkeit des Bundes wird Maria Wischniewska erörtern. Sämtliche Vorträge sind für Mitglieder des Bundes frei; um aber zahlreichen Anfragen zu genügen, werden auch Gastkarten aus- gegeben, und zwar für die Dauer der ganzen Verhandlungen, zu

3 M., für eine einzelne Sitzung zu 1 M., im Vorverkauf bei Pote u. Rod, Leipzigerstraße, und bei Wertheim. — Ausführliche Programme und alle näheren Auskünfte sind erhältlich durch das Bureau, Rosbergrstraße 8.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Stieglitz. Donnerstag, den 10. Januar, 8½ Uhr, bei Bahrendorf, Schloßstraße 117; Vortrag: Neuwahl des Vorstandes.

Wilmersdorf. Donnerstag, den 10. Januar, 8½ Uhr, im „Luisenpark“, Wilhelmstraße Nr. 112; Vortrag von Fräulein Ida Altmann: „Zola, der Dichter des hohen Nieses der Arbeit und der Wahrheit“.

Vermischtes.

Ein großes Schadenfeuer hat nach einer Meldung aus Breslau in der Lederfabrik in D a n n a u gewütet, das vorgestern abend gegen 7 Uhr in der Paß- oder Lumpenkammer aus unaufgeklärter Ursache zum Ausbruch kam und so schnell um sich griff, daß viele im Siederaum beschäftigte Arbeiter kaum das nackte Leben retten konnten.

Lawinensurz. Wie aus Verdun berichtet wird, wurde an der spanischen Grenze durch einen Lawinensurz der Kirchurm der Gemeinde Cambrodon zum Einsturz gebracht, als gerade Kirchendienst abgehalten wurde. Zahlreiche Personen wurden getötet respektive schwer verletzt. — In Nocabrana wurden drei Arbeiter im Schnee begraben.

Eine Feuersbrunst entstand, wie aus Marseille gemeldet wird, an Bord des nach Brasilien bestimmten Dampfers „Poitou“, welche unter den Passagieren große Panik hervorrief. Eine Anzahl Personen wurde verletzt; das Feuer konnte alsbald gelöscht werden.

Eine neue Entgleisung. Auf der Kanada-Pazifik-Bahn entgleiste nach einer Meldung aus New-York in der Nähe von Port Williams ein Eisenbahnzug. Zwei Personen wurden getötet, zehn verwundet.

Briefkasten der Redaktion.

G. H. 5. Da Sie einen Vertrag geschlossen haben, so können nur die Bestimmungen dieses Vertrages, nicht die entgegenstehenden des Bürgerlichen Gesetzbuches in Anwendung. Ist die Beschaffenheit der Wohnung gesundheitsgefährlich, so können Sie auf Aufhebung des Vertrages und Schadenersatz beim Amtsgericht klagen. — **H. R. 1.** Das ist in den verschiedenen Kirchspielen verschieden. 2. Ja. — **Österreich.** Ob ledig oder verheiratet, ist für die Fragen der Versicherungs-schuldigkeit usw. gleichgültig. Einen klagbaren Anspruch auf Aufnahme in eine Heilanstalt hat der Versicherte nicht; die Versicherungs-anstalt kann die Aufnahme gewähren. — **Glettra 3.** 1. und 2. Rein. 3. In 30 Jahren. 4. Rein: von jeder Wfandung ab läuft die Versicherungsfrist von festgem. — **G. 173.** 1. Rein. 2. Am 21. Juli 1906. 3. Sie bezeichnen die Angelegenheit mit dem Schiedsmann. — **M. G. 24.** Der Inhalt Ihres Vertrages, den wir nicht kennen, ist für die Beantwortung mangelhaft. — **Rixdorf 3.** 200. 300 Marken sind erforderlich. — **W. 27.** Versicherung liegt nicht vor. — **G. 238.** Es ist wohl zu zählen, auch wenn der Hamburggarist oder Schloßmann erreicht. — **P. 2.** 91. Die Städteordnungen schreiben vor, innerhalb welchen Zeitraumes die Wahlen stattfinden müssen. Die verschiedenen preussischen Städteordnungen finden Sie z. B. im Brauchführer in den öffentlichen Bibliotheken. — **S. 23.** Beide Besarten sind richtig. Eine Milliarde sind tausend Millionen. — **W. 73.** 1. Als Angestellter sind Sie Versicherungs-pflichtig. 2. und 3. Rein. — **P. 357.** 157, Millionen. — **1885.** G. M. Reineswegs ist der Gläubiger berechtigt, eigenmächtig, gegen den Willen des Schuldners, ein Fahrrad diesem wegzunehmen, zu verpfänden oder zu verkaufen. Das wäre Diebstahl oder Unterschlagung. Der Schuldner hat das Recht auf Herausgabe des Raubes gegen jeden Inhaber und kann außerdem Strafantrag stellen.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der hiesigen Markthaus-Direktion (Großhandel) Rindfleisch Ia 70-75 per 100 Pfd., Ia 64-69, Ia 58-63, IVa 50-56, Kalbfleisch, Doppelschaber 120-135, Ia 92-100, Ia 80-90, IIIa 65-78, holl. 56-62, Hammelfleisch Ia 67-75, Ia 52-65, Schmelzfleisch 57-66, Schwein Ia per Pfd. 0,55-0,65, Ia 0,50-0,54, Rohschinken Ia 0,88-0,93, Ia 0,25-0,35, Ia 0,80-0,95, Danmild 0,40-0,45, Ia 0,38-0,43, Ia 0,25-0,35, Wurstschinken 0,25-0,40, Brühfleisch 0,40-0,60, Hachse per Stück 2,50-2,75, da klein und Ia 1,25-2.—, Rindfleisch per Stück 0,70-0,95, Widderer per Stück 1,20-1,30, Zehner, alte per Stück 1,50-2,30, da Ia 0,80-1,40, da junge per Stück 0,80-1,80, Zauben per Stück 0,50-0,65, junge keine 0,00, italienische 0,95, Enten per Stück 1,80-3,00, Hamburger junge per Stück 3,25-3,60, Gänse, Oberbrüder, per Pfd. 0,50-0,63, da Ia per Stück 0,00, Ia 0,00, Dachte per 100 Pfd. 72-85, groß 62, Zander, klein 1,15, Schiele, groß 77-90, unfortiert 0,00, mittel 0,00, Stiele 45-47, Kalle, groß 0,00, mittel 0,00, klein u. mittel 0,00, umf. 0,00, Wägen 45-46, Karpen, 25-30er 0,00, da 30-35er 0,00, da unfort. 0,00, 50-60er 60-68, 80-100er 57-61, Barle, matt 43-57, Karaschken 0,00, Weißhitz 10-22, Wels 0,00, Bunte Hitzche 31-55, Amerikanischer Lachs Ia neuer per 100 Pfd. 110-130, da Ia neuer 90-100, da IIIa neuer 75, Zerlach 20-25, Sprotten, Riefer, Wall 0,75-1,25, Dausiger, Wall 0,80, Plumben, pommersche Ia, per Schock 0,00, da pommersche Ia 0,00, Riefer, Silage Ia 4-6, da mittel der Riste 2-3, Hamb. Stiege 4-5, halbe Riste 1,50-2, Bäcklinge, per Wall Riefer 3,50-5,00, Stralander 0,00, Kalle, groß per Pfd. 1,10-1,30, mittelfeig 0,80-1,00, klein 0,50-0,60, Deringe per Schock 4-5, Scheffliche Riste 3-4,00, da ¼ Riste 2,00, Rohlau, p. 100 Pfd. 20-25, Heißbitt 0,00, Sardellen, 1902er per Kiste 95, 1904er 65, 1906er 63, 1906er 73-75, Schottische Wollheringe 1905 0,00, large 40-44, full 36-38, med. 35-42, deutsche 37-44, Deringe, neue Ristes, per ¼, Ia 60-120, Sardinen, russ., Maß 1,50-1,60, Drahteringe, Büchse (4 Liter) 1,50-1,75, Rensangen, Schock 11, kleine 5-6, Riechen 14, Dummern, kleine, per Pfd. 0,00, Krebse, per Schock, große 0,00, mittel 0,00, kleine 0,00, unfort. 4,50, Walliger, groß 0,00, mittel 0,00, Vier, Raub, per Schock 4,00-5,50, Butter per 100 Pfd. Ia 121-124, Ia 117-120, IIIa 114-117, abfallende 90-105, Saure Gurken Schock 3,50-4,00, Pfeffergurken 3,50-4,00, Kartoffeln per 100 Pfd. 0,00, magnum bonum 2,10-2,25, Deberische 2,10-2,25, Rosen 0,00, weiße 1,75-2,00, Saisinfactoren 5,00-6,00, Spinat per 100 Pfund 18-20, Karotten per 100 Pfund 10-12, Sellerie, Weiße, per Schock 4,00-5,00, da pommersche 4,00-5,00, Zwiebeln große, per 100 Pfd. 3,00-3,50, da kleine 2,25-2,50, da Weiße (Verte) 0,00, Charlotten 0,00, Petersilie, grün, Schock 2,00, Rohlabsi per Schock 0,00, Kettig, haar., per Schock 2,40-4,50, Radishesen per Schock 0,00, Salat, per Schock 0,00, da Escarole, per Mandel 0,00, da Endivien 0,00, Kohlrüben per 100 Pfund 3,00-4,00, Teufelner Rüben per 100 Pfd. 8-10, Weiße Rüben, große 2-2,50, kleine 6-8, Rote Rüben 2-3, Blumenkohl holl. per Kopf 0,00, Ital. per Kopf 0,17-0,30, Biringskohl per Schock 3,00-6,00, Rotkohl p. Schock 3,00-8,00, Weißkohl 100 Pfd. 2,00-3,00, Rosenkohl p. 100 Pfd. 25-35, Grünkohl per 100 Pfd. 3-8, Schnittlauch 12 Töpfe 4-4,50, Kohlrüben, Schock 2-3, Rarbis 0,00, Birnen, per 100 Pfd. hiesige 7-16, holländische 8-20, Kepsel, per 100 Pfd., hiesige 6-20, Cranenkeiner 0,00, Tivoler in Rüssen 0,00, Riste 32-80, Umreit 14-30, Balknähle per 100 Pfd. 0,00, da rumänische 0,00, da franz. Cornes 00-00, Parnassie 0,00, Oalekische lange 40-42, runde 0,00, Zitronen, Pefina, 300 Stück 8,00-10,00, 360 Stück 7,00-9,00, 200 Stück 9-13, Kpfeleinen, Jassa, per Riste 0-00, Bivaria 200er per Riste 6-10, da 300er 7-11, Valencia 400er per Riste 11,50-20, da 714er 18-23.

Witterungsbericht vom 8. Januar 1907, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer-stand mm	Wind-richtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C.	Stationen	Barometer-stand mm	Wind-richtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C.
Erwinende	767	SEB	3	Regen	2	Sapamnda	745	SE	2	bedeckt	-0
Hamburg	770	B	3	Rebel	4	Petersburg	763	B	1	bedeckt	-6
Berlin	770	SEB	3	Regen	3	Sofia	770	SEB	1	bedeckt	9
Krakau a. M.	773	SEB	3	Regen	3	Sarabeben	770	B	1	wolken	3
München	775	B	4	Schnee	0	Paris	776	SEB	1	Rebel	4
Wien	773	B	1	wollig	0						

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 9. Januar 1907.
Mild, jedoch ziemlich trübe mit leichten Regenschauern und mäßigen West-lichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstand am 8. Januar. Elbe bei Wulfsa — Meter, bei Dresden — 1,02 Meter, bei Angstedding + 1,60 Meter, eisfrei. — U n r u i bei Strausfurt — Meter. — Dber bei Antidor + 1,31 Meter. — Reih-mündung + 2,36 Meter. — Dber bei Bries + 2,28 Meter. — Dber bei Breslau Unterpegel — 1,16 Meter.

Buchdruckeri u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den

Verantwortl. verantm.: T. Glode, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts

Gerichts-Zeitung.

Erpressung.

Einer jener Leute, denen § 175 des Strafgesetzbuches die Handhabe zu Erpressungen bietet, stand gestern vor der zweiten Strafkammer des Landgerichts III. Als Angeklagter wurde der Hausdiener Johann Lindmeyer aus der Untersuchungshaft vorgeführt. Der 28jährige Angeklagte ist aus Oberbayern gebürtig. Vor etwa zwei Jahren kam er nach Berlin und bildete sich hier in kurzer Zeit zu einer jener fragwürdigen Existenzen aus, die ohne zu arbeiten, stets elegant gekleidet gehen und das Geld mit vollen Händen ausgeben. Nach und nach entwickelte sich Lindmeyer zu einem der häufigsten und zugleich gefährlichsten Besucher gewisser Cafés, in denen perverse Leute zu Hause sind. Wiederholt war der Angeklagte in Erpressungsaffären verwickelt, aber jedesmal gelang es ihm, durch die Maschen des Gesetzes zu schlüpfen. Eines Tages im November v. J. machte ein Student der Technischen Hochschule die Bekanntschaft des Angeklagten, der sich ihm als Kaufmann ausgab. Unter einem Vorwande gelang es dem gefährlichen Burschen Einlaß in die Wohnung des Studenten zu finden. Kaum hatte er diese betreten, als er sofort seine Erpressungsversuche begann. Der Student gab in der höchsten Angst dem Angeklagten ein Zwanzigmarkstück. Lindmeyer wurde nun erst recht frech und verlangte von dem Opfer zweihundert Mark, die er sich am nächsten Tage abholen wollte. Als „Pfand“ nahm der Erpresser einstweilen die wertvolle Uhr und die Kette des Studenten mit. Außerdem verlangte der Angeklagte noch mit unglaublicher Dreistigkeit, der Student solle einen Schein unterschreiben, nach welchem er eine Rente in Höhe von wöchentlich

fünfzig Mark ihm ansähe. Am nächsten Tage benachrichtigte der Geheime die Kriminalpolizei. Diese ermittelte aus dem Verbrechenalbm sofort, daß der Angeklagte Lindmeyer jener Erpresser war. Als sich Lindmeyer die zweihundert Mark abholen wollte, wurde er von dem Kriminalwachmeisterliche Liehe in Empfang genommen. In seinem Besitze wurden noch Uhr und Kette sowie jener Schein vorgefunden. — Vor Gericht bestritt der Angeklagte mit ungeheurer Dreistigkeit jede Schuld. Der Staatsanwalt beantragte eine Gefängnisstrafe von 2 1/2 Jahren, da man derartige gemeingefährliche und arbeitshene Subjekte möglichst lange unschädlich machen müsse. Das Urteil des Gerichts lautete auf ein Jahr und sechs Monate Gefängnis und drei Jahre Ehrverlust.

Ordnungsstrafe gegen Oskar Tich.

Zu einer wahren Seefschlange wächst sich die Fehde aus, welche seit Jahr und Tag zwischen den Inhabern der Firma Hermann Tich und dem früher bei ihr angestellten Abteilungsvorsteher Rudolf Heppner entbrannt ist. Die Entlassung des Herrn H. aus seiner Stellung hat Veranlassung zu Angriffen gegen die Firmeninhaber in öffentlichen Blättern, insbesondere auch in der „Stadtlaterne“ des Schriftstellers Joachim Gehlsen gegeben, die in Frage kommenden Verhältnisse sind auch in Privatbeleidigungsklagen und in Verhandlungen vor dem Kaufmannsgericht zur Erörterung gekommen. Eine weitere Phase in der Entwidlung dieser Angelegenheit ist eine Anklage wegen verübter Erpressung, die auf die Strafanzeige des Herrn Oskar Tich gestern Herrn Heppner vor die vierte Strafkammer des Landgerichts I führte. Der Angeklagte behauptet, daß der gegen ihn erhobene Vorwurf

völlig unbegründet sei. Die gestrige Verhandlung hatte mit besonderen Schwierigkeiten zu kämpfen. Zunächst war der Seniorchef der Firma, Herr Herrm. Tich, nicht zum Termin erschienen, sondern hatte ein Krankheitsattest eingereicht. Herr Oskar Tich hatte am Tage vor dem Termin eine notwendige Geschäftsreise nach Birnbaum angetreten und ein Entschuldigungsschreiben geschickt. Rechtsanwalt Sömmersfeld, der namens der Firma Tich die Verhandlungen mit dem Angeklagten über die von ihm geltend zu machenden Ansprüche geführt, war durch dringende Amtsgeschäfte außerhalb Berlins verhindert und Rechtsanwalt Dzialoszynski, Syndikus der Firma Tich, der als Zeuge geladen war, erklärte, daß er nur Zeugnis ablegen könne, wenn er vorher durch seine Auftraggeber von der Pflicht der Amtsverächtwiegenheit entbunden sei. Aus alledem ergab sich die Notwendigkeit der Vertagung, wiewohl der Angeklagte dringend bat, die Sache zu Ende zu führen. Staatsanwalt Chrede und der Verteidiger des Angeklagten, Rechtsanwalt Morris, erklärten, auf Herrn Rechtsanwalt Sömmersfeld in keinem Falle verzichten zu können. — Das Gericht beschloß nach langer Vertagung, die Sache zu vertagen und den neuen Termin nicht vor drei Monaten anzuberaumen, ferner Herrn Oskar Tich wegen nicht genügend entschuldigtem Ausbleibens in eine Ordnungsstrafe von 50 Mark zu nehmen, ihm auch die Kosten des Termins aufzuerlegen und durch einen Kreisarzt feststellen zu lassen, ob der Gesundheitszustand des Herrn Hermann Tich seine Vernehmung vor Gericht oder seine kommissarische Vernehmung zu Hause gestattet.

Alpen-Trachten.



Baer Sohn

Chausseestr. 24a/25 • 11 Brückenstrasse 11 Gr. Frankfurterstr. 20.

Zur Wahlagitation

Table listing various political pamphlets for sale, including titles like 'Du, Mutter, was läßt der Herr Gendarm so?', 'Wieder mit den Sozialdemokraten!', and 'Expedition des „Vorwärts“'. Prices range from 1 Pf. to 1.50 Pf.

Expedition des „Vorwärts“

Berlin SW. 68, Lindenstraße 69, Laden.

Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstr. 69

In unserem Verlage erschien soeben: Frauenleiden und deren Verhütung.

Nebst einem Anhang: Die Verhütung der Schwangerschaft.

Von Dr. I. Zastok.

Preis 20 Pf.

Porto 3 Pf.

Schwarzer



Adler

Friedrichsberg, Fernsprecher Nr. 8.

Frankfurter Chaussee 5.

Jeden Sonntag im Königssaal:

Großer Ball

unter Leitung des Herrn C. Bürger.

Jeden Mittwoch:

Willy Walde-Sänger.

Freitag, den 11. Januar: Der Raub der Sabinerinnen. Lustspielabend. Gebr. Arnhold.

Volks-Museum

Friedrichstr. 112a. Nähe Oranienb. Tor. Anatomie, Pathologie, Samariterlehre. 2 Vortragsräume m. wechselnden Neuheiten ohne Extra-Entree. Lichtbilder-Vorträge. Illusionstheater. Vorführungen halbstündlich.

Dr. Simmel, Prinzstr. 41, Spezialarzt für Haut- und Harnleiden. 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

Verleih-Institut: Friedrichstr. 115 I, a. Drabg. Tor. Eleg. Prad. Gebroch 1.50, Hofe 1.00, Weste 50 Pf.

Wilh. Kube's Festsäle

Alte Jakobstr. 75 (früher Feuerstein). Empfehle meine Säle und Vereinszimmer zu Versammlungen und Festlichkeiten. Sonntag, den 20. Januar ist ein großer Saal frei geworden. Fernsprecher: Amt I, Nr. 807.

Möbel

Bürgerliche Wohnungs-Einrichtungen

eventuell auch auf Teilzahlung

Paul Burow's Möbel-Fabrik

Berlin SW., Lindenstraße 105.

Brand-Ausverkauf!

!!! Die durch Feuer, Wasser und Rauch beschädigten Waren werden zu Taxpreisen enorm billig ausverkauft. !!!

Warenhaus Max Goldberg

Ecke Wilhelm Stolze-Straße.

Landsberger Allee No. 29.

Ecke Wilhelm Stolze-Straße.

Phänomen-Zigaretten



Phänomen-Zigaretten sind aus echten türkischen Tabaken hergestellt. Phänomen-Zigaretten sind garantiert Handarbeit. Phänomen-Zigaretten sind nach ägyptischer Art hergestellt. Phänomen-Zigaretten übertreffen Importen. Phänomen-Zigaretten sind überall zu haben. Stück 2, 3, 4 und 5 Pfg.

Türk. Tabak- und Zigaretten-Fabrik „Namkori“

